

4 septembre (FAZ)

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/wind-und-sonne-scheitert-die-energiepolitik-der-ampel-koalition-18287973.html?premium>

ILLUSORISCHE ENERGIEWENDE:

## Wir leben nicht von Sonne und Wind allein

VON [MORTEN FREIDEL](#)

-AKTUALISIERT AM 03.09.2022-10:00



Ein Windpark in der Ostsee zwischen Rügen und Bornholm Bild: dpa

Fachleute halten die bisherige Energiepolitik für unrealistisch und warnen: Sollte die Ampel auf ihrem Kurs beharren, gefährde sie die Wirtschaft. Und am Ende sogar das Klima.

Viele denken bei der **Energiewende** an Windräder und Solardächer. Die Kraft des Windes und der Sonne soll Licht bringen, wenn es dunkel ist, und Wärme, wenn es kalt ist. Sie kostet wenig und schont die Umwelt. So weit der Traum.

Damit er wahr wird, brauchte Deutschland bisher Gas, Milliarden Kubikmeter jedes Jahr. Gaskraftwerke sollten einspringen, wenn Flaute herrscht und der Himmel bewölkt ist, oder viel Strom verbraucht wird. Noch vor wenigen Monaten forderten Fachleute, Deutschland solle in den nächsten Jahren zehnmals so viele Gaskraftwerke bauen wie bisher, mit einer Leistung, die der von etwa 16 Atomkraftwerken entspricht. Das Gas war lange der eigentliche Gewinner der Energiewende. Es sollte die Brücke sein, auf der Deutschland in die erneuerbare Zukunft geht.

Dann überfiel Russland die Ukraine und drosselte die Lieferungen. Seitdem ist die Brücke eingestürzt. Die Bundesregierung reagierte darauf, indem sie ankündigte, den Ausbau von Windrädern und Solarzellen noch ambitionierter voranzutreiben als ohnehin schon. Sie entschied sich also, auch ohne Brücke loszumarschieren, geradewegs durchs Tal. Ob man das klug findet, hängt davon ab, für wie steil man den Hang auf der anderen Seite hält.

Einige Ingenieure halten ihn für zu steil. Es geht schon bei den Zielen los. Die Ampel will viel mehr Windräder an Land bauen als bisher, vor allem ab dem Jahr 2025. Michael Beckmann, Professor für Energieverfahrenstechnik an der Technischen Universität Dresden, hat ausgerechnet, was das bedeutet: Um ihr Ziel zu erreichen, müsste die Regierung jeden Tag vier Windräder in Deutschland aufstellen, für die nächsten zehn Jahre. Und das ist schon zu ihren Gunsten gerechnet, denn vier sind es nur, wenn sie Windräder der neuesten Generation errichtet, die besonders viel Leistung bringen, aber auch besonders groß sind. Sollte die Bundesregierung kleinere Rotoren bauen, müssten es jeden Tag etwa acht Stück sein, Tag für Tag, zehn Jahre lang. Wie, fragt Beckmann, soll das gehen? Wo sollen die Handwerker dafür herkommen, woher die Materialien, die im Moment auf der ganzen Welt knapp sind? Auch in Windrädern stecken seltene Erden. Vom politischen Widerstand ganz zu schweigen.

Schon jetzt klagen Bürger gegen Windräder in ihrer Nähe, wollen manche Landkreise keine mehr bauen, und hinken Länder wie Bayern hinterher, auch, weil die Rotoren bei den landschaftsverliebten Bayern eher unbeliebt sind. Selbst mit radikal vereinfachten Genehmigungen dürfte der Bau nirgendwo stocken, damit die Rechnung der Ampel aufgeht. Beckmann hält das für „unrealistisch, um nicht zu sagen: unmöglich“.

## Wie viel Energie die Windräder liefern, ist unsicher

Hinzu kommen die Kosten, die nicht nur nach Ansicht von Beckmann exorbitant wären. Sie dürften außerdem jedes Jahr steigen, denn Politiker gehen davon aus, dass Windräder schlagartig teurer werden, sobald sie in Massen gebaut werden. Das hat mit den Ausschreibungen zu tun. Firmen, die Windräder bauen, bewerben sich, wenn irgendwo eine Fläche zum Bau ausgewiesen wird. Wer das günstigste Angebot abgibt, bekommt den Zuschlag. Schon jetzt ist es allerdings so, dass es für die ausgeschriebenen Flächen zu wenige Angebote gibt, die Firmen kommen einfach nicht hinterher. Wenn nun noch viel mehr Land zum Bau freigegeben wird, dann wird es kaum noch Angebote geben. Wer eines einreicht, kann dann fast jeden Preis verlangen, denn er weiß: Er kriegt den Zuschlag sowieso. Beckmann glaubt, dass es gut 20 Milliarden jedes Jahr kosten könnte, die Windräder mitsamt Anschlüssen zu bauen, allein an Land. Die Bundesregierung will aber auch auf dem Meer riesige Windparks errichten, dazu noch Solaranlagen. Da hat sie sogar noch ambitioniertere Ziele als beim Wind. „Das sind Kosten, die fast schon mit denen der deutschen Einheit zu vergleichen sind.“

Nun hoffen viele, dass 2045 alles ausgestanden ist, wenn Deutschland klimaneutral sein will. Bis dahin müssen ja alle Windräder und Solarparks gebaut sein. Allerdings halten Windräder nur etwa zwanzig Jahre. Das bedeutet, ab 2045 müsste der Staat genauso viele wieder ersetzen, wie er zwanzig Jahre vorher zu bauen begonnen hatte, vier große oder acht kleine am Tag. Und wenn er solche Massen an Windrädern und Solaranlagen errichtet, müssten sie bald an Orten stehen, an denen der Wind nicht optimal weht oder es oft bewölkt ist. Wie viel Energie sie am Ende liefern, ist also unsicher. Und das in Zeiten, in denen Fachleute davon ausgehen, dass alle viel mehr Strom verbrauchen, weil mehr Menschen Elektroautos fahren, mit Wärmepumpen heizen und die Industrie sich von Gas und Kohle löst. [Norbert Röttgen](#) von der CDU war unter Merkel Umweltminister. Er ist für einen konsequenten Ausbau aller Erneuerbaren, sagt aber: „Natürlich braucht es einen Übergang bei der Energiewende.“ In den nächsten Jahren werde man vor allem damit beschäftigt sein, russisches Erdgas zu ersetzen. Die Brücke werde „nur schwer wieder zu errichten sein, leider auch mit Abstrichen beim Klimaschutz“.

Künftig soll Wasserstoff die Lösung sein. Man kann ihn mit Strom erzeugen, auch mit der Kraft von Wind und Sonne. In einem klimaneutralen Deutschland soll er in großen Speichern gelagert werden und dann Turbinen antreiben. Die sollen das Rückgrat der Erneuerbaren bilden, da sind sich alle einig, selbst Kritiker der bisherigen Energiewende. Wasserstoffanlagen sollen das machen, was jetzt noch Gaskraftwerke tun, sie sollen einspringen an dunklen, windstillen Tagen, oder wenn mehr Strom benötigt wird. Bislang hieß es: in ferner Zukunft. Nun heißt es: in naher.



Arbeiter zwischen Paneelen einer Photovoltaikanlage in Frankfurt :Bild: Lucas Bäuml

Davor warnen Ingenieure. Sie halten die Technik für unausgereift. André Thess, Professor für Energiespeicherung an der Universität Stuttgart, beschäftigt sich seit Jahren mit Wasserstoff. „Alle Technologien, an denen ich arbeite, sind wunderbar zukunftsfähig und forschungsträchtig“, sagt er. Es gebe aber niemanden, der vorhersagen könne, wann sie so weit seien, dass man sie in großem Maßstab einsetzen könne. So sieht es auch Röttgen. Wasserstoff sei „weit entfernt von einem Businesscase“.

## Je größer die Mengen, desto anfälliger das System

Das ist ein Problem, denn in Studien zur Energiewende ist überall von Wasserstoff die Rede, und es wird angenommen, dass er auch überall eingesetzt wird. Sonst funktioniert die Energiewende in Europa schon gar nicht. Selbst wenn Deutschland Wasserstoff im großen Maßstab nutzt, würde das nicht ausreichen, um die extremen Schwankungen bei Wind und Sonne auszugleichen. Dann müssten Nachbarn einspringen, ebenfalls mit Wasserstoff. Nur brauchen sie ihn ja auch für sich selbst. Was, wenn sie mal kurzfristig nicht liefern können? Stromausfälle wären die Folge.

Wasserstoff herzustellen ist aufwendig. Deshalb gehen Studien oft davon aus, dass es dort gemacht wird, wo es günstige Bedingungen gibt. In der Wüste etwa, in der die Sonne immer scheint. Deutschland müsste dann viel aus dem Ausland importieren. Mark Helfrich, energiepolitischer Sprecher der Unionsfraktion, und Olaf in der Beek, klimapolitischer Sprecher der FDP-Fraktion, halten das für vertretbar. Der Staat müsse nur dafür sorgen, dass der Wasserstoff aus vielen Ländern kommt. Die Bundesregierung arbeitet daran. Aber je größer die Mengen, desto anfälliger das System. Wenn einer Energie in gigantischem Umfang importiert, kann auch der Ausfall eines Lieferanten kritisch werden. Ganz abgesehen davon, dass es bisher gar keine Infrastruktur für eine solch gewaltige Menge Wasserstoffs gibt, weder in der Sahara noch anderswo.

Schon das zeigt, wie voraussetzungsreich Studien zur Klimaneutralität sind. Alles muss optimal laufen, damit es in dieser kurzen Zeit funktioniert, es gibt nirgendwo Spielraum. Ein Beispiel: Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hält die Klimaneutralität bis 2040 für möglich. Es rechnet damit, dass die Deutschen dann nur noch halb so viel Energie verbrauchen wie jetzt. Dafür müssten aber Gebäude massenhaft saniert, mit Wärmepumpe oder mit Geothermie aus der Tiefe beheizt werden, und ausschließlich Elektroautos auf den Straßen fahren. Doch selbst das reicht nicht, wie Claudia Kemfert, Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr und Umwelt am DIW Berlin, auf Nachfrage zugibt. Sie teilt mit, dass der Individualverkehr um 29 Prozent sinken wird. Hinter dieser Zahl verbirgt sich ein gewaltiger Rückgang von Autos auf deutschen Straßen. Der Verzicht ist also schon eingepreist. Was aber ist, wenn vor allem Leute auf dem Land ihn nicht wollen? Beckmann nennt solche Annahmen „weltfremd“. Und der stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende Andreas Jung, Sprecher der Unionsfraktion für Klimaschutz und Energie, sagt, Klimaschutz funktioniere nur mit „Akzeptanz. Wir müssen klimaneutral werden, aber Industrieland bleiben, Arbeitsplätze sichern und natürlich auch Mobilität in der Fläche erhalten.“

## Deutschland wäre dann ärmer

Für die Wirtschaft rechnet das DIW streng. Sie soll am Ende 35 Prozent weniger Energie verbrauchen. In den vergangenen zwanzig Jahren verbrauchte sie jedes Jahr ungefähr gleich viel, ist dabei aber enorm gewachsen. Sie ist also schon viel effizienter geworden. Thomas Wetzel, Professor für Thermische Verfahrenstechnik am Karlsruher Institut für Technologie, kritisiert diese Zahl scharf. Die Autoren ließen offen, wie ein solcher „dramatischer absoluter Rückgang des industriellen Energiebedarfs ohne ein Einbrechen der Wirtschaftsleistung oder das Abwandern energieintensiver Schlüsselbranchen gelingen soll“.

Was heißt all das für die Energiewende? Sie könnte scheitern, jedenfalls im Zeitraum, den sich die Regierung vorgenommen hat. **Beckmann, Thess und Wetzel plädieren für einen anderen Weg. Nämlich**

die Wende mit allem anzugehen, was da ist, mit Wind, Sonne, Geothermie, aber auch der Kernenergie, und zwar für mehrere Jahre. Die Atomkraft könnte Gas als Brücke ersetzen, selbst dann, wenn man sie nicht so schnell hoch- und runterfahren kann wie Gasturbinen. Mit dem Strom, den man nicht fürs Netz braucht, könnte man Wasserstoff produzieren. Dann wäre man auch weniger abhängig von Importen. Selbst Röttgen ist dafür, dass Kernkraftwerke die nächsten Jahre weiterlaufen, sogar, dass die 2021 abgeschalteten wieder ans Netz geholt werden. Das ist bemerkenswert, war Röttgen doch seinerzeit gegen den Wiedereinstieg in die Kernkraft unter Merkel. Aber er sieht völlig veränderte Vorzeichen in der Energiepolitik.

Die letzte Option: Die Wende gelingt mit strengsten Vorgaben, aber Firmen wandern ab. Michael Hüther, Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft, sieht dafür schon Anzeichen. Es bereitet ihm „große Sorge“. Schon weil dann Steuergelder fehlen, um die Energiewende überhaupt zu bezahlen. **Vor allem aber, weil die Firmen wohl in Länder gingen, in denen sie mehr CO<sub>2</sub> ausstoßen dürften als in Deutschland. Das wäre dann ärmer. Und der Klimawandel würde beschleunigt.**

4 septembre (Le Monde)

[https://www.lemonde.fr/idees/article/2022/09/02/le-soutien-quasi-unanime-a-rushdie-apres-la-fatwa-s-est-tres-vite-effrite-y-compris-dans-la-culture\\_6139885\\_3232.html#xtor=AL-32280270-\[mail\]-\[ios\]](https://www.lemonde.fr/idees/article/2022/09/02/le-soutien-quasi-unanime-a-rushdie-apres-la-fatwa-s-est-tres-vite-effrite-y-compris-dans-la-culture_6139885_3232.html#xtor=AL-32280270-[mail]-[ios])

## « Le soutien quasi unanime à Rushdie après la fatwa s’est très vite effrité, y compris dans la culture »

CHRONIQUE

**Michel Guerrin**

Dans sa chronique, Michel Guerrin, rédacteur en chef au « Monde », évoque les raisons pour lesquelles l’attaque au couteau qu’a subie l’auteur des « Versets sataniques », le 12 août, n’a pas autant mobilisé le monde culturel qu’en 1989.

Publié le 02 septembre 2022 à 05h00 - Mis à jour le 02 septembre 2022 à 09h11 Temps de Lecture 4 min.

Salman Rushdie a reçu quinze coups de couteau, le 12 août, aux Etats-Unis. Depuis, les analystes soulignent un décalage : les soutiens de l’écrivain étaient bien plus nombreux en 1989, lorsque l’ayatollah Khomeyni l’a coiffé d’une fatwa pour son livre *Les Versets sataniques*, qu’aujourd’hui. Parce qu’il est beaucoup moins accepté de voir un artiste occidental choquer la communauté musulmane.

Il y a une autre raison, toute simple et dominante : la peur. Celle de mourir au combat de la liberté d’expression. Elle est autrement plus présente qu’il y a trente ans et on sait pourquoi. Quand il y a eu l’attaque du Bataclan, de *Charlie Hebdo*, d’autres attentats, on se tait. Quand Rushdie échappe à une vingtaine de tentatives de meurtre dans les dix ans qui ont suivi la fatwa, voit des éditeurs et traducteurs assassinés ou grièvement blessés, puis, après vingt ans d’accalmie, tutoie la mort, on comprend que cela n’incite pas à s’afficher à ses côtés.

Après l’attentat contre Rushdie, des enquêtes montrent que beaucoup de créateurs en exil aux Etats-Unis sont pétrifiés, vivent sous protection et se terrent. Ron Charles, dans le *Washington Post* du 15 août, constate que la liste s’allonge. Ajoutons le rapport annuel de l’ONG danoise Freemuse, qui tient le compte des assassinats, blessures, viols, attentats, menaces dont sont victimes les créateurs dans le monde entier. Là encore, la liste enfle et la religion en est le moteur.

## Mutisme et autocensure

Les analystes parlent pourtant peu de la peur, sans doute parce que la notion est fragile, intime. Elle n’est pas non plus dans le vocabulaire des responsables politiques – l’évoquer serait un aveu de faiblesse. Les artistes, eux, c’est une autre histoire. Le mutisme et l’autocensure, compagnons de route de la peur, sont les normes. Saluons ici Isabelle Adjani qui avait lu en public, en 1989, un extrait des *Versets sataniques*, et bien plus tard, en 2015, déclarait au *Point* : « *A moins de mettre volontairement ma tête sur le billot, je ne pourrais plus faire ce genre de provocation symbolique. Nous sommes condamnés à une forme de réserve, c’est un terrible aveu d’impuissance.* »

Depuis un mois, les quelques créateurs évoquant ouvertement leur peur tout en défendant fermement Rushdie viennent souvent de pays du Sud. Ils sont considérés comme des multirécidivistes par leurs bourreaux invisibles, et n’ont plus rien à perdre si ce n’est leur vie. Ce sont Boualem Sansal, Abnousse Shalmani, Taslima Nasreen, Ayaan Hirsi Ali, jusqu’à l’Italien Roberto Saviano, menacé, lui, par la Camorra.

Dans *Le Point* du 18 août, l’écrivain turc Orhan Pamuk, Prix Nobel de littérature en 2006, menacé de mort par des ultranationalistes en Turquie, confie qu’il parle souvent de la peur avec des écrivains menacés eux aussi par des islamistes. Kamel Daoud ajoute : « *Beaucoup d’écrivains connaissent aujourd’hui la fameuse peur. Celle d’écrire, de mettre en jeu la sécurité de leurs proches, la hantise du suivant dans la file d’attente lors des séances de dédicace dans les librairies...* »

Le Nigérian Ben Okri, lauréat du Booker Prize pour *La Route de la faim* (1991) et proche de Rushdie, raconte dans le *Mail on Sunday* du 13 août comment il a parlé de liberté lors d'une conférence à Londres, dans « *une atmosphère de défi – ainsi que de peur. Nous, les artistes, si nous voulons éviter l'autocensure, c'est à cette peur que nous devons maintenant faire face.* »

## « Pas de victime parfaite »

La plupart de ces écrivains n'hésitent pas à stigmatiser la religion, à la différence de la quasi-totalité des responsables politiques qui ont soutenu Rushdie après l'attentat, quels que soient les pays et les partis. Ces derniers dénoncent un acte barbare sans mentionner l'islam ou l'islamisme, encore moins l'Iran, pour qui Rushdie, né musulman, reniant sa foi, a tout de l'apostat à abattre.

Ces responsables politiques d'aujourd'hui ressemblent à ceux qui ont soutenu Rushdie en 1989. Et ils sont tout aussi fragiles, nous dit Will Lloyd dans un long récit publié le 15 août dans le magazine en ligne anglais *UnHerd*. Le journaliste explique comment le soutien quasi unanime à Rushdie après la fatwa s'est très vite effrité, y compris dans la culture. La droite britannique – on n'insulte pas une religion – et la gauche – on n'insulte pas une communauté – se sont également retrouvées, dès les années 1990, pour soutenir l'écrivain du bout des lèvres tout en « intériorisant » la fatwa.

L'homme Rushdie a même été attaqué, certains y voyant un migrant, gauchiste anti-thatchérien et d'autres un séducteur mondain et mégalomane, dont la quatrième épouse avait vingt-trois ans de moins que lui. « *Il n'y a pas de victime parfaite* », juste des artistes à défendre au nom de principes, a rétorqué l'écrivaine Margaret Atwood, un de ses grands soutiens, dans le *Guardian* du 15 août.

## Sa défaite est une victoire

La confrontation actuelle aux Etats-Unis entre une extrême droite qui censure des livres au nom de sa morale blanche et une extrême gauche qui prône une *cancel culture* au nom des minorités à privilégier ne fait qu'isoler un peu plus Rushdie. Ce dernier a vu venir le mouvement dans son livre *Joseph Anton : une autobiographie* (Random House, 2012), estimant alors la liberté d'expression en voie de « *décomposition* ». Il brossait même le portrait-robot des responsables : « *Des hommes bien, cédant à la peur et appelant cela du respect.* »

*Les Versets sataniques* porte en creux la conviction de Rushdie sur la liberté de création. L'auteur voit l'art comme au-dessus des religions, communautés et intérêts particuliers, mais soumis à la justice des hommes. Le romancier John le Carré, son brillant opposant, pensait le contraire. Rushdie a perdu. Mais sa défaite est une victoire au sens où son livre est un chef-d'œuvre prémonitoire, annonçant autant de thèmes qui, les années suivantes, se sont imposés avec fracas sur la planète : l'immigration, le racisme, la religion, l'interprétation des textes saints, l'intolérance, l'ironie. Et la peur.

**Michel Guerrin**

4 septembre (FAZ)

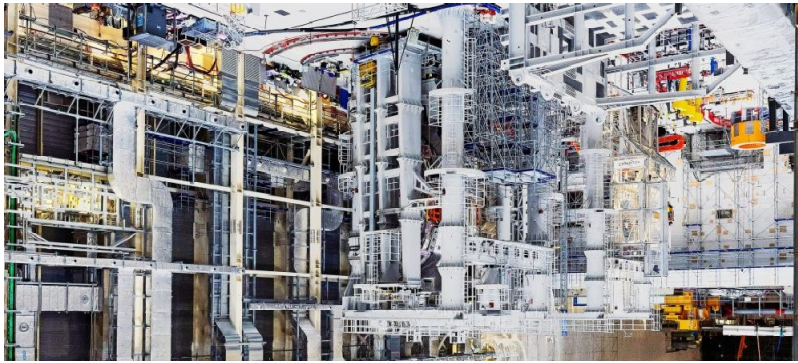
<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/was-hinter-dem-kernfusionsprojekt-iter-steckt-18259331.html?premium>

KERNFUSIONSPROJEKT ITER:

## Der Bau einer neuen Sonne

VON [NIKLAS ZÁBOJI](#), SAINT-PAUL-LÈS-DURANCE

-AKTUALISIERT AM 03.09.2022-22:18



Ein Blick ins Innere der Baustelle von ITER: Faktisch arbeitet man hier an einem Ofen völlig neuer Dimensionen – denn in ihm werden riesige Magnete eine Plasmaglut von mehr als 100 Millionen Grad Celsius in der Schwebe halten, um Wasserstoff zu Helium zu verschmelzen und so Energie zu erzeugen. Bild: Marie-Luise Kolb

ITER soll einen alten Traum der Forschung wahr werden lassen. Die technischen Hürden aber sind gewaltig. Und die Zeit drängt.

Es wird kühl in Cadarache, wenn man die verdorrte Mondlandschaft verlässt und ins Innere der Fabrikhalle tritt. 100 Meter lang und höher als der Arc de Triomphe, ist sie erfüllt vom Klirren der Bauteile. Arbeiter in Schutzkleidung rücken sie hin und her. In drei Tagesschichten wird von montags bis freitags geschraubt und geschweißt. Das Herzstück der Baustelle befindet sich hinter großen Planen. Hier entsteht jenes kugelförmige Gebilde, das „Internationaler Thermonuklearer Versuchsreaktor“ getauft wurde, kurz ITER.

Der Testreaktor soll einen Forschertraum wahr werden lassen. Es geht um nichts weniger als den Bau einer künstlichen Sonne. Erstmals will man im Kraftwerksmaßstab die Verschmelzung von Wasserstoff zu Helium demonstrieren und dabei mehr Energie erzeugen als hineingeben. Gelingt das Experiment, könnten baugleiche Reaktoren eines Tages gewaltige Strommengen produzieren – CO<sub>2</sub>-frei und rund um die Uhr. Es wäre die Lösung für die Energieprobleme der Menschheit. Wasserstoff steht auf der Erde unbegrenzt zur Verfügung. Ein Durchbrennen wie in Kernkraftwerken, in denen Atomkerne gespalten werden, ist unmöglich. Langlebige radioaktive Abfälle entstehen bei der Kernfusion keine.

Die Idee ist jahrzehntealt. Dass es bislang bei einem Forschertraum blieb, liegt an der Schwierigkeit des Vorhabens. Denn es müssen eben auch Bedingungen wie auf der Sonne herrschen. Eine Temperatur von mindestens 100 Millionen Grad ist im Reaktorinneren vonnöten, erst dann lösen sich die Elektronen von den Wasserstoffatomkernen, und es bildet sich ein Plasma. Zehntausend Tonnen schwere Magneten sollen bei ITER dafür sorgen, dass das Plasma im Schwebezustand bleibt und nicht mit der Wand in Berührung kommt, wo es sofort erkalten würde. Da muss jede Schraube millimetergenau sitzen.

Ein Kind des Kalten Krieges

Verzögerungen haben das ITER-Projekt von Beginn an begleitet. Die Grundsteinlegung reicht zurück in das Jahr 1985, als sich der US-Präsident Ronald Reagan und der sowjetische Generalsekretär Michail Gorbatschow auf ein gemeinsames Vorgehen bei der Kernfusion verständigt haben. Neben Amerika und Russland sind heute 33 weitere Mitgliedstaaten an Bord, darunter China, Indien und Japan. Auch die Baukosten, von denen die EU-Länder die Hälfte tragen, stiegen immer weiter – auf aktuell 22 Milliarden Euro.

Doch schenkt man Projektbeteiligten Glauben, erinnert heute nur noch wenig an die bleiernen Anfangsjahre, als man sich neben dem Geld auch erbittert um den Standort stritt und mit Cadarache schließlich auf das Gelände des französischen Kernforschungszentrums zog. Als Wendepunkt gilt das Jahr 2015. Saßen der Generaldirektion zuvor zwei eher glücklos agierende Japaner vor, übernahm damals mit Bernard Bigot ein erfahrener französischer Kernchemiker das Ruder – und stärkte als erste Amtshandlung seine Befugnisse, nachdem ITER zuvor immer wieder zwischen den Interessen der Mitgliedstaaten bürokratisch zerrieben wurde. Auch wenn technische Unwägbarkeiten blieben, brachte das Zug in das Vorhaben.

Seither geht es auf der Baustelle rasch voran. Bislang sind drei Viertel der Arbeiten geschafft. 5000 Menschen arbeiten aktuell für ITER, fast dreimal so viele wie zu Beginn von Bigots Amtszeit. Zwar kommt es nach wie vor zu Verzögerungen: Durch die Corona-Pandemie fehlten wie auf allen Baustellen Teile. Erst in diesem Frühjahr forderte die französische Atomaufsicht in einigen Punkten Nachbesserungen. Hinzu kam als Rückschlag Bigots plötzlicher Tod im Mai. Seitdem wird ITER interimistisch vom Japaner Eisuke Tada geleitet.

Der Bau steuert ungeachtet dessen auf die Zielgerade zu. 2007 begonnen, soll er Ende 2025 enden. Anschließend wollen die Wissenschaftler jahrelange Tests durchführen, ehe das finale Demonstrationsvorhaben – eine mehrere Minuten anhaltende Kernfusion – für die zweite Hälfte der 2030er Jahre geplant ist. Es handelt sich um ein Mammutprojekt, dessen Erfolg nicht garantiert ist.



Während viele Bauteile aus den Partnerländern geliefert werden, müssen die größten der Magnetspulen vor Ort gebaut werden, da sie für den Transport zu groß sind. :Bild: Marie-Luise Kolb

## Große Hürden überspringen

„Wenn Sie so etwas zum ersten Mal machen, realisieren Sie, dass es Zeit braucht“, berichtet Alberto Loarte, der die wissenschaftliche Abteilung bei ITER leitet. 14 Jahre ist der Physiker dabei, und er vermittelt nicht den Eindruck, dass ihn die Rückschläge im Zeitplan desillusioniert hätten. Im Gegenteil: Die größten Hürden hat ITER aus Sicht von Loarte mit dem Übergang vom Labor zur industriellen Produktion der Bauteile übersprungen. „Ich sehe nicht, was noch ein großes Problem werden könnte“, sagt er.



ITER, das ist für den Spanier, der nach Abschlüssen aus Madrid und London zehn Jahre lang am Max-Planck-Institut für Plasmaphysik in Garching forschte, nicht irgendein Experiment im Hinterland der Provence. „Wenn wir die Kernfusion hinbekommen, werden wir die Welt verändern“, ist er überzeugt. Energie sei doch heute schon ein knappes Gut. Die Welt stehe Kopf, Deutschland wisse nicht, wie es seine Häuser im Winter beheizen soll. Die Leute schauten sich deshalb nach Alternativen um und interessierten sich verstärkt für die Kernfusion.

„Wir sind keine Lösung für die akuten Probleme“, betont eine Projektsprecherin mit Nachdruck. „ITER ist und bleibt ein Zukunftsprojekt.“ Man könne nur ganz vorsichtig einen Zahn zulegen und müsse bei jedem Schritt aufpassen, das Worst-Case-Szenario einzukalkulieren, da ein vergleichbarer Reaktor noch nie gebaut wurde. Ein gewachsenes öffentliches Interesse kann die Sprecherin bezeugen. Nach zehn Jahren schlechter Presse rannten Journalisten ITER quasi die Türen ein, seitdem sich der Klimawandel stärker bemerkbar macht und Europa nun auch noch in eine Energiekrise geschlittert ist. Auch immer mehr Konzerne wollten wissen, was es mit dem Projekt auf sich hat. Aber frühestens um das Jahr 2050 herum könnten Fusionsreaktoren à la ITER ans Netz gehen und Strom produzieren. Dann aber in Serienfertigung, so die Hoffnung der Wissenschaftler in Cadarache.

Dass im kleinen Vorläuferprojekt Joint European Torus (JET) bei Oxford im Dezember für die Dauer von rund fünf Sekunden eine selbst erhaltende Fusionsreaktion glückte, hat sie in ihrer Zuversicht bestärkt. Einige Erfahrungswerte aus JET hat man auf ITER übertragen, etwa bei der Wandauskleidung oder dem Fußboden. Erfreut nahm man auch zur Kenntnis, dass Amerikas Kernwaffenzentrum voriges Jahr bedeutende Fortschritte in der Fusionsforschung vermeldete und in den USA viele private Projekte aus dem Boden schießen, die die eine oder andere Erkenntnis liefern.

## Wenn die Weltpolitik dazwischenfunk

Den alten Physikerwitz, wonach Kernfusion die am meisten versprechende Zukunftstechnologie sei und es auch ewig bleiben werde, hat man in Cadarache schon oft gehört. Oder den, dass es seit 30 Jahren heiße, dass die Kernfusion in 30 Jahren gelinge. „Wo ein Wille ist, da geht es“, entgegnet man von ITER-Seite und verweist auf ehemals ähnlich skeptisch beäugte Großvorhaben wie das Apollo-Projekt oder die Entwicklung von Corona-Impfstoffen.

Die Kritik von Umweltschützern und der Wind- und Solarindustrie an den Milliardenkosten des Reaktors weist man bei ITER zurück. Könne man es gegenüber den Urenkeln verantworten, es mit der Erschließung einer riesigen Energiequelle nicht wenigstens probiert zu haben?, fragt die Projektsprecherin. Zumal klar sein müsse: Den gigantischen und weiter wachsenden Energiebedarf in den Megacities der Welt werden die Quellen Wind und Sonne allein nicht decken.

Logistisch ist auf der ITER-Baustelle fast alles von vorne bis hinten durchgetaktet. Beteiligte verwenden gern das Bild eines Puzzles, dessen rund eine Million Einzelteile – der Reaktor ist dreimal so schwer wie der Eiffelturm – aus allen Ecken der Welt nach Cadarache kommen. Haargenau ist festgelegt, welcher Teilnehmerstaat was produziert. Die eine Magnetspule kommt aus China, die andere aus Italien. Falls der Fusionsreaktor später tatsächlich in Serienfertigung geht, so der Gedanke, stehen die Wertschöpfungsketten. Arbeitssprache ist Englisch.

Gleichwohl ist die globale Logistik die Achillesferse von ITER. Denn hier funkt rasch die Weltpolitik dazwischen. So kommen wichtige Bauteile wie Vakuumschleusen über deutsche Zwischenlieferanten aus Russland. Sanktionsbedingt gibt es dabei schon jetzt Verzögerungen. Bislang bleibt Russland über den bestehenden völkerrechtlichen Vertrag ITER-Mitgliedstaat und mit rund 80 Mitarbeitern in Cadarache vertreten. Aber seit dem Ausbruch des Ukrainekriegs gibt es auch hier Diskussionen. Groß ist die Furcht auf ITER-Seite, dass Moskau analog zum Rückzug aus der Raumfahrtkooperation die Zusammenarbeit mit dem Westen in der Kernfusion auf Eis legt.

In der Projektleitung wünscht man sich den Verbleib Russlands. ITER sei ja schon als Kind des Kalten Krieges geboren und werde hoffentlich auch diesen Konflikt überdauern, ist zu hören. Schwer

vorstellbar erscheint, dass bei der geplanten Reaktorfertigstellung Ende 2025, so wie einst Reagan und Gorbatschow, sich ein amerikanischer und ein russischer Präsident die Hände reichen. Auch hinter der fortwährenden Beteiligung der Chinesen, die wie die USA neben ITER eigene Kernfusionsforschungen betreiben, stehen angesichts der geopolitischen Spannungen Fragezeichen.

Noch steht das ITER-Projekt. Er kämpfe dafür, macht Chefwissenschaftler Loarte deutlich, und er bemühe sich, dass es doch schon vor Mitte der 2030er Jahre mit der finalen Kernfusion klappt. Heute 58 Jahre alt, könnte er sie dann schließlich selbst noch hautnah erleben, sagt der Spanier und lacht. Wieder ernst, verspricht er: „Der zweite Reaktor wird einfacher.“

4 septembre (FAZ)

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/innenministerium-aus-fuer-expertenkreis-islamismus-18290498.html>

INNENMINISTERIUM ENTSCHIEDET:

## Aus für den „Expertenkreis Politischer Islamismus“

AKTUALISIERT AM 04.09.2022-03:55



Polizeibeamte bringen 2019 in Düsseldorf bei einer Razzia gegen ein bundesweites islamisches Netzwerk einen Sichtschutz an. Bild: Martin Gerten/dpa

Nach einem Jahr wird die Arbeit des Gremiums, das sich zum Beispiel mit Islamismus an Schulen beschäftigt, nicht verlängert. Beteiligte Wissenschaftler sind enttäuscht. Am Geld könne es nicht liegen.

Der vom Bundesinnenministerium ins Leben gerufene Expertenkreis Politischer Islamismus soll seine Arbeit nicht fortsetzen. Das Gremium war im Juni 2021 [unter dem damaligen Innenminister Horst Seehofer für die Dauer eines Jahres gegründet](#) worden. Mitglieder berichteten der Deutschen Presse-Agentur am Wochenende, Vertreter der Abteilung Öffentliche Sicherheit des Ministeriums hätten ihnen in einer Videokonferenz mitgeteilt, an einer Verstetigung der gemeinschaftlichen Tätigkeit des Expertenkreises bestehe kein Interesse.

Diese Entscheidung „bestürzt mich“, sagte der Sozialwissenschaftler Ruud Koopmans. Die Leiterin des Frankfurter Forschungszentrums Globaler [Islam](#), Susanne Schröter, warnte: „Wir haben so viele Probleme in Schulen.“ In manchen Milieus sei eine „totale Ablehnung der deutschen Gesellschaft“ festzustellen. All dies müsse „behandelt und eingefangen werden“.

### Kritik an „politischer Entscheidung“

Das Bundesinnenministerium äußerte sich auf Anfrage zunächst nicht zu den Gründen für die Entscheidung. Kostengründe könnten es nicht gewesen sein, sagte der Staatsrechtler Kyrill-Alexander Schwarz. Denn die Experten hätten für ihre Teilnahme an den aufgrund der Corona-Pandemie meist virtuellen Sitzungen des Gremiums kein Geld erhalten. Es sei zwar formal richtig, dass die Arbeit des

sehr heterogen besetzten Expertenkreises ursprünglich erst einmal für ein Jahr angelegt gewesen sei. Er habe dennoch den Eindruck, dass dies eine „politische Entscheidung“ sei.

Die Fokussierung von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) auf den Rechtsextremismus halte er zwar nicht für falsch, sagte Schwarz. Andere relevante Phänomene dürften aber nicht vernachlässigt werden.

In einem schriftlichen Vorschlag, der in dem Expertenkreis entwickelt wurde, heißt es: „Trotz zahlreicher präventiver Anstrengungen und Maßnahmen gelingt es nicht, die Attraktivität und Anziehungskraft des politischen Islamismus (insbesondere für junge Menschen) einzudämmen.“ Deshalb seien weitere Forschungsanstrengungen notwendig. Dazu gehöre unter anderem die Entwicklung von Erhebungsinstrumenten für die quantitative und qualitative Erforschung auch des nicht gewaltbereiten Islamismus.

Die Auflösung des Expertenkreises sei „der vorläufige Höhepunkt einer Politik des Wegsehens und der Ignoranz gegenüber dem Islamismus als demokratiegefährdenden Phänomen“, kritisierte der CDU-Bundestagsabgeordnete Christoph de Vries. „Man kann nur hoffen, dass uns diese Naivität nicht eines Tages böse auf die Füße fällt“, sagte der stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende Carsten Linnemann.

3 septembre (Le Point)

[https://www.lepoint.fr/editos-du-point/franz-olivier-giesbert/fog-l-ecologie-est-une-chose-trop-importante-pour-etre-laissee-aux-escrocolo-gauchistes-03-09-2022-2488333\\_70.php](https://www.lepoint.fr/editos-du-point/franz-olivier-giesbert/fog-l-ecologie-est-une-chose-trop-importante-pour-etre-laissee-aux-escrocolo-gauchistes-03-09-2022-2488333_70.php)

## FOG – L'écologie est une chose trop importante pour être laissée aux escrocolo-gauchistes

ÉDITO. Ce qui est fascinant avec les écologistes français, c'est qu'ils parlent de tout – sexisme, racisme, décolonialisme... – sauf d'écologie !



L'écologiste Sandrine Rousseau à Paris, le 7 juin 2022.

Publié le 03/09/2022 à 08h00

**Qui s'intéresse à l'écologie, aujourd'hui, en France ?** Tout le monde, sauf les politiciens censés s'en occuper. Même après cet été en enfer (à 40 degrés), c'est une question qui semble avoir quitté le champ du débat public pour se réduire à quelques âneries.

**Longtemps qualifiée de « plus bête du monde », la droite française** doit désormais laisser ce titre à la gauche. Épargnons néanmoins La France insoumise (LFI) qui, comme Trump, gagne toujours les élections qu'elle a perdues : au moins, Mélenchon parle de l'urgence écologique, même si c'est avec les accents du prophète Philippulus, bien connu des lecteurs de *Tintin*.

**Sur l'écologie comme sur le reste, le PS est toujours dans un état proche du néant** où, apparemment, il se sent comme chez lui. La preuve de sa dégénérescence, ses dirigeants ont fait distribuer, à l'occasion de leur université d'été, la légendaire casquette rouge de Trump sur laquelle était écrit, en affreux franglais, le slogan que l'ex-président américain avait « emprunté » à Reagan : « *Make la gauche great again.* » Le tout étant *made in China*, il va de soi. Miserere.

**Les écologistes, eux, remettent sans cesse des pièces dans leur machine à bêtises**, le pompon revenant ces derniers temps à la députée Sandrine Rousseau, Castafiore du comique involontaire, qui pourrait devenir la prochaine présidente d'EELV. Dans un petit essai écrit avec deux militantes féministes (1), elle met en avant un nouveau néologisme, l'androcène, qui permet de réunir, dans le même opprobre, le sexisme, le racisme, le colonialisme et le réchauffement climatique. **Si la météo n'est plus du tout ce qu'elle était, c'est la faute aux mâles blancs occidentaux, bon sang mais c'est bien sûr, il suffisait d'y penser !**

**Les escrocolo-gauchistes d'EELV ont sombré dans le sociétal.** Certes, pour en finir avec le dérèglement climatique, ils peuvent avancer de prétendues solutions : l'un préconise d'interdire les jets privés, l'autre... les piscines non publiques. Comme si le sort de la planète ne les intéressait plus, **leurs sujets de prédilection sont aujourd'hui les mots d'ordre wokistes, le combat pour la burkinisation du pays, les dernières modes du décolonialisme, etc. En somme, toutes les fadaises de l'air du temps. Les farceurs ! Alors que la gauche française est à la rue, déconnectée des réalités, les sociaux-démocrates sont au pouvoir en Allemagne. Nos Verts**

**eux-mêmes sont à la ramasse, pour ne pas dire ridicules, tandis que leurs respectés homologues d'outre-Rhin occupent des postes clés au gouvernement, comme l'Économie ou la Défense.**

**Confisquons leur rente écologique à nos soi-disant Verts franco-français** et laissons-les à leurs délires pour réinventer une véritable écologie destinée à devenir, un jour, majoritaire en France. Le livre très stimulant de la biologiste Barbara Demeneix, *Comment les énergies fossiles détruisent notre santé, le climat et la biodiversité* (2), pourrait servir de base à cette refondation. Elle y écrit d'entrée de jeu : « *Les trois grandes menaces à l'encontre de notre civilisation - le changement climatique, la perte de diversité et la pollution chimique - sont bien plus étroitement liées que nous ne le pensions jusque-là. Leur dénominateur commun est la surconsommation de combustibles fossiles.* »

**D'une canicule l'autre, l'Apocalypse est-elle pour bientôt ?** Les menaces sur notre espèce sont interdépendantes et Barbara Demeneix propose des solutions concrètes qui passent par la diminution de la consommation des dérivés du pétrole et d'autres combustibles fossiles, responsables non seulement du réchauffement climatique mais aussi de la pollution chimique, à travers les pesticides ou le plastique dont les nano- ou microdéchets s'accumulent dans l'air et dans l'eau. La biologiste nous invite à tout changer, à commencer par nos habitudes, notamment alimentaires - en mangeant par exemple moins de viande. L'écologie, ce n'est pas les autres ; ça commence avec soi-même.

**Et le nucléaire, saperlotte ?** C'est l'angle mort du livre de [Barbara Demeneix](#) : elle est convaincue que les énergies renouvelables peuvent répondre à nos besoins en électricité, ce qui reste à prouver. En attendant de trouver mieux, le nucléaire n'est-il pas encore la seule énergie de substitution écologique, n'en déplaise aux Verts français ou allemands, lesquels lui préfèrent les centrales à charbon pour produire de l'électricité ?

**Alors que nous sommes confrontés à un « choc électrique »**, avec l'explosion du prix de l'électricité, voilà un beau sujet de débat national. Comme l'a observé Frédéric Beigbeder, « **les seuls sujets intéressants sont les sujets tabous** ».

1. *Par-delà l'androcène*, écrit avec Adélaïde Bon et Sandrine Roudaut (Seuil, 2022).
2. Odile Jacob, 2022.

3 septembre (FAZ)

<https://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/menschen/wie-ein-bisexueller-gefluechteter-in-deutschland-neu-anfaengt-18287722.html?premium>

BISEXUELLER GEFLÜCHTETER:

## Jetzt lebt er ohne Angst

VON DOMANTĖ PLATŪKYTĖ

-AKTUALISIERT AM 03.09.2022-09:17



Amir trainiert in Frankfurt. Bild: Hannes P. Albert

Weil er bisexuell ist, droht Amir in seiner Heimat Iran der Tod. Nun hat er noch mal neu angefangen – nach einer gefährlichen Flucht nach Deutschland.

Deutschland fühlt sich für ihn an wie Heimat. „Hier gibt es keine Angst und keine Scham“, sagt Amir. Hier könne er Männer treffen, ohne um seine Sicherheit fürchten zu müssen – und einfach er selbst sein. Der 26 Jahre alte Iraner sitzt in der Frankfurter Innenstadt in einem Vereinsraum von Rainbow Refugees Frankfurt. Ein paar junge Leute hängen auf der Couch in einer Ecke herum. Jemand erzählt einen Witz, Gelächter erfüllt den Raum.

Amir hat sich auf die andere Seite des Zimmers zurückgezogen, um über sein Leben zu sprechen. Er hofft, damit anderen Menschen helfen zu können. Leicht ist es für ihn nicht. Anfangs spricht er zögerlich, senkt den Blick, stockt, bis er die richtigen Worte gefunden hat. 2017 ist Amir aus [Iran](#) geflohen, seit vier Jahren lebt er in Deutschland. In seinem Herkunftsland droht ihm im schlimmsten Fall die Todesstrafe: Amir ist bisexuell. In Iran sind gleichgeschlechtliche sexuelle Handlungen verboten.

Ein Verbot, das in den vergangenen Jahren auch durchgesetzt wurde, wie die internationale Organisation The Human Dignity Trust berichtet. Iran gilt als eines der repressivsten Länder der Welt, wenn es um Rechte für LGBTQ-Menschen geht. LGBTQ-Personen sind demnach regelmäßig Diskriminierung und Gewalt ausgesetzt, darunter Mord, Übergriffe, Belästigungen und die Verweigerung grundlegender Rechte und Dienstleistungen. 2020 gaben in einer Umfrage des iranischen Lesben- und Transgendernetzwerks „6rang“ 77 Prozent der Befragten an, schon einer Form körperlicher Gewalt ausgesetzt gewesen zu sein, teils im öffentlichen Raum, teils durch Freunde und Bekannte oder gar die eigene Familie.

„Viele Menschen in Iran werden durch das Bildungssystem einer Gehirnwäsche unterzogen“, sagt Amir. „Sie verleugnen ihre Sexualität und denken, dass Gott sie in der Hölle verbrennen wird, dass es schlecht ist, schwul zu sein.“ Manche Angehörige der queeren Community würden in Iran vergewaltigt, könnten dies aber weder bei der Polizei melden noch ihren Familien mitteilen. „Die Menschen schämen sich. Es gibt viel Mobbing, wir haben keine Rechte“, sagt er. Viele versteckten sich. Amir berichtet von Homosexuellen, die von ihren eigenen Eltern ermordet worden seien. „Ein Mann wollte wegen seiner Sexualität weglaufen, aber seine Familie fand ihn, brachte ihn irgendwohin,

außerhalb der Stadt – und tötete ihn. Sein Vater sagte der Mutter, das Kind sei tot, und sie solle ‚ihren kranken Sohn‘ abholen.“

## Schwule Menschen werden in Iran bedroht

Das sind keine Einzelfälle. Anfang des Jahres wurden in Iran zwei schwule Männer hingerichtet, die wegen Sodomie verurteilt worden waren. Sie hatten zuvor sechs Jahre in der Todeszelle verbracht. Im vergangenen Jahr rief der Mord an einem schwulen Iraner auf der ganzen Welt Empörung hervor. „6rang“ teilte mit, der Mann sei möglicherweise von seiner Familie ermordet worden, nachdem sie von seiner Sexualität erfahren hatte. Der UN-Sonderberichterstatter zur Menschenrechtslage in Iran gab in seinem Bericht an den UN-Menschenrechtsrat im Januar 2021 an, „Ehrenmorde“ seien in Iran nach wie vor weit verbreitet.

Amir heißt eigentlich anders, er hat darum gebeten, seinen Namen für diesen Text zu ändern. Als er Iran 2017 verließ, flog er zunächst in die Türkei. Drei Tage später brachte ihn ein Schleuser in die Nähe der Grenze zwischen der Türkei und Griechenland. Gemeinsam mit 20 anderen Personen sollte er in einem Boot nach Griechenland übersetzen. Für die vielen Personen sei das Boot aber zu klein gewesen, nach einer Weile sei Wasser eingeströmt, sagt Amir. Er habe gedacht, er müsse sterben. „Als wir die griechische Grenze erreichten, stand das ganze Boot unter Wasser.“ Die Gruppe wurde in ein Migrantenlager gebracht. Amir berichtet von Kälte in den Zelten, einige Menschen seien erfroren. Mit der Hilfe eines Anwalts kam er schließlich nach Deutschland.

In der Zeit, als Amir in den Lagern in Griechenland untergebracht war, hatte er mit psychischen Problemen zu kämpfen. In Deutschland kam er zunächst in ein Krankenhaus. „Ich war so schwach“, sagt er. „Alles war auf den Kopf gestellt.“ Ein paarmal habe er versucht, zur Schule zu gehen, aber er sei dort zu nervös gewesen. Inzwischen gehe es ihm besser, Sport habe ihm geholfen. In Iran hat er die Schule nicht beendet, er hofft nun, seinen Abschluss nachholen zu können. Nur die Albträume seien noch da. „Ich habe sie fast jede Nacht. In meinen Träumen versuche ich, aus meinem Land wegzulaufen.“

Bei Rainbow Refugees Frankfurt kann er sich mit anderen LGBTQ-Menschen austauschen, die geflüchtet sind, sie treffen sich hier jede Woche. Der Verein ist ein Projekt der AIDS-Hilfe Hessen. Seit 2015 berät er LGBTQ-Geflüchtete etwa in Fragen zu Aufenthalts- und Sozialrecht, unterstützt sie bei der Arbeits- und Wohnungssuche, gibt eine erste Einschätzung bei psychosozialen und medizinischen Themen ab und vermittelt sie bei Bedarf an andere Angebote weiter. Vor allem aber bietet er ihnen einen sicheren Raum, um ihre Geschichten zu erzählen.

## Mehr Menschen suchen Hilfe

Laut dem hauptamtlichen Helfer Knud Wechterstein ist die Zahl der Hilfesuchenden in den vergangenen Jahren gestiegen. Im Jahr 2020 betreute der Verein insgesamt 140 Betroffene, in diesem Jahr waren es bis Ende August schon 151 Personen. Ein Grund dafür sei, dass die wegen der Corona-Pandemie verhängten Reisebeschränkungen inzwischen aufgehoben sind. Auch der Krieg in der Ukraine führe dazu, dass mehr Menschen nach Deutschland kämen. Die Mehrheit der Flüchtlinge kommt laut Wechterstein aus Jamaika, Iran, Irak, Pakistan und Syrien. „Die meisten Asylbewerber brauchen Therapeuten und sind traumatisiert“, sagt er. Sie bringen teils furchtbare Erlebnisse mit. Wechterstein berichtet etwa von einer homosexuellen Person, deren Bruder sie mit einer brennbaren Flüssigkeit überschüttet und versucht habe, sie zu verbrennen. Oder einem Kind, dem von seiner Familie ein Ohr als Bestrafung abgeschnitten worden sei.

Bei Rainbow Refugees Frankfurt hat nicht nur Amir Halt gefunden. Auch für den 20 Jahre alten Sharmaake aus Somalia ist Deutschland ein neues Zuhause geworden. Somalia bezeichnet er als eines der gefährlichsten Länder für LGBTQ-Personen. „In Somalia gibt es keine Freiheit, offen zu leben“, sagt Sharmaake. „Man kann ermordet oder ins Gefängnis gesteckt werden.“ Er kenne zahlreiche Personen, die jahrelang im Gefängnis gesessen hätten, alle jünger als 25 Jahre. Er habe keinen anderen Ausweg

gesehen, als zu fliehen. Ein Jahr und zwei Monate dauerte seine Flucht. „Mein Leben in Somalia war so düster“, sagt Sharmaake. In Deutschland sei alles anders. „Jetzt kann ich tun, was ich will, ich kann in einen Club gehen, schwule Menschen treffen, offen leben.“ Er lebt zwar erst seit einem Jahr in Deutschland – „aber es fühlt sich an, als wären es schon zehn Jahre“.

Amir geht es ähnlich. Schon in Iran habe er viele westliche Bücher gelesen. „Ich verstehe diese Menschen, die Gesellschaft. Ich habe mich hier schnell zurechtgefunden. Alles ist gut hier, ich bin glücklich.“ Er arbeite daran, perfekt Deutsch zu sprechen und die deutsche Staatsbürgerschaft zu bekommen. Alles, woran er in den vergangenen Monaten gearbeitet und was er erlebt habe, sei für seine Zukunft gewesen, „jedes Problem, das ich überwunden habe, jede Erfahrung, der ganze Schmerz“. Auch deutsche Lebensweisheiten scheint Amir schon verinnerlicht zu haben. Nebenbei, vielleicht ohne es zu wissen, zitiert er Friedrich Nietzsche: „Was mich nicht umbringt, macht mich stärker.“



3 septembre (NZZ)

<https://www.nzz.ch/feuilleton/rowlings-rache-ld.1700857>

## Rowlings Rache – die ehemalige Fantasy-Autorin hat einen Kriminalroman geschrieben, der die Realität allzu gut imitiert

Die Harry-Potter-Autorin J. K. Rowling erlebte einen Shitstorm. Das passiert nun auch dem Opfer in ihrem neusten Cormoran-Strike-Roman «The Ink Black Heart». Zufall?

Nadine Brügger

02.09.2022, 16.22 Uhr



Die Autorin J. K. Rowling an der Weltpremiere des Films «Fantastic Beasts: The Secrets of Dumbledore» im März 2022 in London. Peter Nicholls / Reuters

Einst verzauberte J. K. Rowling mit ihrer Geschichte um den jungen Zauberer Harry Potter global Generationen. Studien attestierten dem Werk gar, dass die darin enthaltenen moralischen Leitplanken seine Leser zu besseren Menschen machten. Toleranz, Mut, Offenheit, Zivilcourage und viel Lust aufs Lesen und Lernen zeichne die Potterheads – wie Potter-Fans sich nennen – aus. Ein Gütesiegel also.

Dann erklärte Rowling, der weise Schulleiter Albus Dumbledore sei homosexuell – und die Fangemeinde jubelte erst recht. Es schien, als könnte die britische Autorin mit ihrer Meinung nichts falsch machen. Doch der Schein trog.

### «Wumben? Wimpund? Woomud?»

Alles begann im Corona-Sommer 2020. Rowling, die unter dem männlichen Pseudonym Robert Galbraith eine erfolgreiche Krimiserie veröffentlicht, hatte gerade Band fünf um den Detektiv Cormoran Strike beendet und mit dem ersten Entwurf für Band sechs, von dem noch niemand wusste, dass er dereinst «The Ink Black Heart» heissen würde, begonnen.

Auf dem Kurznachrichtendienst Twitter teilte sie einen Meinungsbeitrag, der für die Zeit nach Corona mehr Gerechtigkeit für «Menschen, die menstruieren», forderte. «Menschen, die menstruieren? Ich bin sicher, früher gab es ein Wort für diese Menschen», tippte Rowling. Dazu, in Anlehnung an das englische «women»: «Wumben? Wimpund? Woomud?»

Jetzt jubelte die Fangemeinde nicht mehr. Die LGBT-Community, viele Mitglieder davon Fans von Rowlings phantastischer Welt, aufgewachsen mit Harry und seinen Freunden im Kopf, fühlte sich angegriffen. Denn auch Transmänner können menstruieren, ebenso erleben Transfrauen mangels Gebärmutter keine monatliche Blutung. So die Argumentation.

Rowling, statt sich zu entschuldigen, holte aus. Erklärte, sie habe kein Problem mit Transmenschen, sehr wohl aber mit der Tatsache, dass das biologische Geschlecht kleingeredet, ja gar infrage gestellt werde. Denn damit nehme man den Frauen unter anderem ihre politische Schlagkraft als Interessengemeinschaft «Frau». Als Feministin, so Rowling, könne sie das nicht akzeptieren. Twitter und die übrigen sozialen Netzwerke schäumten.

Rowlings Meinung dürfte zahlreichen Fans gerade darum so bitter aufstossen, weil die von ihr geschaffene Zauberwelt Minderheiten explizit mit einschloss und vielen Kindern und Teenagern, die in der Realität nicht wussten, wohin sie gehörten, ein Zuhause gab. Nun war dieses Nest beschmutzt.

## Falsche Freunde

Zu Rowlings Aussagen gesellten sich ihre neuen Freundschaften. Etwa jene mit Baronin Emma Nicholson, mit der zusammen Rowling die Wohltätigkeitsorganisation Lumos gegründet hat, die Waisenkinder weltweit unterstützt. Nicholson, Mitglied des britischen Parlaments und Ehren-Vizepräsidentin der Booker-Stiftung, hatte sich öffentlich gegen Abtreibung und gleichgeschlechtliche Beziehungen ausgesprochen. Im gleichen Jahr, in dem Rowling sich fragte, ob es ein anderes Wort für «menstruierende Menschen» gebe, wurde Nicholson aufgrund ihrer homophoben Aussagen die Ehren-Vizepräsidentschaft bei Booker entzogen. Bei Lumos allerdings bleibt die Baronin mit von der Partie.

Da ist zudem die Freundschaft, oder zumindest Sympathie, zu der katholischen Aktivistin Caroline Farrow, die öffentlich erklärte: «Meine Kinder werden lernen, dass homosexuelle Handlungen sündig sind, denn sie trennen uns von Gott. Teilt das, wenn ihr mögt, und wir werden sehen, ob bald die Stasi anklopft.» Als Farrow wegen dieser und ähnlicher Aussagen in den und ausserhalb der sozialen Netzwerke angegriffen wurde, schickte Rowling – mittlerweile selber gewohnt, besonders online zur Zielscheibe zu werden – einen mitfühlenden Tweet mit den Worten «Viel Liebe für dich» an Farrow.

Wut und Unverständnis in Rowlings Fangemeinde wuchsen. Luft machte man sich besonders über Twitter. Und Rowling erlebte in den vergangenen beiden Jahren, was sich als «gigantischer Shitstorm» zusammenfassen lässt. Sie sei von Events eingeladen worden, erklärte sie. Und auch bei der grossen Harry-Potter-Jubiläums-Reunion war die Schöpferin nicht mit von der Partie. Allerdings nicht, weil man sie nicht eingeladen hätte, sondern, weil es dabei um die Filme gegangen sei, nicht um die Bücher, liess die Britin später verlauten.

## Imitiert die Kunst die Realität?

Wie genau nun ein Shitstorm im Internet aussehen kann, sieht man einerseits also bei Twitter. Andererseits kann man es in Rowlings neuem Cormoran-Strike-Krimi nachlesen.

Das Buch, das Ende August auf Englisch erschienen ist, erzählt von der äusserst erfolgreichen Karikaturistin Edie. Edies Fangemeinde wirft ihr nach einer Publikation Rassismus und Transphobie vor. Besonders Männer, die ihr den Erfolg nicht gönnen, jagen sie on- und offline. Die Kritik an Edie wird von der Autorin Rowling als unbegründet, zuweilen lächerlich und immer als böswillig dargestellt. Und sie endet da, wo ein Kriminalroman eher früher als später hinmuss, um seine Daseinsberechtigung zu erhalten.

Der Krimi, darin ist sich die britische Presse mittlerweile einig, sei eine Abrechnung Rowlings mit ihren Kritikern und Hassern. Dass die Fiktion der Realität auf den Leib geschrieben scheint, war auch Rowling selbst klar. Zum Talkmaster Graham Norton sagte sie darum: «Ich sagte zu meinem Mann: ‹Ich glaube, jeder wird das als eine Reaktion auf das sehen, was mir passiert ist›, aber das war es wirklich nicht. Der erste Entwurf des Buches war zu dem Zeitpunkt bereits fertig, als bestimmte Dinge passierten.»

Während sich am 1. September nostalgisch – und grösstenteils als Hexen und Zauberer verkleidet – die Potterheads am Bahnhof King's Cross trafen, um den fiktiven Schulbeginn in Hogwarts zu feiern, versammelten sich online die Kritiker unter dem Hashtag #icantstandher.

Die verbliebenen Fans konterten mit #istandwithher und verteidigen den neusten Wurf ihrer Heldin. Schaden dürfte der Streit um Rowlings mögliche Rache zumindest bei den Verkaufszahlen nicht: Allein bei Orell Füssli landete der englische Krimi bereits am ersten Verkaufstag in den Top 5.

3 septembre (Le Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/vox/societe/ces-petits-renoncements-qui-tuent-le-temoignage-choc-d-un-professeur-contraint-a-l-anonymat-20220902>

## «Ces petits renoncements qui tuent»: le témoignage choc d'un professeur contraint à l'anonymat

Par [Eugénie Boilait](#)

Publié 2-09-22, Mis à jour il y a 6 heures



«Après la mort de Samuel Paty, je voyais bien que Laurent faisait un choc post-traumatique» (Carine Azzopardi). AFP

**GRAND ENTRETIEN** - Dans un ouvrage édifiant, Carine Azzopardi prête sa plume à un professeur de français, resté anonyme pour sa sécurité. Les deux auteurs nous ont accordé un entretien fleuve où ils témoignent et insistent sur l'importance d'un réveil des consciences pour faire face à la montée de l'islamisme en France.

*Carine Azzopardi est journaliste au service Culture de France Télévisions. Le 13 novembre 2015, elle perd son compagnon, père de ses deux filles, au Bataclan.*

*Le Témoin est professeur de lettres depuis 1991. Défenseur de l'école républicaine et laïque, il témoigne anonymement aujourd'hui pour préserver sa vie et continuer d'enseigner. Laurent Valogne est un nom d'emprunt.*

*Les deux entretiens sont présentés successivement.*

---

«Ces petits renoncements qui tuent», Carine Azzopardi et le témoin, 200p, 18€.Éditions Plon

**FIGAROVOX. – Quelle a été la genèse du livre ? Que représente ce livre pour vous ?**

**Carine AZZOPARDI.** - Cela s'est fait assez naturellement, après [l'attentat contre Samuel Paty](#) qui a particulièrement bouleversé [Laurent](#). Moi, cela faisait longtemps que j'étais très touchée par les attentats. À chaque fois que cela se passe, j'essaie de me protéger mais je sais ce que la famille vit et suis nécessairement affectée. **Après la mort de Samuel Paty, je voyais bien que Laurent faisait un choc post-traumatique. Nous échangeons beaucoup à ce moment-là. Un jour, un ami lui a suggéré d'écrire un livre à ce sujet, de témoigner. Lorsqu'il m'en a parlé, cela m'a paru être une évidence.** Il fallait se lancer et je lui ai proposé mon aide tout de suite.

On a commencé par des questions-réponses à l'écrit mais ça n'allait pas, c'était illisible. Nous avons alors changé de méthode et avons fait de longues interviews. Après l'écriture, le texte est resté assez longtemps dans les tiroirs. Au départ, l'anonymat a été une vraie problématique avec l'éditeur que nous avons trouvé (qui est toujours le même aujourd'hui). À cette époque-là, je l'aidais simplement à écrire, je ne pensais pas

apparaître dans l'ouvrage. Nous sommes restés de longs mois sans savoir comment procéder. Il ne voulait pas sortir de l'anonymat et je le comprenais tout à fait. Ce n'était pas qu'une question de danger: il souhaitait aller tous les jours devant ses classes et il ne voulait pas être parasité par des débats extérieurs. Et il a eu raison, vu l'écho du livre.

Pour ma part, ayant assisté en tant que partie civile au procès des attentats du 13-Novembre, j'ai beaucoup réfléchi. Au début, je me protégeais car c'était la phase consacrée aux témoignages, mais ensuite j'y suis allée tous les jours. J'y ai rencontré des gens qui m'ont encouragée à publier, en me disant que cela pourrait toujours être utile. Fadila Maaroufi, de l'Observatoire des fondamentalismes à Bruxelles, qui a fait quatre ans d'immersion de thèse au sein des Frères musulmans, m'a persuadée de faire quelque chose. Elle m'a expliqué que Bruxelles a 10 ans d'avance sur la France et qu'il est peut-être encore temps de faire quelque chose ici. Elle connaît bien tout cela, elle vient de quartiers difficiles comme Molenbeek. J'ai donc accepté et j'ai décidé de publier sous mon vrai nom.

**Vous parlez de «la bête immonde» qui revient dans la préface et un chiffre éloquent est cité dans le livre: 21% des jeunes Français ne condamnaient pas les djihadistes à la veille du procès des attentats de Charlie et de l'Hypercacher (sondage Ifop). Ce livre répond-il à un danger imminent ?**

CA. - Nous ne prétendons évidemment pas être les premiers lanceurs d'alerte. Ce livre a d'abord été une thérapie pour nous, nous avons fait quelque chose de notre douleur. Nous y avons mis de la raison et cela nous a fait beaucoup de bien car nous avons eu l'impression d'agir, en se dégageant un petit peu de l'impuissance qui se manifeste face à un attentat.

Ce que nous avons dit a déjà dû être écrit plusieurs fois : il y a eu *Les Territoires perdus de la République* ; il y a eu le rapport Obin en 2004 ; il y a eu tous les livres de Iannis Roder ; en 2017, il y a eu l'ouvrage de Bernard Ravet alors principal de collège dans les quartiers Nord de Marseille. Ce qui est différent peut-être, c'est que le lycée de Laurent est un lycée «normal», il n'est pas classé REP. Ce livre est frappant sur ce point : il montre que cette montée de l'islamisme n'est pas une réalité que dans les quartiers très difficiles.

**Vous évoquez dans la préface, « l'aveuglement » de vos amis quant à la montée de l'islamisme. Avez-vous écrit ce livre pour dépasser le clivage droite/gauche et pour mettre des mots sur le danger réel ?**

CA. - Exactement. Une chose m'a en partie encouragée. Lorsque j'ai suivi les procès du 13-Novembre, il y avait parmi les victimes des attentats, et même parmi ceux qui avaient pris des balles, du déni. C'était encore là. J'en étais très attristée et étonnée. J'étais persuadée que tout le monde avait parcouru le même chemin que moi: nous étions tous issus des mêmes milieux et nous avons vécu la même chose, et pourtant. Cela m'a décidée.

Il y a encore énormément de déni et je ne sais pas d'où il vient. Dès que l'on parle d'«islamisme», une étiquette nous est collée sur le front: «raciste», «fasciste». Cette attitude clôt le débat et ce n'est plus possible. En lisant le livre, on comprend très bien où nous nous situons, Laurent et moi: du côté de la réflexion. Nous n'avons pas une approche politique du problème. Nous avons une démarche camusienne: nommer les choses et les regarder en face.

Avant de parler avec Laurent, j'étais en plein choc post-traumatique. J'étais en dépression et je ne comprenais pas, je cherchais. J'ai en partie grandi à la Paillade à Montpellier donc j'avais conscience de la montée de la délinquance, j'y étais confrontée personnellement, mais la montée du salafisme, je ne l'appréhendais pas.

Aujourd'hui, j'ai entièrement confiance en Laurent et lorsqu'il me raconte ses histoires, je suis stupéfaite. Ses élèves de seconde affirment régulièrement que la terre est plate ou lui demandent où se couche le soleil. D'où cela sort ? Pas seulement d'une remontée du religieux. L'obscurantisme est aussi dû aux réseaux sociaux. Je ne suis pas contre la technique mais avant, nous pensions qu'elle apporterait le savoir au plus grand nombre ; or, le savoir est mis au même niveau que l'ignorance sur ces réseaux. Nous, journalistes, vérifions nos informations mais la plupart des gens ne le font pas, surtout les jeunes esprits en formation. C'est un vrai problème.

**Étiez-vous étonnée par les propos de Laurent Valogne et ses nombreuses anecdotes ? Ressentez-vous, non pas en tant que professeur mais en tant que journaliste et femme, la montée de l'islamisme ?**

CA. - J'étais évidemment très étonnée par tout ce qu'il me racontait. On se voyait en fin de semaine et il me racontait les événements les plus marquants, on parlait de «perles de la semaine». Pourtant, il adore ses élèves et réciproquement. Cela ressort dans le livre. Ils arrivent encore à avoir un peu d'échanges, c'est fabuleux. Mais face à leurs affirmations, les bras m'en tombent. C'est pour cela que ce livre devait être écrit.

Moi, personnellement, je ne ressens pas la montée de l'islamisme car je suis dans une bulle. Selon moi, le livre de Jérôme Fourquet, *L'Archipel français*, cible parfaitement le problème: il décrit la France comme un ensemble de sept îles qui ne communiquent plus. Laurent lui, il est dans deux bulles à la fois et c'est aussi une richesse: il est dans notre bulle mais il est aussi dans ces quartiers situés au-delà du périphérique. Il suffit de traverser et d'aller constater en vrai : dans des librairies musulmanes, on peut trouver des livres des descendants d'Hassan el-Banna, fondateur des Frères musulmans, qui prônent un islam rigoriste. Moi, dans mon île, je ne vois rien, seulement les femmes voilées mais ce n'est précisément pas cela le problème.

**Selon vous, comment faire face à cette montée de l'islamisme ?**

CA. - Tout d'abord, ce n'est pas un phénomène franco-français. Le débat sur ces questions-là est hystérisé en France: il y a d'un côté les laïcards et de l'autre côté, les alliés objectifs de l'islamisme. Or, la remontée de l'islam rigoriste est une réalité dans beaucoup de pays. Je suis aussi touchée quand des filles sont enlevées par Boko Haram au Nigéria ou quand des talibans entrent et tirent dans l'université de Kaboul. Dans un premier temps, il faut donc déjà se rendre compte de ce qui est en train de se passer.

Nous, qui avons la chance de vivre dans un pays libre, qui protège la liberté d'expression (même si elle recule nettement malheureusement par la peur), nous devons parler, ne pas avoir peur, et affirmer avec fierté que nous sommes le pays des Lumières et de la liberté d'expression. L'attentat contre Salman Rushdie a été assez mal relayé par exemple: cela dépendait des médias mais il y avait parfois de l'autocensure et de l'aveuglement. Quand j'entends et lis que Salman Rushdie a publié *Les Versets sataniques* qui est un roman «controversé», je bondis. Il y a encore beaucoup de chemin à faire dans les esprits, et j'espère que ce livre aidera.

Par ailleurs, je pense que l'école est un lieu décisif et en cela le livre est important. Avant, il y avait le service militaire qui réunissait toute une classe d'âge même si elle n'était que masculine. Aujourd'hui, il ne reste que le lycée : c'est le dernier endroit du vivre-ensemble. C'est le dernier endroit commun, le dernier bastion d'une forme d'universalisme du savoir ; après lui, les élèves sont lâchés dans la nature et on ne se recroise plus. Il faut se rendre compte des débats au sein du lycée et réaffirmer, se réapproprier le principe républicain de «laïcité» : savoir ce que cela veut réellement dire et d'où il vient. Les élèves de Laurent comprennent très bien quand on leur explique ce que veut dire «laïcité» et en quoi ce principe protège les minorités religieuses. À côté de cela, des gens comme François Héran du Collège de France, vont dans le sens contraire et nous tirent des balles dans le pied. Les postures intellectuelles, au-dessus de la mêlée, ne comprennent parfois rien et empirent les choses.

---

**FIGAROVOX. - Pourquoi avoir décidé de témoigner ? Cet ouvrage est-il un «cri d'alarme» ?**

Laurent VALOGNE. - J'ai voulu parler de ce que je vivais au quotidien, de ce que je percevais: ce que j'entendais ou voyais. Il y a beaucoup de fantasmes autour des questions que j'aborde, beaucoup de filtres et notamment idéologiques. Je voulais ainsi prendre le contrepied de ces approches, souvent polémiques - dans un sens comme dans l'autre - et proposer autre chose, un témoignage direct, ancré dans des situations concrètes.

Pour répondre à la seconde partie de votre question, ce n'est pas un cri d'alarme, mais plutôt une sorte d'alerte que je lance, une manière de dire qu'il faut peut-être [ouvrir les yeux sur certains phénomènes](#). Je m'adresse à tout le monde, à ceux qui persistent à [nier ces problèmes](#), à les relativiser ou à les minimiser,

mais aussi à ceux qui les grossissent de manière outrancière et les amalgament dans une confusion délétère. J'aimerais que l'on dépasse ces positions stéréotypées et c'est l'objectif de ce livre, qui n'est pas une simple compilation d'anecdotes, mais propose aussi des analyses et des perspectives.

**Qu'avez-vous ressenti à l'annonce de l'attentat contre Samuel Paty, en tant que professeur et en tant qu'homme ?**

LV. - J'ai d'abord réagi en tant qu'homme et ce fut de la stupeur. C'est en tant que professeur ensuite que j'ai réagi, et le sentiment qui a prédominé fut la colère. Colère contre mon institution, qui n'a pas su protéger ce collègue, exemplaire, je le rappelle. Cette tragédie m'a profondément affecté.

**Vous évoquez la réaction de collègues et syndicats à la suite de l'attentat contre Samuel Paty: après avoir évoqué la tristesse et la violence de cette attaque, tous insistent sur le fait que cet événement ne devait pas être l'occasion d'un retour des forces réactionnaires et islamophobes. Vous insistez sur l'absence du terme «islamisme» dans ces interventions. Une partie du problème vient-elle des acteurs même du système ?**

LV. - Si, en effet, on lit la grande majorité des communiqués des syndicats publiés après cette tragédie, on ne peut qu'être étonnés. Beaucoup d'entre eux étaient rédigés quasiment sur le même modèle: quelques lignes avec un propos lénifiant et très généraliste sur l'«intolérance» ou le «fanatisme» (ça ne mange pas de pain), et ensuite, un long développement sur la mise en garde contre le racisme et la montée de l'extrême droite. Cette curieuse inversion du réel est à mon sens révélatrice d'un vrai problème au sein d'une certaine gauche, qui rechigne à nommer ce à quoi nous sommes confrontés, et pour de multiples raisons.

Dans les salles des profs - j'en ai fréquenté beaucoup - il n'y a pas non plus de consensus majeur autour de ces questions. Une grande majorité de collègues est silencieuse, quelques-uns comme moi n'hésitent pas à «mettre les pieds dans le plat». Une petite minorité enfin est dans la complaisance. Mais il est difficile de répondre à votre question, à titre personnel je ne dirais pas qu'une partie du problème vient des acteurs eux-mêmes, car ils sont pris dans un système dont les rouages et le fonctionnement sont complexes et qui bien souvent les dépassent. Le système éducatif est une grosse machine dans laquelle les professeurs sont souvent seuls, avec leurs doutes et leurs interrogations. Disons simplement qu'une partie du problème vient aussi de l'institution, mais il ne faut pas trop charger l'école, elle reflète aussi les problèmes de société, qui débordent sur elle.

Si les philosophes des Lumières ont combattu l'obscurantisme en prônant la diffusion la plus large possible des connaissances et des savoirs, c'est parce qu'ils avaient bien compris que l'ignorance était un outil de domination et de contrôle des âmes par l'Église.

**Vous dites à ce sujet que «les Français sont très résilients». Que voulez-vous dire ?**

LV. - J'avais été frappé après les attentats de janvier 2015 par la sérénité de manifestation du dimanche 11, il n'y avait aucune haine, l'attitude était très digne, avec un vrai comportement républicain. Le fait qu'il n'y ait pas eu ensuite par exemple d'événement comme l'attentat contre la mosquée de Christchurch montre qu'une majorité de Français sait faire la part des choses.

**Dès les premières pages de votre ouvrage, vous évoquez un certain «retour à l'obscurantisme». Pourquoi ? Quel lien entre obscurantisme et violence ?**

LV. - Il y a plusieurs formes d'obscurantisme, celui-ci ne se limite pas à certaines tendances religieuses ou à la superstition. J'ai par exemple des élèves qui ne sont pas spécialement croyants mais qui adhèrent à des billevesées complotistes (je pense à ce que j'ai entendu sur les vaccins). Mais d'une manière générale, ce que l'on peut dire, c'est que si les philosophes des Lumières ont combattu l'obscurantisme en prônant la diffusion la plus large possible des connaissances et des savoirs, c'est parce qu'ils avaient bien compris que l'ignorance était un outil de domination et de contrôle des âmes par l'Église. Il en est de même aujourd'hui avec une certaine tendance autoritaire de l'Islam, qui n'est pas une religion qui forme un bloc et qu'il serait stupide d'essentialiser. Maintenant, je ne fais pas spécialement un lien entre obscurantisme et violence, même si

souvent il la conditionne. Ma préoccupation est surtout que je vois sortir des élèves du système scolaire avec des connaissances très fragiles, qui ne peuvent pas favoriser l'esprit critique et la construction d'une réelle autonomie intellectuelle et citoyenne.

**Vous expliquez que «la philosophie en elle-même» pose problème car les élèves ne veulent pas réfléchir ou penser à propos de ce qu'ils croient, de «leur vérité». De même, beaucoup d'élèves refusent les enseignements scientifiques (création de la Terre, théorie de l'évolution, etc.) car cela ne correspond à leurs croyances religieuses. Comment enseigner dans ces conditions ? Comment éviter les heurts ?**

LV. - L'objet de la philosophie est la recherche de la vérité, celui de la science, la connaissance. L'une comme l'autre peuvent donc se heurter avec les religions des vérités révélées. Ce conflit ne se constate pas seulement en Europe, on le voit aussi aux États-Unis, avec le délire créationniste par exemple. Dans de telles conditions, il faut faire preuve de pédagogie, toujours partir de choses concrètes avec les élèves et leur apprendre à raisonner. Ne perdez pas de vue que ce sont des adolescents et donc qu'ils ne sont pas des êtres figés, qu'ils sont en recherche et construisent leur identité. Rien n'est écrit. Avec suffisamment d'intelligence didactique, on peut arriver à faire comprendre les choses. Attention, je ne dis pas que c'est facile et que ça marche à tous les coups. Mais si vous avez réussi à instaurer un climat de confiance dans la classe, les élèves finissent toujours par vous écouter. Vous semez des graines. La frustration pour un prof, c'est de ne pas voir la plante arriver à maturité.

J'en profite pour dire que ce n'est pas en recrutant des professeurs à la dernière minute et en leur donnant une « formation » bâclée que vous pourrez justement faire face à tous ces problèmes, bien au contraire.

**Avez-vous peur en exerçant votre travail ? Vos collègues se censurent-ils ?**

LV. - Non, je n'ai jamais eu peur. Pour le reste, il y a en effet des [phénomènes d'auto-censure](#) qui peuvent prendre plusieurs formes: passer rapidement sur un point du programme, contourner certaines questions, éluder, etc. Mais j'ai remarqué une chose assez notable cependant: plus un professeur est chevronné et maîtrise sa discipline, plus il est à l'aise pour répondre aux questions des élèves ou réagir avec pertinence et esprit d'à-propos face à certaines interventions d'élèves. J'en profite pour dire que ce n'est pas en recrutant [des professeurs à la dernière minute](#) et en leur donnant une «formation» bâclée que vous pourrez justement faire face à tous ces problèmes, bien au contraire. Le mépris dans lequel est tenue cette profession (et par ricochets le mépris des élèves) est, certes indirectement, une partie du problème.

**Comment faire face à cette urgence ?**

LV. - Le ministère a mis en place un plan de formation des personnels éducatifs à la laïcité et aux valeurs de la République. Il y a actuellement beaucoup de confusion dans les esprits autour de cette notion, voire de profondes lacunes, aussi bien à droite qu'à gauche. On peut espérer que cette formation débouchera sur une ligne commune, un consensus qui se construira au quotidien dans les établissements, qui renouera avec l'esprit de Jaurès et de Briand. Mais il ne faut pas trop en demander à l'école, comme je l'ai dit, elle est le miroir de la société et elle ne peut pas régler tous les problèmes.



2 septembre (The Conversation)

<https://theconversation.com/plus-de-30-ans-apres-leur-publication-les-versets-sataniques-de-salman-rushdie-toujours-controverses-188697>

## Plus de 30 ans après leur publication, « Les versets sataniques » de Salman Rushdie toujours controversés

Publié: 16 août 2022, 10:52 CEST • Mis à jour le : 16 août 2022, 20:24 CEST

**Myriam Renaud**

Affiliated Faculty of Bioethics, Religion, and Society, Department of Religious Studies, DePaul University



Salman Rushdie à Londres en 2017. Grant Pollard/AP

*L'auteur Salman Rushdie est hospitalisé pour de graves blessures après avoir été poignardé par un homme lors d'un festival artistique dans l'État de New York vendredi. L'article suivant a été publié en 2018, à l'occasion du 30<sup>e</sup> anniversaire de la sortie des « Versets sataniques ».*

L'un des livres les plus controversés de l'histoire littéraire récente, [Les versets sataniques de Salman Rushdie](#), a été publié il y a trente ans ce mois-ci et a presque immédiatement déclenché des [manifestations de colère](#) dans le monde entier, parfois violentes.

Un an plus tard, en 1989, le chef suprême de l'Iran, l'ayatollah Khomeiny, [a émis une fatwa](#), une décision religieuse ordonnant aux musulmans de tuer l'auteur. Né en Inde dans une famille musulmane, mais alors citoyen britannique vivant au Royaume-Uni, Rushdie [a été contraint de se cacher pour se protéger](#) pendant quasiment une décennie.



Des manifestants en colère protestent contre le livre en 1989. [Robert Croma](#), [CC BY-NC-SA](#)

Qu'est-ce qui était – et est toujours – à l'origine de cette violence ?

## La controverse

Les versets sataniques s'attaquent au cœur des croyances religieuses musulmanes lorsque Rushdie, dans des récits de rêves, remet en question et semble parfois se moquer de certains de ses principes les plus sensibles.

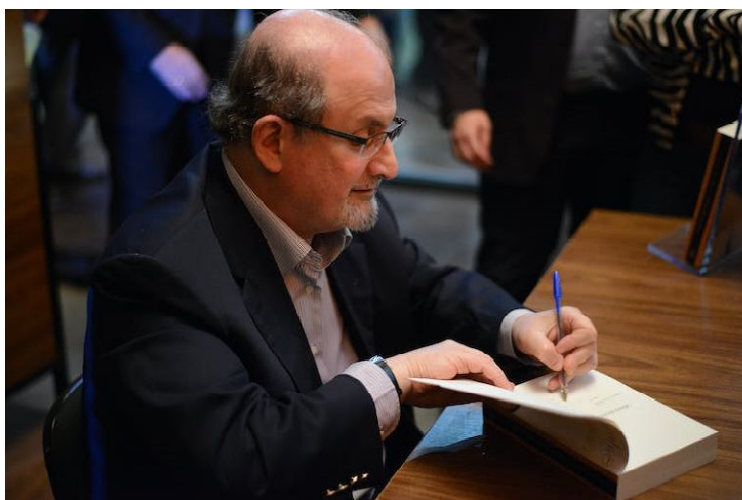
[Près de 70 000 lecteurs font confiance à la newsletter de The Conversation pour mieux comprendre les grands enjeux du monde. [Abonnez-vous aujourd'hui](#)]

Pour les musulmans, le [prophète Mahomet](#) a reçu la visite de l'ange Gibreel – Gabriel en anglais – qui, pendant 22 ans, lui a récité les paroles de Dieu. À son tour, Mohamed a répété ces paroles à ses disciples. Ces paroles ont finalement été mises par écrit et sont devenues les versets et les chapitres du [Coran](#).

Le roman de Rushdie reprend ces croyances fondamentales. L'un des personnages principaux, Gibreel Farishta, fait une série de rêves dans lesquels il devient son homonyme, l'ange Gibreel. Dans ces rêves, Gibreel rencontre un autre personnage central d'une façon qui fait écho au récit traditionnel de l'Islam sur les rencontres entre l'ange et Mahomet.

Rushdie choisit un nom provocateur pour Muhammed. La version du prophète présentée dans le roman s'appelle Mahound – un nom alternatif pour Muhammed parfois utilisé au Moyen Âge [par les chrétiens qui le considéraient comme un démon](#).

En outre, le Mahound de Rushdie met ses propres mots dans la bouche de l'ange Gibreel et délivre des édits à ses disciples qui viennent commodément appuyer ses objectifs personnels. Même si, dans le livre, le scribe fictif de Mahound, Salman le Persan, rejette l'authenticité des récits de son maître, il les enregistre comme si elles étaient celles de Dieu.



Salman Rushdie. [Fronteiras do Pensamento](#), [CC BY-SA](#)

Dans le livre de Rushdie, Salman, par exemple, attribue certains passages réels du Coran qui placent les hommes « à la tête des femmes » et [donnent aux hommes le droit](#) de frapper les épouses dont ils « craignent l'arrogance », selon les vues sexistes de Mahound.

À travers Mahound, Rushdie semble mettre en doute la nature divine du Coran.

## Une remise en cause des textes religieux ?

Pour de nombreux musulmans, Rushdie, dans son récit fictif de la naissance des événements clés de l'islam, implique que, plutôt que Dieu, le prophète Mahomet est lui-même la source des vérités révélées.

À la décharge de Rushdie, certains spécialistes ont fait valoir que sa « [moquerie irrévérencieuse](#) » avait pour but de déterminer s'il est possible de séparer la réalité de la fiction. L'expert en littérature [Greg Rubinson](#) souligne que Gibreel est incapable de décider ce qui est réel et ce qui est un rêve.

Depuis la publication des Versets sataniques, Rushdie affirme que les textes religieux devraient être [ouverts à la contestation](#). « Pourquoi ne pouvons-nous pas débattre de l'islam ? » [demandait-il dans une interview de 2015](#). « Il est possible de respecter les individus, de les protéger de l'intolérance, tout en étant sceptique quant à leurs idées, voire en les critiquant féroceement. »

Ce point de vue, cependant, se heurte à celui de ceux pour qui le Coran représente la parole littérale de Dieu.

Après la mort de Khomeiny, le [gouvernement iranien a annoncé](#) en 1998 qu'il [n'appliquerait pas sa fatwa](#) et n'encouragerait pas d'autres personnes à le faire. Rushdie vit désormais aux États-Unis et fait régulièrement des apparitions publiques.

Pourtant, 30 ans plus tard, les [menaces contre sa vie persistent](#). Bien que les manifestations de masse aient cessé, les thèmes et les questions soulevées dans son roman font toujours l'objet de vifs débats.

2 septembre (NZZ)

<https://www.nzz.ch/feuilleton/identitaetsdebatte-der-alte-kant-kann-uns-retten-sagt-omri-boehm-ld.1700649>

## Der alte Kant könnte uns retten: Wir sind nicht schwarz, weiss, Frauen oder Männer, sondern Menschen mit Rechten und Pflichten

Wenn es um Rasse, Gender oder kulturelle Aneignung geht, berufen sich Liberale auf die Ideale der Aufklärung. Zu Recht? Ja, sagt der Philosoph Omri Boehm. Aber wir müssen den Begriff «Menschheit» neu denken.

Thomas Ribi

02.09.2022, 05.30 Uhr



Die Würde des Menschen ist auch eine Verpflichtung: sich als Mensch unter anderen Menschen zu verstehen. Menschen, die so sind wie wir, auch wenn sie anders denken, handeln und fühlen. Aufnahme vom Paléo Musikfestival in Nyon.

Anthony Anex / Keystone

Im Frühling 2017 wurde an der Biennale des Whitney Museum of American Art in New York ein Bild der amerikanischen Malerin Dana Schutz ausgestellt. «Open Casket» hiess das Werk. Es zeigte einen offenen Sarg mit dem verstümmelten Körper von Emmett Till, einem afroamerikanischen Jugendlichen aus Chicago, der 1955 in einer kleinen Gemeinde in Mississippi von zwei weissen Männern zu Tode geprügelt worden war.

Emmetts Mutter hatte darauf bestanden, dass der Sarg bei der Trauerfeier offen blieb. Der tote Jugendliche mit dem entstellten Gesicht wurde zur Ikone. Dana Schutz hatte ihr Bild nach der Fotografie gemalt, die in allen Zeitungen gedruckt worden war. Als Symbol für den Jahrzehnte nach Emmett Tills Tod noch immer unbewältigten Rassismus in einer der ältesten Demokratien der Welt.

Das Bild löste Empörung aus. Aber nicht wegen seines Inhalts oder seiner Form. Nicht weil es der amerikanischen Öffentlichkeit schonungslos die Gewalt und das schreiende Unrecht vor Augen führte, das Weisse einem arglosen Teenager angetan hatten. Sondern weil Dana Schutz weiss ist. Das war der Skandal: Eine weisse Künstlerin erlaubte sich, das Leid eines Schwarzen zu thematisieren.

## Die Weissen, die sich alles nehmen

Die schwarze Künstlerin Hannah Black verlangte, das Bild sei unverzüglich aus der Ausstellung zu entfernen. Mehr noch: Es müsse zerstört werden, weil es «schwarzen Schmerz» als «Rohmaterial» für die Kunst ausbeute. Dana Schutz, schrieb Black, gehe es nicht um Anteilnahme, auch wenn sie selbst das vielleicht glaube. Wer am Leid schwarzer Menschen Anteil nehme, könne nicht akzeptieren, dass eine weisse Person schwarzes Leid «in Profit und Unterhaltung» verwandle. Bei der Eröffnung der Biennale hatte sich der afroamerikanische Künstler Parker Bright neben das Bild gestellt, in einem weissen T-Shirt mit der Aufschrift «Black Death Spectacle».

Der Begriff «Cancel-Culture» war damals noch nicht gebräuchlich, aber die Argumente, die Hannah Black vorbrachte, werden noch heute genannt, zum Beispiel, wenn es um die Haare eines weissen Reggaemusikers geht, der in einer Berner Genossenschaftsbeiz auftritt. Oder um ein Kinderbuch über einen kleinen Indianer. Da sind die Weissen, die sich alles nehmen, was sie wollen. Und auf der anderen Seite die Schwarzen oder Natives, die dulden müssen, dass selbst ihr Leid vereinnahmt wird – von den Nachfahren derjenigen, die ihnen das Leid zugefügt haben. Von Menschen, die dieses Leid nie ermessen können, weil sie nicht erlebt haben, was es bedeutet, über keine Privilegien zu verfügen.

Der deutsch-israelische Philosoph Omri Boehm kommt in seinem neuen Buch «Radikaler Universalismus» auf die Kontroverse um «Open Casket» zu reden. Tatsächlich zeigt sie beispielhaft den Mechanismus identitätspolitischer Debatten, ob es um Rasse, Gender oder kulturelle Aneignung geht. Dana Schutz' Bild blieb zwar hängen, was heute wohl nicht mehr möglich wäre. Aber es wurde ergänzt um eine schriftliche Erklärung der Künstlerin. Sie räumte ein, sie könne nicht wissen, wie es sei, in Amerika schwarz zu sein. Aber sie wisse sehr wohl, was es heisse, Mutter zu sein, und was es bedeute, wie Emmetts Mutter den einzigen Sohn zu verlieren.

## Die Logik des Identitätsdenkens

Die Erklärung ist aus der Situation heraus verständlich. Die Künstlerin wollte ihr Werk vom Vorwurf entlasten, ein Resultat rassistischer Ausbeutung zu sein. Aber die Argumentation ist zwiespältig. Sie bestätigt letztlich die Position der schwarzen Aktivisten, die sie kontern will. Und für Omri Boehm, dem es darum geht, den Universalismus der Aufklärung zu rehabilitieren, steckt darin der entscheidende Punkt. Indem sie sich darauf bezog, Frau und Mutter zu sein, wollte Dana Schutz das betonen, was sie mit allen Frauen und Müttern verbindet, egal, welche Hautfarbe sie haben.

Damit, so Boehm, akzeptierte sie allerdings die Grundvoraussetzung, unter der die Kritik an ihrem Gemälde stand: dass ein Kunstwerk nur dann legitimiert ist, wenn es auf Erfahrungen beruht, die untrennbar mit der Identität des Künstlers oder der Künstlerin verbunden sind. Wenn nicht auf die eine, so auf die andere Weise. Schutz hatte die Identitätsfrage verschoben, von der Ebene der Rasse auf die des Geschlechts. Aber sie hatte in der Logik des Identitätsdenkens argumentiert, anstatt sie aufzubrechen.

Das hätte sie tun müssen, denn Erfahrungen sind niemandes Besitz, das steht für Boehm fest. Ob es schwarze, weibliche oder jüdische Erfahrungen sind. Sie gehören niemandem, weil sie allen gehören. Die Idee, es gebe rechtmässige Eigentümer, welche die alleinige Verfügungsgewalt über bestimmtes menschliches Leid hätten, ist absurd und wird der Dimension des Leids genauso wenig gerecht wie die Vorstellung, Leid werde verraten, wenn es «Rohmaterial» eines Kunstwerks werde. Gerhard Richters Gemäldezyklus «Birkenau», der sich mit der Judenvernichtung in den

Gaskammern der Nazis auseinandersetzt, hängt im Deutschen Bundestag. Ist das nun Aneignung jüdischen Leids?

## Freiheit?

Nein, da geht es nicht um Aneignung, sondern um Vergegenwärtigung. Aber Omri Boehms Anliegen führt über die derzeit modischen Debatten zu «cultural appropriation» hinaus. Ihm geht es um das Grundsätzliche am identitätspolitischen Denken, das mehr und mehr zu einem Käfig wird, aus dem wir uns kaum mehr befreien können. Wo sich die Linke im Namen von Gender und Rasse für die Rechte Unterdrückter starkmacht, berufen sich Liberale auf die Werte der Aufklärung. Das heisst, auf den Universalismus, der die Grundlage der modernen demokratischen Verfassungen bildet.

Auf den Grundsatz also, dass alle Menschen über Rechte verfügen und Anspruch auf individuelle Freiheit und Gleichbehandlung haben, ungeachtet ihrer Herkunft, ihres Geschlechts und ihrer Person. Das, sagen Liberale, verbinde uns in einer menschlichen Gemeinschaft, in der Identitätsmerkmale daneben keine Bedeutung mehr haben dürften. Das klingt schön. In den Debatten über Identität ist das Erbe der Aufklärung allerdings in Verruf geraten.

Die Rede von universellen Werten sei von Anfang an scheinheilig gewesen, monieren progressive Linke. Freiheit sei relativ. Ganz so universell hätten auch die aufklärerischen Denker sie nicht verstanden. Immerhin habe es fast zwei Jahrhunderte gedauert, bis Frauen die gleichen Rechte zuerkannt worden seien wie den Männern. Die Aufklärung habe also auch eine Art von Identitätspolitik betrieben: zugunsten von weissen Männern. Und die westlichen Staaten hätten im 19. Jahrhundert keine Schwierigkeiten damit gehabt, den Kolonialismus mit den «Werten» der Aufklärung in Einklang zu bringen.

## Die Schuld der Liberalen

Das alles ist richtig. Und Omri Boehm leugnet es nicht. Die Liberalen, sagt er, hätten sich tatsächlich an der Grundidee des Universalismus vergangen. Exemplarisch zeigt er das am Beispiel Amerikas. Auf dem Weg von der Unabhängigkeitserklärung zur Verfassung und im Bürgerkrieg, der die Nation tief spaltete, seien die Interessen der Bürger gegenüber den Rechten der Menschen mehr und mehr in den Vordergrund gerückt. Das Bewahren der Rechtsordnung habe Vorrang bekommen vor der Durchsetzung universaler Rechte. Das, und darauf besteht Boehm, heisse aber nicht, dass der Universalismus tot sei.

Im Gegenteil, er sei der einzige Ausweg aus dem identitätspolitischen Dilemma. Den Vorwurf linker Identitätspolitiker, Kant, der wichtigste Denker der deutschen Aufklärung, sei Rassist gewesen und habe mit seinem Denken direkt zum Kolonialismus und zur Ausbeutung von Menschen beigetragen, lässt Boehm nicht gelten. Auch wenn Kant rassistische, antisemitische und frauenfeindliche Ressentiments gehabt habe: Als Philosoph habe er die Würde des Menschen rational begründet und sich bemüht, den Universalismus der Werte vor Vereinnahmungen zu retten. Und vor allem habe er die Grundlagen seines Denkens reflektiert und für Kritik offengehalten.

An diesen Universalismus sollten wir uns halten, sagt Boehm. Und das bedeutet für ihn: Wir dürfen den Menschen nicht auf ein Naturwesen reduzieren, das durch ein für alle Mal

festgeschriebene Eigenschaften bestimmt ist, die er nicht überschreiten kann. Sondern müssen ihn als Wesen sehen, dessen Freiheit darin liegt, dass er sich zu dem machen kann, was er sein will. Die Würde des Menschen ist auch eine Verpflichtung: sich als Mensch unter anderen Menschen zu verstehen. Menschen, die so sind wie wir, auch wenn sie anders denken, handeln und fühlen.

## Was «Menschheit» heissen könnte

Nun kann man sagen: schön, aber reichlich idealistisch. Omri Boehm würde dem vermutlich nicht widersprechen. Er räumt selber ein, dass seine Position nur metaphysisch zu begründen sei – mit dem Verweis auf Gründe also, die der direkten Erfahrung nicht zugänglich sind. Vor allem dann, wenn sie zur Grundlage politischen Handelns werden soll. Der Grundsatz, dass alle Menschen gleich sind, wird leicht zum Gerücht, das zeigt die Geschichte genauso wie der Blick auf das gegenwärtige Weltchaos.

Nur, jedes Handeln orientiert sich an einem Ideal. Und letztlich lautet die Frage, ob wir es uns leisten können, dass die Gesellschaft in lauter kleine Gruppen zersplittert, die ein partikulares Wir-Gefühl über die Verpflichtung stellen, über die eigene Nasenspitze hinauszudenken. Genau das wäre Omri Boehms Forderung. Knapp zusammengefasst: Wir müssen den Begriff «Menschheit» neu verstehen.

Nicht als biologischen, sondern als moralischen Begriff. So, wie Kant ihn verstand. Was uns zu Menschen macht, ist keine natürliche Eigenschaft, sondern die Freiheit, der Verpflichtung auf ein moralisches Gesetz zu folgen. Zugegeben, das klingt verkopft. Aber es heisst nichts anderes, als dass wir nicht weiss und schwarz, Mann und Frau oder was auch immer sind. Sondern Menschen mit Rechten – und Pflichten. Und dass Menschlichkeit dort beginnt, wo ein Mensch Anteil am Leid eines anderen nimmt. Wie Dana Schutz, als sie Emmett Till im offenen Sarg malte.

Omri Boehm: Radikaler Universalismus. Jenseits von Identität. Aus dem Englischen von Michael Adrian. Propyläen-Verlag, Berlin 2022. 208 S., Fr. 24.90.

2 septembre (Le Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/actualite-france/la-france-minee-par-la-violence-les-vraies-causes-de-cette-contagion-20220902>

## La France minée par la violence: les vraies causes de cette contagion

ENQUÊTE - L'explosion des actes de violence, cet été, a fait éclater au grand jour une réalité déjà ancienne : plus aucun territoire en France n'est épargné. Face à cette banalisation, des policiers, des

Par [Judith Waintraub](#) et [Nadjet Cherigui](#)

Publié il y a 2 heures



En ce dernier week-end du mois d'août, le quartier de la gare du Nord ne désemplit pas. Les touristes sont encore nombreux et les voleurs de bagages toujours à l'affût des voyageurs les plus vulnérables ou les plus distraits. *« Ce quartier de la capitale est un concentré de délinquance, confie un policier qui patrouille dans le secteur. C'est une véritable cour des Miracles. Nous sommes cernés par la consommation de crack, les trafics de drogue, les pickpockets, les vols en tout genre. »* Un homme visiblement choqué arrive. Il décrit aux policiers un individu qui vient de lui arracher sa chaîne en or. Le suspect, qui ne se cachait pas, est rapidement interpellé. Il n'exprime aucune émotion et se laisse menotter sans résistance. Détaché, presque flegmatique, c'est un jeune Afghan, en situation irrégulière. Il ne répond pas aux questions des policiers. *« La situation sur le terrain se dégrade, affirme l'un d'eux. Les vols et les agressions augmentent, mais ce qui nous frappe le plus, c'est cette désinhibition. Les délinquants ont bien compris qu'en France, ils ne risquaient pas grand-chose, à part un rappel à la loi. »*

L'explosion de la délinquance est le résultat d'une lâcheté collective

Vérification faite par l'équipage, l'individu est *« connu pour une trentaine de faits délictueux, il est en situation irrégulière et, pourtant, il continue à sévir dans la rue »* : *« Aujourd'hui, il sera mis en garde à vue et probablement libéré très vite, pour recommencer aussitôt, soupire le policier. On aura préservé la société de ce prédateur pour quelques heures seulement et il y en a beaucoup d'autres. On a vraiment l'impression que notre boulot revient à vider le tonneau des Danaïdes... c'est sans fin. Et la victime n'obtiendra certainement jamais réparation. »*

### «*Ensauvagement*»

La réputation de la gare du Nord n'est plus à faire, mais la notion de « *quartier chaud* » a-t-elle encore un sens, alors que c'est précisément la diffusion de la délinquance sur la totalité du territoire qui frappe les esprits ? À Paris, le Trocadéro n'a plus rien à envier à la Goutte-d'Or. En province, des villes autrefois réputées tranquilles comme Nantes connaissent désormais cet «



*ensauvagement* » admis, fin juillet, par Gérard Darmanin dans son interview au *Figaro*. Agression de pompiers et de policiers à Limoges le 2 août ; à Boulogne-sur-Mer, le 10 ; attaque au couteau à Grenoble, le 11 ; à Niort, le 28 ; multiplication des vols et des rodéos urbains à Lyon, tout l'été... le phénomène se propage à tous les territoires, même si, quantitativement, la capitale et les grandes métropoles restent les plus touchées.

Conscient des effets ravageurs de cette généralisation, le ministre de l'Intérieur a passé une grande partie de son été sur le terrain aux côtés des forces de l'ordre, avec des annonces conçues pour frapper l'opinion, comme cette obligation faite à chaque commissariat d'opérer au moins trois contrôles par jour pour faire cesser les rodéos urbains. Dans ce cas, la politique du chiffre ne marche pas toujours, selon Matthieu Valet, commissaire et porte-parole du Syndicat indépendant des commissaires de police (SICP) « *Les interpellations à répétition sans poursuite où, quelques heures après, l'auteur du rodéo est dehors, c'est le meilleur moyen de démotiver les policiers, tempête-t-il. Cela tue le sens de notre travail. Faire des opérations à la chaîne pour faire du chiffre, mais sans suite judiciaire, c'est contre-productif. Plutôt que demander plus de contrôles, il faudrait d'abord arrêter de nous noyer sous la paperasse dès qu'on procède à une interpellation, et surtout nous donner un cadre juridique qui protège les policiers lors de leurs interventions. Tout en apportant une réponse plus ferme de la justice. L'explosion de la délinquance est le résultat d'une lâcheté collective. Dès qu'il s'agit de violences physiques, il faudrait des condamnations d'un an au minimum.* »



Dans le quartier de la gare du Nord, des policiers interpellent un voleur. *Nadjet Cherigui*

Policier en Seine-Saint-Denis depuis 2009, Karim \* partage cette analyse. Affecté aux quartiers sensibles, l'homme se dit lassé de ce sentiment d'impunité, mais surtout de cette banalisation des faits de délinquance et de violence : « *Aujourd'hui, tout est filmé, partagé sur les réseaux sociaux avec légèreté, et rien n'est jamais grave. J'ai récemment interpellé un proxénète qui prostituait une adolescente, de sa cité, âgée de 14 ans. Il ne comprenait pas ce qu'on pouvait lui reprocher.* » Défaillance des parents, communautarisme, influence néfaste des grands frères, laxisme de la justice, manque de soutien de la hiérarchie...

Karim n'a que des mots très durs contre ce qui constitue, selon lui, une chaîne de responsabilités qui accentuent les difficultés sur le terrain. « *Je suis toujours très motivé, précise le gardien de la paix, mais je ne fais plus rien. J'interpelle quand je n'ai pas le choix. Pourquoi se démener alors que la justice ne condamne pas ? On arrête des délinquants et on les retrouve libres quelques heures après. Ça n'a pas de sens. Si j'en fais plus et que cela se passe mal lors d'une intervention, je risque de perdre mon travail. Aujourd'hui, les policiers sont en première ligne de tous les risques, y compris ceux de la machine à broyer administrative.* »

## **Démotivation**

Policier dans la métropole lilloise, Mourad \* tient le même discours. Ce trentenaire connaît bien les quartiers difficiles de l'agglomération pour y avoir grandi. Il constate avec amertume la dégradation de la situation et la banalisation de la délinquance. Toujours aussi motivé par sa mission de service public, le policier plaide pour plus de bon sens et de fermeté. *« Il ne s'agit pas de jouer les cow-boys et d'embraser les quartiers, tempère-t-il, mais il est absolument nécessaire de reprendre du terrain, pour cela il faut nous donner les moyens de faire correctement notre travail, mais aussi être appuyé par la justice avec une réponse pénale ferme. »*

Cette impression de laisser-aller et cette démotivation des forces de l'ordre, Christiane \* les constate de plus en plus chaque jour. Cette aide-soignante à la retraite vit depuis près de 38 ans à Bobigny dans la cité de l'Abreuvoir. Dans ce quartier sensible, les rodéos urbains sont légion et les dealers de drogue ne se cachent pas. *« Ce qui a changé, raconte Christiane, c'est l'âge des délinquants. Ils sont de plus en plus jeunes, ils ont entre 10 et 16 ans, installent des canapés dans les halls d'immeubles, fument, boivent, prennent du gaz hilarant font du rodéo avec des motos ou des quads, ils embarquent même avec eux des bébés de 2 ou 3 ans, c'est de la folie ! Où sont les parents ? On n'appelle plus la police, car on nous répond toujours la même chose : on ne peut rien faire. Et nous subissons des représailles. Les jeunes urinent sur nos paillasons ou défoncent nos portes pour nous intimider. »*



Le ministre de l'Intérieur a fait de la lutte contre les rodéos urbains une priorité. *Alain JOCARD / AFP*

Habitante d'un quartier sensible, Christiane a le sentiment d'être abandonnée par les pouvoirs publics. Comme beaucoup de ses voisins, elle réclame *« plus de sévérité envers ces délinquants. »*

*« On parle du laxisme de la justice, mais on devrait plutôt parler du laxisme de l'État, et même d'un bilan de faillite de l'État dans le domaine de la justice »,* s'insurge Béatrice Brugère, présidente d'Unité magistrats FO. Selon elle, *« c'est l'exécution des peines, prison, amendes ou TIG, qui n'est absolument pas à la hauteur des attentes »*. En matière de violences contre les forces de l'ordre, par exemple.

En 2020, le garde des Sceaux a adressé une directive aux procureurs leur enjoignant de privilégier la procédure accélérée de la comparution immédiate. *« Ce qui revient à leur demander de s'en tenir à une qualification délictuelle des faits y compris en cas de guet-apens, explique l'ancienne juge. Pourtant, les circonstances aggravantes de bande organisée, de guet-apens, d'usage ou menace d'une arme de l'article 222-14-1 du code pénal, qui prévoit dix à quinze ans de réclusion criminelle, répondent parfaitement aux actes de violences les plus graves subis par les forces de l'ordre quotidiennement. »*

## **Le facteur culturel**

Une autre magistrate, pénaliste, conteste elle aussi le manque de sévérité de sa corporation. Selon elle, c'est la population délinquante qui a changé. Ancienne juge d'instruction et avocat général, la « *perte de repères* » chez les jeunes n'est pas pour elle un sujet de thèse, mais une réalité concrète. Elle se retrouve « *tous les jours ou presque, face à des auteurs d'agression qui revendiquent leur geste* » : « *Ils sont persuadés qu'ils ont eu raison, qu'ils ne pouvaient pas faire autrement.* » Qu'il s'agisse « *du coup de couteau donné pour un mauvais regard, du passage à tabac du petit ami de la sœur s'il n'appartient pas à la "bande" ou d'une "jambisation", autrement dit d'un règlement de comptes à coups de tir dans les jambes* ». Il faut une sanction pénale significative dès la première condamnation – qui, en général, n'est pas le premier délit

Le mot et la méthode étaient principalement utilisés par les dealers en Seine-Saint-Denis il y a une dizaine d'années, aujourd'hui, ils sont connus dans tous les quartiers où sévissent les trafiquants de drogue. « *Jambisation* » est la traduction des « *gambizzazioni* » de la mafia italienne. Comme elle, beaucoup de délinquants, surtout parmi les jeunes, vivent dans un monde qui a ses propres codes. « *Ils n'en connaissent pas d'autre, soupire la magistrate, qui décrit « un modèle familial qui n'a plus rien à voir avec celui qui prévalait il y a trente ans, avec des mères seules mais aussi d'autres, d'origine africaine, où la mère et la ou les belles-mères cohabitent avec un père qui ne s'occupe pas des enfants.* » Cette polygamie de fait « *est plus fréquente à Bobigny qu'en Lozère* » et notre interlocutrice ne veut pas « *généraliser* » les causes de la délinquance, mais elle constate « *un schéma récurrent* ».

« *Je pensais que les phénomènes de bandes de plus en plus en plus violentes étaient une question sociale, mais ce n'est pas que cela,* confirme Najwa el-Haïté, adjointe au maire d'Évry-Courcouronnes et, par ailleurs, avocate. *Il y a aussi un facteur psychologique et un facteur culturel, et ce n'est pas être fachos de le dire ! Nous sommes face à des comportements claniques, régis par les codes du groupe qui l'emportent sur les lois de la République. Ce sont des sociétés parallèles* ».



Dans le nord de Paris, le trafic et la consommation de crack sont un fléau. *Vincent Isore/IP3 /MAXPPP*

À Orléans, Serge Grouard, maire depuis 2001, a mis en place un groupe de traitement de la délinquance dès le début de son premier mandat. « *On a eu la chance d'avoir un procureur de la République extrêmement volontaire* », souligne-t-il. Ce groupe ne se contente pas d'examiner la situation générale : il se penche sur des cas précis – tel individu, telle famille – et examine les mesures possibles.

Et ça marche. Élu avec son étiquette Les Républicains sur le thème de la lutte contre l'insécurité, Serge Grouard a obtenu des résultats qu'il met volontiers en avant. Il en a même fait un livre (2) l'an dernier. « *Quand je suis arrivé à la mairie, raconte-t-il, il y avait des meurtres en pleine ville et presque autant de voitures brûlées qu'à Strasbourg, sans parler des rodéos. On a pris*

*l'ensemble du problème à bras-le-corps. Aujourd'hui, la délinquance dite de proximité a baissé dans tous les quartiers sans exception et pour toutes les rubriques, agressions et dégradations de biens comprises. »* Son plus grand motif de fierté : la part des mineurs dans la délinquance a elle aussi diminué.

Le discours des maires socialistes ou écologistes qui se défont des problèmes d'insécurité sur l'État – Anne Hidalgo à Paris et Éric Piolle à Grenoble en tête – l'horripile. Selon lui, « *le principe de compétence général des maires leur permet de se saisir de tout ce qui ne leur est pas interdit* ». Cette conception de ses attributions lui a valu plusieurs conflits juridiques. « *L'un des premiers arrêtés que j'ai pris en 2001 et qui a fait beaucoup parler c'est un couvre-feu entre 23 heures et 6 heures du matin pour les moins de 13 ans. Le préfet nous a déférés en justice pour atteinte aux libertés fondamentales. Il a perdu. Ensuite, l'État a fait appel devant le Conseil d'État, qui nous a aussi donné raison.* »

## Rétablir des peines courtes

Rebelote en 2014, quand Serge Grouard, réélu dès le premier tour, crée une délégation chargée de lutter contre l'immigration clandestine. « *Face aux pressions de l'État, j'ai modifié l'intitulé de la délégation mais pas sa mission* », raconte le maire, qui rappelle que comme tous ses collègues, il lui revient de délivrer les attestations de séjour aux étrangers et de vérifier leur statut en cas de mariage avec un Français. « *On va bien sûr me faire des procès d'intention, soupire-t-il, mais j'assume d'affirmer qu'entre 70 et 80 % des personnes interpellées pour des actes de délinquance sont issues de l'immigration au sens de l'Insee (née en France d'au moins un parent immigré, soit 21,6 % de la population en 2020, selon les travaux réalisés par la démographe Michèle Tribalat à partir des données de l'Insee, NDLR). La défaillance de l'autorité parentale est en particulier l'une des premières causes de la délinquance des jeunes et elle est plus fréquente dans les familles issues de l'immigration.* »



Les rodéos urbains empoisonnent au quotidien la vie des riverains. Sébastien SORIANO / Le Figaro

Autre caractéristique remarquable dans l'explosion de la délinquance : dans la majorité des cas, les auteurs sont connus des services de police et/ou de justice. « *Quand j'ai commencé à exercer il y a plus de trente ans, témoigne un juge, un casier long portait 10 condamnations. Aujourd'hui, j'en vois fréquemment qui en comportent entre 20 et 30.* » « *L'idée qu'il faut laisser une deuxième, une troisième, une énième chance à un délinquant est très présente non seulement chez une partie des magistrats, mais dans certaines élites et chez la plupart des journalistes, dénonce Thibault de Montbrial, président du Centre de réflexion sur la sécurité intérieure. C'est une manière de penser le droit pénal qui date des années 1970, et que les délinquants d'aujourd'hui interprètent en général comme un signe de faiblesse. La dernière réforme du code pénal des mineurs, initiée par Nicole Belloubet et mise en place par Éric Dupond-Moretti, illustre*

*parfaitement ce contresens. Désormais, le jeune délinquant est déféré très rapidement devant un juge, mais la sanction est reportée de plusieurs mois, le temps de voir comment le jeune se comporte. C'est un mécanisme qui est intellectuellement séduisant, mais beaucoup trop subtil pour ce type de délinquants. Un jeune qui ressort libre d'un tribunal se dit : "génial, je n'ai rien eu." Il faut inverser le paradigme : il faut une sanction pénale significative dès la première condamnation – qui, en général, n'est d'ailleurs pas le premier délit ! »*

*« Significative ne veut pas dire excessive, précise-t-il. Les pays du Nord ont des prisons dédiées aux mineurs pour des détentions très courtes. Ils peuvent y être placés cinq jours seulement, avec un accompagnement, bien sûr. Il faut que le jeune se dise j'ai touché, ça brûle, pour que ça constitue un avertissement tangible et pas abstrait, sans qu'il risque d'être viré de ses études, de perdre son boulot, sa copine ou son logement. »*

Entre les démarches administratives, les recours et les travaux proprement dits, construire une prison prend quasiment dix ans. Des établissements pénitentiaires dédiés aux peines courtes, sans système de sécurité lourd, pourraient sans doute être construits plus vite, à moindres frais et sans soulever la même opposition du voisinage. Ce serait une façon de répondre à ce qu'un magistrat appelle les « *injonctions contradictoires* » auxquelles sont soumis les juges : « *L'opinion publique veut des peines lourdes, mais l'État lui demande de vider les prisons.* » Rappelons que les peines courtes – inférieures ou égales à un mois – n'existent plus. Les peines de moins de six mois doivent être aménagées, sauf motivation particulière, par exemple quand les alternatives à la prison ont déjà été utilisées et qu'elles ont échoué. Les peines de moins de deux ans sont soumises à peu près au même régime, sauf quand le condamné est en récidive.

*\* Le prénom a été changé pour des raisons de sécurité.*

*(1) Assez de mots, des actes. Comment rétablir la sécurité, Éditions Vérone, 138 p., 14 €.*

2 septembre (Le Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/actualite-france/entre-grande-delinquance-et-traffic-de-drogue-nantes-dans-la-spirale-de-la-violence-20220902>

## Entre grande délinquance et trafic de drogue, Nantes dans la spirale de la violence

Par [Guyonne de Montjou](#)

Publié il y a 3 heures, mis à jour il y a 3 heures



À Nantes, fouille d'un jeune conducteur interpellé. *Ruaud / Andia.fr*

### **REPORTAGE - En attendant la riposte dissuasive des pouvoirs publics qui tarde à venir, les habitants s'organisent et refusent de baisser les bras.**

«Attention, ils sont là. Ne les regardez pas, alerte Anne-Marie\* en accélérant le pas sous le préau en béton qui sent l'urine. Chaque jour, c'est la même chose, de 10 heures à 1 heure du matin, ils nous pourrissent la vie.» L'empressement de cette femme coquette, à l'aise dans ses chaussures plates, témoigne de la colère que ces jeunes cachés sous leur capuche lui inspirent.

Ils sont trois garçons, masses sombres flottant au-dessus de la pelouse verte, tantôt adossés, allongés ou assis sur la bouche d'aération du parking où ils ont installé leur point de deal en octobre dernier. Ils parlent fort, dans une langue à eux, qui mélange le wolof et le français, éclatant soudain dans un rire bruyant et forcé. Âgés de moins de 18 ans, agités et furtifs, ils semblent s'accommoder des regards fuyants, apeurés et du silence réprobateur des habitants des 370 appartements qui les entourent.

Si on en tuait trois ou quatre d'un coup, les dealers quitteraient notre quartier

Au croisement des allées de ce complexe résidentiel bâti dans les années 1970 dans le quartier Bellevue jusque-là sans histoire, à l'ouest de Nantes, à vingt minutes du centre-ville en tramway, il est impossible de ne pas les voir en rentrant chez soi. Les familles, les poussettes, les personnes âgées se mêlent aux clients qui marchent comme des zombies et échangent furtivement leurs billets contre un peu de coke, d'héroïne, de résine de cannabis. Le scénario est bien rodé: l'un des dealers se détache et s'en va fouiller dans un massif de charmille qui lui sert de planque.

«Parfois, je les vois compter leur énorme liasse de billets. Un paquet de 5 centimètres d'épaisseur», raconte un homme dans les étages, qui a chaussé ses jumelles et envoyé quelques clichés à la maire Johanna Rolland, sans recevoir de réponse.

## **Zombies et poussettes**

En un an, le voisinage tranquille de ce quartier résidentiel s'est transformé en un bloc d'inquiétudes. De son étroite fenêtre, chacun peut assister, impuissant, aux scènes quotidiennes toujours plus violentes. *«Un père de famille de 35 ans, qui les avait regardés un soir de travers, a été fracassé en rentrant chez lui. Ils se sont déchaînés avec des coups de pied. Il était plein de bleus sur le visage et il n'a pas voulu porter plainte, de peur des représailles»*, raconte Anne-Marie. *«Un autre est descendu un soir où il avait trop bu et on a tout entendu: les coups et les insultes. C'était horrible, personne n'est intervenu.»* La gangrène est là.

Mélange de résignation, de peur et d'amertume, elle distille une langueur inquiète parmi la quinzaine d'étages de ces bâtiments: *«Je n'ai pas envie de déménager ; ici, c'est chez moi»*, affirme avec aplomb une jeune grand-mère, salariée d'un cabinet d'huissier, qui vit seule là-haut et se démène pour faire évoluer la situation. *«J'ai acheté cet appartement 80.000 € à crédit il y a quatre ans pour ma retraite. On ne va pas se laisser faire.»* Dans la cage d'escalier, certains voisins ont trouvé des excréments *«qui n'étaient pas d'animaux»* et, souvent, des sacs kraft jonchent le sol avec leur canette vide et les restes de sandwichs qu'ils se font livrer sur leur point de deal. Ici, les murs ont des oreilles. Une rumeur circule: certains habitants laisseraient les dealers utiliser leurs toilettes, et leur ouvriraient la porte cochère.

## Tir dans les mollets

Depuis un trois-pièces tout là-haut, on voit un jeune - âgé de moins de 8 ans -, habitant au troisième étage avec sa famille rom, se mêler à eux. *«J'ai résilié mon abonnement de cinéma, je ne sors plus de chez moi après 21 heures. Et je n'emprunte plus la porte de l'immeuble: je passe par le parking pour ne pas les croiser»*, explique cette mère célibataire avant de conclure, *«ça va mal finir.»*

Peu à peu, au fil des mois, la peur a laissé place à une rage sourde: *«Il y a deux semaines, on a entendu des coups de feu»*, raconte cette résidente pleine de vivacité, habitant au dixième étage d'un des immeubles. *«C'était un règlement de compte entre bandes. On s'est dit, chouette, ils vont s'entretuer. Mais non, rien. Ils se sont contentés de se tirer dans les mollets»*, conclut-elle avec dépit. Ce jour-là, rapporte Ouest-France, une quarantaine d'étuis de calibre 7,62 et 9 mm ont été retrouvés au sol. *«Je sais qu'une cagnotte a été ouverte par un résident en face. Il veut récolter assez d'argent pour passer un contrat»*, explique-t-elle posément. *«Si on en tuait trois ou quatre d'un coup, les dealers quitteraient notre quartier. Parce que la mairie et la police ne font rien, faute de moyens ; voilà où on en arrive.»*

Il y a quelques jours, à cet endroit, plusieurs unités de la BAC, des CRS et de la police municipale sont intervenues, avec des gyrophares et des sirènes. *«Le réseau d'à-côté, qui s'installe chaque soir sous le toit de la pharmacie, a été dispersé»*, raconte-t-elle à sa fenêtre, en reconstituant le théâtre des opérations avec ses mains. *«Puis ils sont revenus un quart d'heure après. Mais les policiers ne sont même pas entrés ici, dans la résidence. Personne n'a bougé.»*

## Démotivation

*«En revanche, le lendemain, c'était l'enfer. Les dealers sautaient sur les voitures du parking de l'école en poussant des cris de sauvages. C'était une façon de nous faire taire, de nous montrer qu'ils étaient les plus forts.»* Le hall d'entrée, enfer froid aux grandes vitres, ouvre chaque jour sur cette scène répétitive. *«Regardez-les planquer leur drogue dans les bosquets de la cour»*, chuchote-t-elle comme si l'un d'eux pouvait surgir derrière elle. *«Un jour, la police a trouvé leur cachette. Pour nous punir, ils ont foncé en scooter sur la porte cochère. La caméra de*

*surveillance qu'on a installée, et qu'ils ont détruite après, a même montré une fille se faisant bestialement sodomiser sur ordre de l'un d'eux dans le local à poubelles.»*

Guillaume Richard, conseiller municipal de l'opposition, avance le chiffre inquiétant d'une multiplication par 1,8 des agressions sexuelles en un an et demi dans l'agglomération nantaise. Quasi doublé. Pour cet élu LR, la politique d'accueil des migrants de la maire socialiste, en 2018, est en cause: *«Johanna Rolland a fait du zèle en ouvrant les bras aux migrants sans allouer aucun moyen à leur accueil. Ils ont été 700 hommes de moins de 30 ans, parqués plusieurs mois dans un gymnase. Ça a eu l'effet d'une bombe. Maintenant, c'est beaucoup trop tard.»* La sénatrice (LR) Laurence Garnier partage son constat et dénonce également la complaisance de l'équipe en place vis-à-vis des zadistes de Notre-Dame-des-Landes et des manifestants-casseurs qui ont, chaque samedi, troublé l'ordre public dans le centre-ville ces derniers mois sans susciter de vive réaction de la part des pouvoirs publics: *«C'est ce manque de courage qui fait qu'on crève aujourd'hui»,* s'étrangle la quarantenaire. *«Nantes est gangrenée de squats. On est guetté dans la rue. Une mauvaise rencontre, ce n'est pas un coup de pas de bol, c'est l'effet de réseaux organisés.»*

## **Punks à chiens**

Au cœur de Nantes, le centre de pilotage des vidéos de surveillance est en alerte: 150 caméras publiques fonctionnent en permanence et appuient l'action des policiers, en sous-effectifs. *«Nous avons longtemps été considérés comme une ville paisible, et nous avons peu de moyens. Les choses ont changé. En mai 2021, nous avons signé un contrat de sécurité intégré avec l'État pour recruter davantage de policiers municipaux et en accueillir des nationaux. C'est en cours»,* rassure Pascal Bolo, adjoint à la sécurité de la maire socialiste.

Le soir, j'ai toujours une clé serrée entre mes doigts et un porte-clés sirène à 140 décibels

Le centre-ville de Nantes, autrefois havre de paix et de tranquillité, est devenu un repaire de trafics et d'errances, visible à l'œil nu. Punks à chiens, groupes de «blédards» avec une sacoche en bandoulière, pickpockets à pied ou à vélo, camés à l'œil vitreux, la promenade autour du château des Ducs de Bretagne peut aisément virer au cauchemar, surtout après 20 heures. Sous les préaux ou dans les ruelles mal éclairées, les exactions et les deals se multiplient.

*«On constate une recrudescence d'armes blanches pour menacer les gens»,* concède l'adjoint au maire. *«Une bonne partie de cette délinquance nouvelle est de subsistance, la plupart du temps émanant de jeunes qui sont sur un parcours migratoire, sans possibilité d'obtenir une régularisation.»* En plein après-midi, dans l'artère la plus passante de la ville, à la croisée des tramways, station Commerce, tandis que les passants et les touristes poursuivent leur promenade, une vingtaine d'hommes en uniforme resserrent leur filet et interceptent quatre gaillards qu'ils menotent aussitôt.

Non armée, la police municipale de Nantes opère parfois avec les CRS. *Olivier Lanrivain/PRESSE OCEAN/MAXPPP*

## **Charbonneur squatteur**

L'un d'eux éructe des insultes aux policiers impassibles. Sur lui, de l'argent liquide, des stupéfiants, des portables et des plaquettes de prégabaline, un médicament aux propriétés euphorisantes et désinhibantes. *«Ils les trouvent parfois dans leur parcours de migrants»,* précise Pascal Bolo. *«Et il y a de plus en plus d'héroïne et de cocaïne sur les points de deal. Les charbonneurs sont*



*importés de région parisienne. Ils squattent les appartements des bailleurs sociaux du centre-ville... Mais malgré tout, la situation sécuritaire de Nantes s'améliore.»*

Les commerçants ne partagent pas son optimisme: «*Pendant le confinement, nous nous sommes, par groupe de douze, initiés à l'autodéfense*», raconte Olivia Delezinier, propriétaire d'un restaurant bien placé dans le centre, toujours aux aguets pour éviter à ses clients ou à ses serveurs une déconvenue. «*Je suis dégoûtée de voir à quel point ces jeunes d'à peine 16 ans, les yeux rouges, qui ne parlent même pas le français, viennent f... la m... Je crois qu'on est tous à cran, qu'on les attend. Riverains, commerçants, on est prêts au combat*», explique cette brune robuste et souriante. «*Le soir, quand je pars, j'ai toujours une clé serrée entre mes doigts et un porte-clés sirène à 140 décibels.*»

Travaillant depuis onze ans dans le monde de la nuit, agent de sécurité dans un bar, Guillaume a cofondé l'association S2N (Sécurité nocturne Nantes), devenue référente sur ces sujets et qui rassemble un millier de commerçants. «*La situation est dramatique. Les policiers sont découragés, ils voient ressortir deux jours plus tard ceux qu'ils ont réussi à mettre sous les verrous. La justice est débordée. Les prisons sont saturées. Dans les rues, on les voit, les délinquants n'ont plus peur de personne, et encore moins des policiers. C'est devenu Bagdad. On recommande aux victimes de lâcher leur portable. Ça ne vaut pas le coup de recevoir un coup de couteau pour un téléphone.*»

Dans la légèreté de cette fin d'été, les «bobos» et les étudiants installent leur transat sur les rivages de la Loire. Ils aperçoivent alors, comme le signe d'une conjuration, les installations de l'exposition «Voyage à Nantes» qui s'achève la semaine prochaine: devant eux, plus effrayants encore qu'une mauvaise rencontre, les personnages terribles et hirsutes d'une danse macabre ont envahi le parvis de la basilique.

*\* Le prénom a été modifié*

2 septembre (Le Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/vox/societe/a-cause-du-sabordage-du-nucleaire-francais-va-t-on-vers-un-confinement-energetique-20220901>

## À cause du sabotage du nucléaire français, va-t-on vers un «confinement énergétique»?

Par Agnès Verdier-Molinié

Publié hier à 20:10, mis à jour hier à 21:01

**TRIBUNE - L'hypothèse d'un rationnement de l'énergie cet hiver est désormais officiellement envisagée. C'est le résultat de l'aveuglement des pouvoirs publics qui, par idéologie et par légèreté, ont délibérément affaibli notre industrie nucléaire depuis dix ans, argumente la directrice générale de l'iFrap (think-tank libéral).**

Quel gâchis! La France, avec 56 réacteurs nucléaires, avait toutes les cartes en main pour survoler les crises énergétiques et pour passer le cap de la voiture électrique dans les prochaines années. Or, à cause d'un enchaînement de décisions délétères, nous sommes aujourd'hui en train de parler, ni plus ni moins, de rationnement et de coupures de courant à venir! À quand les tickets de rationnement et les sanctions si on consomme trop d'énergie?

Cela ressemble à un cauchemar. Sans compter une hausse des prix hallucinante sur le marché européen de l'électricité à plus de 1000 euros le mégawattheure (pour livraison l'année prochaine) contre 85 euros avant la crise.

**Ce cauchemar est un véritable scandale français et en faire la conséquence de la guerre en Ukraine est mensonger.** Le président d'EDF, Jean-Bernard Lévy, a mille fois raison de dire que le problème réside avant tout dans le fait d'avoir voulu fermer des centrales nucléaires au moment même où il fallait au contraire augmenter leur durée de vie et décider d'en construire de nouvelles.

**En cause? Une analyse erronée** de l'Agence de l'environnement et de la maîtrise de l'énergie (Ademe) et de Réseau de transport d'électricité (RTE), qui anticipaient que nous allions consommer moins d'énergie et d'électricité dans le futur. **Une conclusion étonnante alors que la transition vers les véhicules propres nous pousse vers l'électrique.** La Fondation iFrap avait plusieurs fois tiré la sonnette d'alarme sur les futurs risques de black-out: **la France est passée de gros exportateur à gros importateur d'électricité.** C'est à la fois pénalisant pour les consommateurs et catastrophique sur le plan écologique puisque **l'électricité importée, produite à l'étranger, l'est surtout à partir de gaz, de charbon et de lignite.**

**Les ministres en exercice serinent que la fermeture effective de Fessenheim est une décision de François Hollande... alors que le décret de fermeture a été signé en 2020, et ce sans attendre la mise en route de Flamanville, contrairement à ce qui était prévu**

*Agnès Verdier-Molinié*

Et parmi les réacteurs nucléaires qui restent, plus de la moitié sont actuellement à l'arrêt, et seulement vingt-quatre sont en fonctionnement! **Comment en sommes-nous arrivés là? Tout simplement en ralentissant les actions de maintenance pendant le premier confinement de 2020.** Ironie de l'histoire, les derniers combustibles ont été convoyés hors de Fessenheim ces jours-ci, actant la fermeture de la centrale. Et, sans vergogne, les ministres en exercice serinent que la fermeture effective de Fessenheim est une décision de François Hollande... alors que le décret de fermeture a été signé en 2020, et ce sans attendre la mise en route de Flamanville, contrairement à ce qui était prévu!

**Le projet de loi du gouvernement qui sera débattu au Parlement début octobre est tout bonnement sidérant: il porte uniquement sur l'accélération des énergies renouvelables avec une nouvelle**

simplification des procédures administratives et des recours juridictionnels pour raccourcir les délais de déploiement des projets. Alors même que la France est en train de rouvrir des centrales à charbon et que cette loi pourrait, au moins, programmer la réouverture de Fessenheim.

**Le développement massif de l'éolien annoncé par l'exécutif n'est pas une solution.** Certes, il faudrait trois à quatre ans pour la remise en route de la centrale alsacienne, mais les champs d'éoliennes, eux, mettront cinq à sept ans pour sortir de terre. **Et l'essentiel n'est-il pas de renouer avec un maximum d'indépendance énergétique le plus rapidement possible?** Sur une année, les deux réacteurs de Fessenheim fournissaient autour de 15.000 MWh. **Pour produire l'équivalent de Fessenheim, il faudrait 5600 éoliennes de plus, et nous en comptons 8000 terrestres actuellement.** En outre, **l'hostilité de l'opinion aux éoliennes terrestres, attestée par de nombreuses enquêtes, grandit.**

Notre puissance nucléaire disponible est actuellement de 29 gigawatts. Elle pourrait atteindre 47 gigawatts en novembre-décembre. La mobilisation de tous les moyens de production disponibles (charbon, hydraulique, y compris les stations de transfert d'énergie par pompage, cogénération) pourrait apporter environ 26 gigawatts supplémentaires. **Sauf nouvel aléa, on peut raisonnablement tabler sur une capacité de production de 73 gigawatts à la fin de l'année. Les marchés en doutent (pour mémoire, le pic historique de consommation électrique est de 100,5 gigawatts, en février 2012), doute qui fait monter les prix. Sont-ils trop pessimistes? D'aucuns le croient. Reste que le scénario noir - un hiver froid, pas de vent, des réacteurs toujours à l'arrêt - est malheureusement possible.**

**Aurons-nous à supporter restriction des transports, télétravail obligatoire, assignation à résidence, voire surveillance des compteurs Linky?**

*Agnès Verdier-Molinié*

**D'autant qu'EDF vient d'annoncer la prolongation de l'arrêt de tranches concernées par un problème de corrosion.** Selon le nouveau calendrier, les réacteurs 1 et 4 de la centrale de Cattenom, en Moselle, ne seront opérationnels que les 1<sup>er</sup> et 14 novembre. Le réacteur numéro 3 ne le sera que le 11 décembre et la tranche numéro 1 de la centrale de Penly, le 23 janvier 2023.

Que faire alors? **Certes, l'Autorité de sûreté nucléaire est une autorité administrative indépendante. Mais il est peut-être temps pour le Parlement et le gouvernement de taper du poing sur la table en demandant un calendrier plus resserré de réouverture des tranches à l'arrêt.** Et pourquoi pas en lançant immédiatement une commission d'enquête parlementaire sur le sujet. Qui peut croire qu'un plan de sobriété établi au dernier moment et qui impose, dans l'urgence, aux ménages et aux entreprises de moins consommer ne va pas plomber une croissance déjà timide? Qui peut croire que cela n'aura pas d'impact sur nos entreprises (surtout dans l'industrie) et sur l'emploi?

Allons-nous devoir supporter un quasi-«confinement énergétique» à cause d'un manque criant de vision stratégique de nos gouvernants qui, depuis dix ans, ont «oublié» la mission du service public de fourniture d'électricité: une gestion avisée de notre production d'énergie? Aurons-nous à supporter restriction des transports, télétravail obligatoire, assignation à résidence, voire surveillance des compteurs Linky? Allons-nous demander à certains de nos concitoyens de travailler la nuit et de dormir le jour?

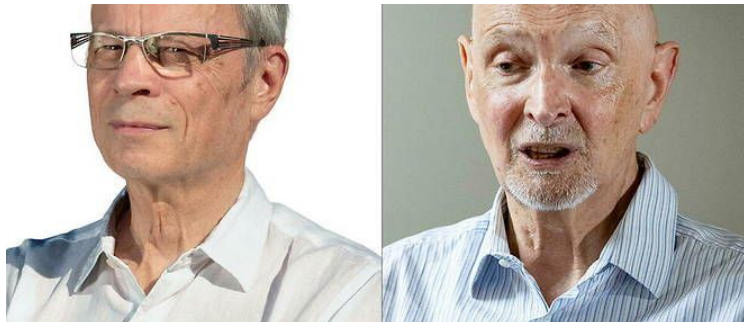
Alors que l'exécutif nous annonce «*la fin de l'abondance*» et choisit encore de traiter la crise avec des conseils de défense, on ne peut que s'inquiéter de l'impact terrible que va avoir cette impréparation sur le quotidien des Français et de leurs entreprises. **En France, on n'a pas de pétrole, on a de moins en moins d'électricité, est-ce qu'on pourrait au moins avoir de bonnes idées pour ne pas saborder notre économie?**

1 septembre (Le Figaro)

[https://www.lepoint.fr/editos-du-point/etienne-gernelle/la-betise-va-t-elle-gagner-01-09-2022-2488047\\_782.php](https://www.lepoint.fr/editos-du-point/etienne-gernelle/la-betise-va-t-elle-gagner-01-09-2022-2488047_782.php)

## La bêtise va-t-elle gagner ?

ÉDITO. Tandis que les économistes Tirole et Blanchard rappellent les grands défis que la France doit relever, Serge Tisseron nous met en garde contre le déni.



L'économiste Jean Tirole (à g.) et le psychiatre Serge Tisseron (à dr.).

*par Étienne gernelle*

Publié le 01/09/2022 à 07h00

**L**e retour des vacances est souvent accompagné par ce sentiment que l'on va retrouver ce que l'on a quitté, la conviction de la permanence de nos vies. Dangereuse assurance. Le modèle français, qui n'est pas le plus inconfortable, puisqu'on y trouve les plus généreuses dépenses sociales au monde, ne sera pas forcément toujours là à la rentrée. Un accident est possible.

À cet égard, le dernier discours de Jean-Luc Mélenchon fut marquant, appelant en réalité à la révolution. Avec son programme, qui mène tout droit à la banqueroute et à la sortie de l'euro, nul doute que c'en serait fini de notre joli confort. La même chose peut être dite de Marine Le Pen, sa jumelle de la ruine. Leur discours peut-il néanmoins devenir majoritaire ? La bêtise peut-elle l'emporter ?

**Défis.** Cette semaine, dans ces colonnes, Jean Tirole, Prix Nobel d'économie, et Olivier Blanchard, considéré comme l'un des meilleurs macroéconomistes du monde, règlent leur compte aux absurdités en vogue à propos de la dette, de la fiscalité ou du climat. Ils publient ces jours-ci un livre précieux (1), avec leur style à eux, tout en retenue, avec leurs différences - le deuxième est plus keynésien que le premier -, mais tous deux intraitables pour les marchands de boniments.

Sauf qu'il n'est pas certain que Le Pen et Mélenchon soient moins crus que Tirole et Blanchard. Après tout, au Royaume-Uni, durant la campagne référendaire sur le Brexit, des experts de la peinture de Tirole et Blanchard ont démonté les plus fumeuses fariboles, comme celle selon laquelle l'Union européenne coûtait chaque semaine au pays la somme de 350 millions de livres sterling. Il n'empêche, cela a marché.

La bêtise n'a d'ailleurs pas besoin, pour triompher, de voir des populistes, extrémistes ou charlatans de tout poil gagner les élections. Même les dirigeants dits raisonnables peuvent y succomber. Prenez Angela Merkel, souvent vantée dans ces colonnes pour sa rigueur et son courage. Pas vraiment le profil d'une populiste. Et pourtant, à se repasser le film aujourd'hui, quel désastre ! Non seulement l'Allemagne, sous sa direction, a cédé aux coquecigrues antinucléaires, et décidé de la fermeture de ses centrales - un choix aussi funeste sur le plan écologique que sur

celui de l'indépendance énergétique -, mais Berlin a, en prime, décidé de s'enfoncer dans l'asservissement au gaz russe, en refusant - jusqu'à récemment - de construire un terminal de gaz liquéfié qui aurait au minimum permis au pays de s'approvisionner un peu moins chez Poutine. L'Allemagne en paie le prix aujourd'hui.

**Déni.** Quant à nous, en France, nous devons à présent régler la facture de notre soumission à ce dogme absurde selon lequel il faudrait ramener le nucléaire à 50 % de la production d'électricité. Cette aberration industrielle et écologique date d'un pacte électoraliste, pour des circonscriptions, conclu en 2011 entre le Parti socialiste et Europe Écologie-Les Verts. Mais ni François Hollande - celui qui a fait voter la loi entérinant ce principe - ni Emmanuel Macron - qui a en outre fait fermer sur ce fondement la centrale de Fessenheim - ne l'ont remis en cause, du moins jusqu'à récemment pour le second. Or ils ne sont ni l'un ni l'autre des idéologues bornés, ni certainement des idiots. Simplement la faribole antinucléaire avait, au moins en apparence, gagné la bataille des idées, et il leur a peut-être paru vain de tenter de la détrôner. Coupable découragement, sans doute. « *C'est de la paresse, la bêtise* », disait Jacques Brel, même si chacun sait que, dans la politique comme dans la vie, il est difficile de se battre sur tous les fronts.

Sauf qu'à force de faire des concessions aux délires du temps, l'édifice pourrait bien s'effondrer. Le psychiatre Serge Tisseron, auteur d'un livre passionnant (2) consacré au phénomène du déni, note que celui-ci « *fait toujours planer le risque d'un effondrement brutal et inattendu, comme on l'a vu récemment, de manière collective, avec l'offensive russe en Ukraine* ». Les vacances de la lucidité, un jour, prennent fin.

1. *Les Grands Défis économiques*, d'Olivier Blanchard et Jean Tirole (PUF). À paraître le 7 septembre.

2. *Le Déni ou la fabrique de l'aveuglement*, de Serge Tisseron (Albin Michel). À paraître le 7 septembre.

31 août (Le Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/vox/societe/eugenie-bastie-en-finir-avec-le-masochisme-occidental-20220831>

## Eugénie Bastié: «En finir avec le masochisme occidental»

Par [Eugénie Bastié](#)

Publié il y a 46 minutes, mis à jour il y a 46 minutes



Eugénie Bastié. *Philippe Mazzone/Philippe Mazzone*

### **CHRONIQUE - «Abattre l'Occident», le dernier essai de l'essayiste à succès britannique Douglas Murray est traduit en français. Salubre et décapant.**

Stanford, 1987. Le révérend Jesse Jackson accompagné de 500 étudiants protestent contre l'introduction de cours de «culture occidentale» à l'université. Ils manifestent en criant: «*Hey hey, ho ho, West Civ has got to go*» («la civilisation occidentale doit partir»). Trente-cinq ans plus tard, ce cri de guerre est entonné au cœur même de nos institutions: des multinationales aux campus, en passant par les administrations, les écoles, les cinémas et les livres d'histoire. Les fondements de notre civilisation, jugée intrinsèquement racistes, sont expurgés, remplacés, annulés. La honte d'être blanc a fait tache d'huile. Celle-ci a pris feu en juin 2020, quand le monde occidental, rendu névrotique par des mois de pandémie a entamé une transe antiraciste à la suite de la mort de George Floyd. L'effroyable asphyxie de ce Noir américain par un policier blanc devenant l'image même de nos mœurs. C'est ce cancer idéologique qu'ausculte avec minutie l'essayiste britannique Douglas Murray dans son livre *Abattre l'Occident* traduit pour la première fois aux Éditions de l'Artilleur.

Parce qu'il appartient au monde anglo-saxon où elle se déploie avec le plus de furie, Murray passe en revue les manifestations les plus extraordinaires de cette étrange maladie

Déjà quelques lecteurs haussent les épaules: depuis quelques mois, on ne compte plus les livres écrits sur le phénomène woke et ses avatars tant et si bien qu'on pourrait se dire que les conservateurs montent en épingle ce qui ne serait qu'un mouvement minoritaire sans conséquences. Tous ceux qui jugent ces craintes exagérées doivent lire ce livre fouillé, moins idéologique que journalistique - dans la veine de l'essai anglo-saxon. C'est bien une menace majeure qui pèse sur l'Occident d'autant plus dangereuse qu'elle n'est pas exogène, comme la guerre où l'épidémie, mais intérieure, minant les fondements même de nos sociétés en y semant la haine et la division.

C'est sans doute le meilleur essai sur la question du masochisme occidental depuis *Le Sanglot de l'homme blanc* de Pascal Bruckner. Parce qu'il appartient au monde anglo-saxon où elle se déploie avec le plus de furie, Murray passe en revue les manifestations les plus extraordinaires de cette étrange maladie: du projet 1619 lancé par le *New York Times* visant à réécrire l'histoire des États-Unis en la faisant débiter aux débuts de l'esclavage, au restaurant Whistler de Londres menacé de fermeture en raison d'une fresque jugée raciste, en passant par les innombrables statues déboulonnées dans les capitales occidentales, ses exemples sont légion. On comprend au fil des pages que c'est désormais la méfiance envers les Blancs qui est institutionnalisée et systémique, enseignée

dans les écoles, appliquée dans les administrations (des ateliers d'intersectionnalité sont même dispensés au FBI!), promue par la publicité et dans les dessins animés.

Douglas Murray excelle dans la mise en exergue des paradoxes de cet antiracisme devenu hystérique alors même qu'il n'a plus de raison d'être. *«Au moment même où le racisme n'a jamais été davantage frappé d'opprobre et où il est devenu parfaitement inacceptable tant sur le plan social que sur le plan politique, il est présenté comme omnipotent et on insiste sur la nécessité absolue de le repousser.»*

La traite occidentale est enseignée à tous les Blancs dès le primaire, mais la traite orientale, au moins aussi violente est soigneusement occultée. Il est impossible de dire la moindre généralité sur un peuple non occidental sans se voir accusé d'odieuse essentialisation, mais on peut à loisir se moquer de la «fragilité blanche» ou de la «rage blanche». À Londres on tague «raciste» sur la statue de Churchill, le plus grand antifasciste du XX siècle, mais on continue de se recueillir sur la tombe de Karl Marx, dont les écrits ont inspiré le totalitarisme et a tenu des propos très peu woke sur les Noirs et les Juifs. Tout ce qui a grandi la civilisation occidentale doit être abîmé, tout ce qui l'a fustigé doit être encensé.

## Les raisons du succès

On pourrait rire de ces calembredaines et les juger inoffensives. Pourtant, argumente Murray, cette haine de soi typiquement occidentale est dangereuse, non seulement parce qu'elle mine nos sociétés, mais parce qu'elle est utilisée comme une arme par nos ennemis. Ainsi la Chine, superpuissance qui ne connaît pas la repentance mémorielle, ne se prive pas de fustiger régulièrement les États-Unis pour leur non-respect des droits de l'homme en mettant en avant la question des «violences policières» pour dénier aux institutions internationales tout droit de regard sur son propre fonctionnement dictatorial.

Reste une question. Pourquoi des théories aussi masochistes, mensongères, puériles et destructrices se sont répandues avec tant de rapidité? Douglas Murray nous éclaire sur les raisons de ce succès. D'abord, elles prennent la place d'un vide. *«Alors que l'ensemble des autres grands récits se sont effondrés, la religion de l'antiracisme fournit un but et un sens à la vie.»* Ensuite, parce que ce masochisme plonge ses racines dans une tradition occidentale. Le goût de l'ailleurs, l'exotisme, la tendance à mal s'aimer, à se mépriser, à préférer le barbare au péquin a la faveur de nos intellectuels de Montaigne à Rousseau. Même Voltaire trouvait des qualités à la religion musulmane tandis qu'il vomissait celle de ses pères. L'antiracisme religieux ne fait que radicaliser cette veine. Enfin, ces théories de la déconstruction séduisent par leur facilité. Il est en effet infiniment plus facile de détruire que de créer, de déboulonner que de forger, de critiquer que de fonder, de pointer les défauts du passé que fabriquer quelque chose à transmettre. On touche là au point nodal de ce grand mouvement qui affecte notre héritage ; l'oubli d'une qualité fondatrice de toute civilisation: la gratitude. Et Murray de citer les derniers mots du philosophe conservateur Roger Scruton, dont il est un des disciples: *«S'approcher de la mort vous permet de savoir ce que la vie et la gratitude signifient.»*

Il nous faudrait renouer avec ce sentiment de reconnaissance, qui n'est pas une rustre fierté, mais l'humilité de reconnaître que nous sommes les héritiers d'une civilisation qui n'a pas seulement créé des chefs-d'œuvre que nous sommes incapables d'égaliser, mais aussi inventé des progrès scientifiques stupéfiants, mis en œuvre un confort et un système politique fondé sur la liberté et le droit que le monde entier nous envie. D'ailleurs, comme le rappelle Murray, les bateaux de migrants ne vont que dans une seule direction: l'Occident.

31 août (Contrepoints)

<https://www.contrepoints.org/2022/08/31/437806-deuxieme-bombe-a-retardement-l-industrie-francaise-en-perte-de-vitesse>

31 août 2022

## Deuxième bombe à retardement : l'industrie française en perte de vitesse

[Claude Goudron](#)

L'industrialisation d'un pays ne se décrète pas, mais s'obtient uniquement grâce à un environnement fiscal et normatif lui permettant de s'imposer dans le monde.



Photo by C D-X on Unsplash - <https://unsplash.com/s/photos/industry>

L'industrialisation d'un pays ne se fait pas avec des incantations comme le fait notre ministre de l'Économie.

Elle ne se décrète pas, mais s'obtient uniquement grâce à un environnement fiscal et normatif lui permettant de s'imposer dans le monde, ou tout au moins en Europe en ce qui nous concerne.

# La France a tout faux depuis la fin du XXe siècle

En 1982 [François Mitterrand](#) a abaissé démagogiquement l'âge de la retraite à 60 ans alors que la majorité des autres pays la maintenaient à 65 ans. À ce jour il a été ramené à 62 ans tandis qu'en Allemagne, premier concurrent industriel, il est à 65 ans + 10 mois en attendant 67 ans d'ici 2030.

Au premier janvier 2000 pour les entreprises de plus de 20 salariés et 2002 pour les autres, la [mise en place des 35 heures](#) qui a sonné le glas de l'industrie française.

Ajoutons une inflation de normes et décrets atteignant à ce jour le chiffre de [400 000](#) et dont une majorité est contraignante pour l'industrie, alors que nos voisins les ont limité à 80 000 ; sans oublier que la transposition de celles-ci en droit français se fait presque systématiquement en y ajoutant des contraintes, ce qui n'est pas le cas en Allemagne.



L'évolution des charges sur les entreprises est réalisée sous plusieurs formes, la première étant [les charges dites sociales](#) dont la France détient depuis des décennies le record du monde. Mais il faut également prendre en compte [les impôts de production](#), soit environ 100 milliards d'euros en France contre 14 milliards chez nos voisins.

Le [Code du travail](#) enfle pour atteindre pratiquement 4000 pages que chaque entrepreneur est sensé connaître dans les détails, ce qui naturellement ne peut pas être le cas, ouvrant alors un nombre considérable de conflits avec les salariés et l'administration.

## Le tournant des années 2000

À cette période, le pays était presque sur un pied d'égalité avec l'Allemagne, que l'on disait pourtant être l'homme malade de l'Europe. L'industrie des deux côtés de la frontière représentait environ 24 % du PIB.

Consciente de sa fragilité au niveau mondial, l'Allemagne, avec le chancelier Schroeder à sa tête, a mis en place un certain nombre de mesures drastiques, dites [lois Hartz 1 à 10](#), lesquelles ont permis le redressement spectaculaire de l'économie allemande, principalement son industrie.

Pendant la même période, l'immense erreur de [Jacques Chirac](#) a été de dissoudre l'Assemblée nationale, ce qui a donné des ailes au gouvernement de Lionel Jospin qui a réalisé une promesse totalement démagogique avec les 35 heures.

C'est à ce moment que la France a décroché par rapport à l'Allemagne, qui a même augmenté la part de l'industrie dans son PIB, alors que le pays est passé en dessous de 10 % de PIB, qui a de plus évolué moins vite.

## Sac à dos

C'est une allégorie entendue de plus en plus et dont je revendique la paternité par un article paru dans les [4 Vérités](#) le 3 novembre 2018.

Il s'agit de comparer la performance de nos chefs d'entreprise à la prouesse d'un athlète de haut niveau qui devrait courir avec un sac à dos chargé de 50 kg.

Le sac à dos de notre entrepreneur serait chargé de taxes, d'impôts et de contraintes en tout genre dans la gestion de son entreprise. Il est évident qu'il ne pourra pas suivre la concurrence européenne et mondiale quand celle-ci dispose d'un environnement beaucoup moins contraignant.

Notre sac à dos est chargé de prélèvements obligatoires sans commune mesure par rapport à la concurrence. Dans son [dernier livre](#) Agnès Verdier-Molinié les estime à 150 milliards d'euros auxquels il faut ajouter les contraintes imposées par un Code du travail démentiel qui fait le délice de notre administration avide de moyens mis à sa disposition pour entraver les entreprises.

Un autre handicap rarement évoqué concerne les hauts salaires des cadres. En effet, à 4000 euros brut par mois les charges sociales, non plafonnées en France, sont deux fois plus importantes qu'en Allemagne et trois fois plus pour un salaire de 8000 euros. Le marché du travail ne connaissant plus de

frontières en Europe, si un chef d'entreprise français veut garder ses cadres il doit sensiblement augmenter leur salaire brut afin qu'ils disposent d'un revenu net équivalent à celui des voisins !

L'État semble enfin en prendre conscience et cherche à y remédier mais seulement en réduisant la charge du sac à dos. Mais ce n'est pas en passant de 50 à 40 kg que le chef d'entreprise pourra concurrencer son équivalent allemand, il faut impérativement le supprimer rapidement.

Ceci d'autant plus que les entreprises françaises surimposées ne sont pas en capacité de générer une marge suffisante pour des investissements indispensables. Elles doivent faire appel à l'endettement alors que leurs voisins qui peuvent se leur permettre disposeront d'un bilan beaucoup plus présentable.

Sur les vingt dernières années c'est une perte de rentabilité colossale pour les entreprises françaises qui se concrétise par une perte régulière et catastrophique du potentiel industriel du pays.

## La descente aux enfers va continuer

Qui aura le courage de mener à bien cette réforme ?

Je doute fort que ce soit ce gouvernement et ses mesures homéopathiques sans aucun impact sur l'avenir économique du pays. Vingt années de déni de la réalité obligeront une véritable révolution industrielle. Si les réformes ne sont pas réalisées immédiatement, ce seront le FMI, la BCE et l'UE qui les imposeront car ce laxisme va mettre en danger l'existence même de l'Europe qui devra rapidement imposer des règles économiques identiques chez tous les membre de sa communauté.

Il est évident que jamais nos partenaires ne se caleront sur nous qui avons démontré l'inefficacité de notre système, d'autant plus qu'une simple réflexion pourrait nous convaincre. En effet la surtaxation a fait disparaître plus de la moitié de l'industrie française. Diminuer de 50 % les charges fera remonter à un minimum de 20 % sa part dans le PIB. Donc, mathématiquement, les rentrées fiscales à terme seront identiques à celles d'aujourd'hui.

## Conclusion

Imposons tout de suite cette réforme par une loi cadre qui sera ainsi gravée dans le marbre. Elle garantira aux entreprises industrielles sa pérennité et sera la seule façon de faire revenir celles qui ont été contraintes de délocaliser depuis une vingtaine d'années.

Notre PIB fera alors un grand bond en avant et nous pourrons alors talonner, voire dépasser nos collègues allemands. Sans cela, une nouvelle bombe à retardement nous attend !

31 août (Le Point)

[https://www.lepoint.fr/environnement/risque-de-black-out-la-faute-lourde-de-l-etat-31-08-2022-2487894\\_1927.php](https://www.lepoint.fr/environnement/risque-de-black-out-la-faute-lourde-de-l-etat-31-08-2022-2487894_1927.php)

Risque de black-out : la faute lourde de l'État

La France pourrait manquer d'électricité cet hiver. Conséquence, non pas de la guerre ou d'erreurs d'EDF, mais de décisions malheureuses au sommet.

Par [Géraldine Woessner](#)

Publié le 31/08/2022 à 07h00 - Modifié le 31/08/2022 à 10h20

**L**a crise couvait depuis des années... Elle est là. « Nous vivons la fin de l'abondance », a prévenu le président lors de sa rentrée politique, dans un discours aux accents fatalistes surprenants, Emmanuel Macron semblant davantage incriminer le sort que ses propres décisions. Alors que les entreprises sont sommées par Élisabeth Borne d'économiser leur énergie sous peine d'être rationnées cet hiver, la Première ministre pointe implicitement du doigt la double responsabilité de Vladimir Poutine, qui menace de couper le robinet de gaz vers l'Europe, et de l'entreprise EDF, dont plus de la moitié du parc nucléaire est actuellement à l'arrêt. L'exécutif, en privé, a sorti son lance-flammes, accusant l'entreprise encore dirigée par Jean-Bernard Levy de n'avoir pas su « anticiper » recrutements et opérations de maintenance... EDF comme Vladimir Poutine ont décidément le dos large.

« Pourquoi on n'a pas assez d'équipes formées ? Mais parce qu'on nous a dit que notre parc nucléaire allait décliner, qu'on allait fermer douze centrales ! Ce texte est encore en vigueur au moment où l'on se parle », s'est défendu lundi Jean-Bernard Levy aux rencontres du Medef, devant une ministre de l'Énergie dans ses petits souliers. Et si la crise en Ukraine amplifie considérablement les difficultés que la France s'apprête à affronter, elle n'en est pas la cause. « À l'hiver 2020 déjà, la ministre de l'Environnement Barbara Pompili avait prévenu que des coupures d'électricité pourraient avoir lieu en cas de grand froid », rappelle Nicolas Goldberg, responsable « Énergie » du think tank de gauche Terra Nova. « Or, depuis, la situation du parc électrique a empiré. Nous aurions connu des tensions cet hiver, crise en Ukraine ou pas... »

Dans les prochaines années, même si le conflit à l'Est s'éteint et que le gaz se remet à couler à flots, les tensions vont perdurer. Et pour éviter des black-out, il est préférable de comprendre pourquoi.

## Confusion du débat

« Il y a une certaine confusion dans le débat public entre pénurie d'énergie et pénurie d'électricité », souligne l'ingénieur Maxence Cordiez, spécialiste des questions énergétiques et auteur d'*Énergies* de la collection « Fake or not ? » des éditions Tana. En effet, la France dépend encore à 16 % du gaz et à 28 % du pétrole pour sa consommation primaire d'énergie – des ressources fossiles qui font encore massivement tourner les transports, le chauffage, les usines... Mais son électricité, largement assise sur le nucléaire, ne dépend plus qu'à 7,5 % de centrales thermiques (essentiellement au gaz), contre plus de 40 % pour l'électricité allemande. En théorie, donc, les coupures de gaz russe ne devraient affecter qu'à la marge notre production électrique.

Dans la réalité, d'autres facteurs se sont accumulés, dans un parfait « scénario du pire » : au calendrier prévisible des opérations lourdes de maintenance induites par le « grand carénage » se sont ajoutées la désorganisation consécutive au Covid et une anomalie de corrosion sous contrainte découverte sur plusieurs réacteurs... Enfin une sécheresse historique, réduisant la capacité des barrages hydroélectriques. Cet été, les coupures n'ont été évitées que grâce aux importations, à prix d'or. Or ces importations sont aussi menacées : on ne sait pas si le vent soufflera cet hiver en mer du Nord, et privés de gaz, rien ne garantit que nos voisins pourront produire assez d'électricité pour en exporter.

Une autre confusion gêne la compréhension d'ensemble : réduire de 10 % la consommation d'électricité en général, comme le préconise le gouvernement, n'aidera pas à éviter les coupures, qui ne sont pas liées à notre consommation moyenne, mais à la puissance dont nous avons besoin à un moment précis, pour passer les pointes de consommation. L'électricité ne se stockant pas, les gestes économes doivent intervenir au moment même où la consommation est la plus forte – le matin, et le soir entre 18 heures et 21 heures – pour être efficaces. Or, la France – et c'est bien ce qui angoisse le gouvernement – n'a plus les moyens de passer les pointes, puisqu'elle a fait le choix politique, ces dix dernières années, de se priver de ses marges.

## **Un système électrique sans marges : le prix d'un choix politique**

Les soirs d'hiver, en janvier-février, la pointe de consommation en France atteint habituellement 80 à 90 gigawatts (GW.) En février 2012, année de froid mordant, le pic historique de consommation a même dépassé 102 gigawatts... Que les fournisseurs ont pu livrer dans les foyers grâce à des ressources certaines, pilotables, et en important massivement de l'électricité des pays voisins. Les ressources intermittentes offrent peu de garanties en l'espèce : si le soleil est couché et que le vent ne souffle pas, les parcs éoliens et photovoltaïques installés ne sont d'aucune aide – comme on l'a vu l'hiver dernier, quand un anticyclone hivernal a forcé pendant des semaines les pales d'éoliennes à l'arrêt.

D'où la nécessité vitale de conserver un parc électrique pilotable (nucléaire, hydraulique, fioul, charbon, gaz) suffisamment dimensionné pour passer ces pointes de consommation. C'est ce qu'a fait l'Allemagne : si Berlin a fermé plus de 20 GW de capacités nucléaires ces dernières années, le pays les a compensés en ouvrant de nouvelles centrales à gaz et à charbon, tout en prenant le soin de ne fermer aucune de ses centrales fossiles, se contentant de les débrancher. Un choix qui lui permet, aujourd'hui, de relancer massivement la combustion de charbon pour passer l'hiver – une sécurité obtenue à prix fort, puisqu'il lui a fallu entretenir un double parc électrique, thermique et renouvelable, ces dix dernières années.

La France, engagée elle aussi dans un fort développement des renouvelables pour compenser la fermeture programmée (et inscrite dans la loi en 2015) de quatorze réacteurs nucléaires, n'a pas pris les mêmes précautions. Entre 2012 et 2021, 12,7 GW de puissance pilotables (essentiellement thermiques, et nucléaire avec Fessenheim) ont été définitivement fermées, que rien n'est venu remplacer. « En France, le système est sans marge », résume Nicolas Goldberg.

## **Avertissements ignorés**

Les autorités indépendantes, qui anticipaient déjà les difficultés que poseraient bientôt les examens décennaux d'un parc de centrales vieillissantes, ont bien tenté d'alerter les gouvernements successifs... En vain. Dès 2007, le président de l'Autorité de sûreté nucléaire,

André-Claude Lacoste, dans un courrier au Sénat, mettait en garde sur la nécessité de conserver des capacités suffisantes pour gérer sereinement les réexamens de sûreté, afin d'éviter que soient un jour « mis en concurrence les impératifs de sûreté et d'approvisionnement ». Des avertissements répétés avec constance, chaque année, par ses successeurs dans leurs différents rapports. « L'ASN souligne la nécessité de disposer de marges suffisantes de capacité de production d'électricité, quelle qu'en soit l'origine, pour faire face à l'éventualité, toujours possible en dépit des précautions prises, de l'arrêt simultané de plusieurs installations pour des impératifs de sûreté », alertait ainsi l'autorité indépendante dans son rapport de 2012.

« Le gouvernement de François Hollande s'est assis dessus », grince l'ancien président de l'Assemblée nationale Bernard Accoyer, qui dénoncera souvent des politiques construites « sur des hypothèses de consommation électrique décroissantes, et erronées ». Nommé à la tête du réseau de transport de l'électricité RTE, le député PS François Brottes, sans connaissances scientifiques, s'attache à mettre en œuvre la promesse de Ségolène Royal de réduire à 50 % la part du nucléaire dans le mix électrique, sans tenir compte des alertes de l'ASN. Son successeur Xavier Piechaczyk, ex-conseiller de François Hollande, nommé en 2020, fait de même – validant sans ciller la fermeture de la centrale de Fessenheim, en dépit des tensions à venir sur le réseau électrique, déjà largement anticipées. Aujourd'hui, Xavier Piechaczyk est l'une des personnalités pressenties pour prendre la tête d'EDF.

#### **4 gigawatts dans le viseur**

Au sein du gouvernement Macron, le même attentisme domine... Remis discrètement à Bruno Le Maire en 2018, un rapport alarmiste de l'ancien administrateur général du Commissariat à l'énergie atomique Yannick d'Escatha, préconisant la mise en chantier rapide de six nouveaux réacteurs EPR afin d'éviter le mur et d'enrayer la perte de compétences chez EDF, est aussitôt enterré. « Ce n'est pas un rapport qui décide de la politique du gouvernement », réagira sèchement le ministre de l'Économie. Deux ans plus tard, Élisabeth Borne, ancienne directrice de cabinet de Ségolène Royal et alors ministre de l'Écologie et de l'Énergie au sein du gouvernement, salue la fermeture des deux réacteurs de Fessenheim comme « un jour historique. »

Aujourd'hui, la crise énergétique s'annonce en effet comme « historique. » Le gouvernement, après avoir enjoint aux entreprises d'électrifier leurs usages pour réduire leur empreinte carbone, compte sur elles pour réduire d'au moins 10 % leur consommation d'énergie, sous peine de se voir imposer des « rationnements. » Quant aux particuliers, ils seront bientôt invités, dans une vaste campagne de communication, à économiser, notamment en se souvenant des bons vieux principes des heures pleines et des heures creuses. « C'était un système très efficace », souligne Nicolas Goldberg. « En rétablissant ces tarifs, on pourrait récupérer environ 4 gigawatts », soit l'équivalent de la production de quatre réacteurs nucléaires. « La baisse du chauffage concerne aussi ceux qui se chauffent à l'électricité, car cela permettra de réduire la sollicitation de la capacité marginale de gaz », poursuit Maxence Cordiez. Et ensuite ?

La programmation pluriannuelle de l'énergie votée par le Parlement prévoit toujours la fermeture, d'ici à 2035, de douze réacteurs nucléaires. Et si Emmanuel Macron dit désormais soutenir la construction minimale de six réacteurs EPR, aucune commande n'a été passée. À court terme, un texte permettra à l'automne d'accélérer le développement des énergies renouvelables... Il n'est pas prévu qu'il traite du nucléaire.

31 août (NZZ)

<https://www.nzz.ch/meinung/afrika-braucht-unser-geld-nicht-ld.1698424>

GASTKOMMENTAR

## Afrika braucht unser Geld nicht

Die Entwicklungshilfe für Afrika bewirkt das Gegenteil dessen, was der Kontinent braucht. Dies sind gemeinwohlorientierte Regierungen und Verwaltungen, die im Sinne der Menschen arbeiten und nicht gegen sie.

Kurt Gerhardt

31.08.2022, 05.30 Uhr



Trocknung von Kaffeebohnen in der Kaffeekooperative in Embu, Kenya. Ute Grabowsky / Imago

Für Afrikas Entwicklung ist es ziemlich belanglos, wer in europäischen Hauptstädten die zuständigen Ministerien leitet und was in Bundeshaushalten steht. Wer das anders sieht, überschätzt den Einfluss der Industrieländer auf das wirtschaftliche Fortkommen unserer südlichen Nachbarn. Das hängt von ganz anderem ab als von unseren Ideen und Entscheidungen.

Für afrikanische Entwicklungen ist bei weitem wichtiger, dass die Menschen ihre eigenen personellen und materiellen Möglichkeiten ausschöpfen, die immens sind – und bei weitem nicht genutzt werden.

## Enormer Ressourcenreichtum

Wenn seit Jahrzehnten in Asien ein Land nach dem anderen zu immer neuen Entwicklungssprüngen ansetzt – wie zurzeit Vietnam und Bangladesch –, aber über Afrika, vor allem die Staaten südlich der Sahara, Ähnliches nicht gesagt werden kann, dann liegt das wesentlich daran, dass die Völker Afrikas Regierungen gewähren lassen, die mit dem Wohl der Menschen nicht viel im Sinn haben, sondern vor allem mit dem eigenen und dem ihrer Clans. Afrika stellt so gut wie keine Güter her, die auf dem Weltmarkt verkäuflich sind.

Wenn Asiaten das aber mit grossem Erfolg können, warum Afrikaner nicht, obwohl sie seit sechzig Jahren von uns weit mehr mit Entwicklungshilfe versorgt worden sind als Asiaten? Wer sagt, das müsse man verstehen, das sei kulturell bedingt und liege am Kolonialismus, redet Unsinn – und tendenziell rassistisch.

Der enorme Ressourcenreichtum Afrikas ist weitgehend versickert, am sichtbarsten in den Taschen der politischen Klasse, die sich seit Jahrzehnten ungeniert an den Erlösen aus den Verkäufen der Bodenschätze bedient. Die Tochter des früheren angolischen Präsidenten Dos Santos gilt als Dollarmilliardärin. Die ugandischen Parlamentsabgeordneten genehmigten sich vor kurzem dreissig Millionen Dollar für neue Autos. Der Vizepräsident Äquatorialguineas erwarb für sein Privatvergnügen eine Hochseejacht für 120 Millionen Dollar. Solche Schurkenstücke gibt es en masse. In den «Panama Papers» und «Pandora Papers» kann man darüber lesen.

Es wäre allerdings ein Fehler zu glauben, der Missbrauch öffentlicher Ressourcen sei nur eine Sache der oberen Kreise. Korruption durchzieht alle gesellschaftlichen Schichten. Die Mächtigen ziehen den grössten Nutzen daraus, die Ohnmächtigen den geringsten. Dass aber die Armen das masslose Treiben ihrer Ausbeuter geradezu lethargisch über sich ergehen lassen, ist unbegreiflich.

Die Chancen auf gesellschaftliche Entwicklungen werden auch durch anderen Schwund vertan. Instandhaltung ist in Afrika noch immer weitgehend unbekannt. Am Zustand der Strassen ist das besonders deutlich zu sehen. Allein die Schäden an den Lastwagen, die über die mit Schlaglöchern übersäten Strassen donnern, verursachen enorme Kosten. Das dafür nötige Geld fehlt an anderer Stelle. Schlechte Strassen sind eine Katastrophe für Transporte verderblicher Waren, ins In- und ins Ausland.

Weiteres Beispiel massiver Geldverschwendung: die regelmässigen und besonders in heissen Zeiten höchst ärgerlichen Ausfälle der öffentlichen Stromversorgung. Misswirtschaft verschlingt einen grossen Teil des Volksvermögens. Der Staat Niger erlaubte sich in der Hauptstadt Niamey eine Strassenüberführung für umgerechnet 64 Millionen Euro – in einem Land, in dem wegen fehlender Lehrer und Schulgebäude viele Kinder nicht zur Schule gehen können. Mehr als hundert Millionen Euro hat Niger im Juli 2019 für die Ausrichtung einer zweitägigen Gipfelkonferenz der Afrikanischen Union ausgegeben.

## Grassierende Korruption

Wenn Afrika aufhörte, seine Ressourcen zu vergeuden, und sie stattdessen klug nutzte, könnte es hoffnungslosen jungen Leuten, die übers Mittelmeer nach Europa wollen, eine Perspektive geben. Um das zu erreichen, müsste allerdings auch der in allen gesellschaftlichen Bereichen herrschende Schlendrian beendet werden. Dringend nötig wären besseres Planen, konsequentes Durchsetzen, gründlichere Arbeit, Zuverlässigkeit und Stetigkeit. Daran fehlt es überall.

Es braucht gemeinwohlorientierte Regierungen und Verwaltungen, die im Sinne der Menschen arbeiten und nicht gegen sie. Ohne Eindämmung der grassierenden Korruption wird allerdings aus alledem nichts. Und ohne Abkehr von unverantwortlich hohen Geburtenraten auch nicht.

Das sind alles Dinge, auf die wir keinen Einfluss haben, sondern die afrikanische Gesellschaften selbst leisten müssen. Warum sie das – anders als Asiaten – nicht längst getan haben, liegt wesentlich daran, dass sie schon viel zu lange von Geschenken leben: von Bodenschätzen, Entwicklungshilfe und von den sogenannten Rücküberweisungen von Afrikanern aus dem Ausland. Dauergeschenke lähmen die Eigeninitiative.

Wir haben uns viel zu sehr eingemischt. Und tun es immer noch. Ein wesentlicher Teil unserer Entwicklungshilfe besteht aus Verletzungen des Subsidiaritätsprinzips, des Grundgesetzes jeglichen Beistands: Helfen in der Not, aber keine Eigenleistung ersetzen.

Beispiel Verkehrswege – ein Dauerthema afrikanischer Entwicklung. Wenn wir Strassen reparieren oder ersetzen, die mangels Unterhaltung unbefahrbar geworden sind, missachten wir die Subsidiaritätspflicht – denn diese Arbeiten könnten Afrikaner selber machen, auch wenn sie mit einfacherer Technik und grösserer Arbeitsintensität länger dauerten. Dasselbe gilt für Eisenbahnverbindungen, die nicht mehr funktionieren, weil die Staaten es an Wartung und Pflege von Netzen und Maschinen haben fehlen lassen.

Eine Erhöhung unserer Entwicklungshilfe würde also das Gegenteil dessen bewirken, was Afrika braucht. Den grotesken Zustand der gigantischen Fehlleitung von Ressourcen bei gleichzeitiger Massenarmut kann man mit Entwicklungshilfe nicht beenden. Im Gegenteil, damit festigt man ihn. Die Einübung der für wirtschaftlichen Erfolg entscheidenden Tugenden kostet nichts. Sie ist keine Frage des Geldes, sondern des Willens.

Kurt Gerhardt war Journalist und in den 1980er Jahren Landesdirektor des damaligen Deutschen Entwicklungsdienstes (DED) im westafrikanischen Niger.



31 août (Le Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/vox/societe/comment-l-imam-iquioussen-a-contribue-a-l-edification-islamique-d-une-generation-20220803>

## Comment l'imam Iquioussen a contribué à l'«édification islamique» d'une génération

Par [Alexandre Devecchio](#)

Publié le 03/08/2022 à 19:16, mis à jour le 04/08/2022 à 09:30



L'historien et maître de conférences Hassan Iquioussen Ramadan, lors de la 4<sup>e</sup> rencontre annuelle des musulmans du Nord, à Lille, le 6 février 2010. *Alouache Farid/ABACA*

**ENTRETIEN - Bernard Rougier, directeur du Centre des études arabes et orientales, revient sur le parcours de l'imam Hassan Iquioussen. Selon lui, le prédicateur, dont Gérard Darmanin souhaite l'expulsion, a joué un rôle considérable dans la réislamisation de nombreux jeunes musulmans.**

*Bernard Rougier est également professeur à l'université Sorbonne Nouvelle - Paris-III et a dirigé l'ouvrage collectif «Les Territoires conquis de l'islamisme» (PUF, 2021, 368 p., 23 €).*

---

### LE FIGARO. - Qui est Hassan Iquioussen?

**Bernard ROUGIER.** - Originaire du Souss, au Maroc, né en France, à Denain dans la banlieue de Valenciennes, âgé de 58 ans, Hassan Iquioussen correspond à une figure très répandue dans le milieu de l'islam militant européen, celle d'un prédicateur charismatique qui a su conquérir une légitimité islamique en captant un public jeune, à la fois dans le monde virtuel des réseaux sociaux, avec des milliers d'abonnés sur sa page Facebook et sa chaîne YouTube (plus de 150.000) et dans le monde physique des quartiers.

Depuis une vingtaine d'années, il a multiplié les conférences dans les mosquées du nord de la France - le lieu de son implantation -, en Île-de-France et en Belgique, où, encore plus connu qu'en France, il était régulièrement invité dans les instituts islamiques et les amphithéâtres de Bruxelles, y compris dans la très catholique Université Saint-Louis. À l'époque, dans les années 2008-2010, il faisait la «deuxième partie» des conférences de [Tariq Ramadan](#), dont il était proche et qui lui garantissait un public nombreux. Il a aussi été un invité récurrent du salon du Bourget, organisé tous les ans à la période de Pâques par l'UOIF, devenue depuis 2017 Musulmans de France, d'orientation et d'identité frériste.

Hassan Iquioussen a joué un rôle considérable dans l'«édification islamique» d'une génération aujourd'hui âgée d'une quarantaine d'années, dont il a accompagné la formation en qualité de guide et conseiller spirituel. Il a donné à son public une forte conscience communautaire par la politisation de son appartenance religieuse. Il diffuse ainsi une sorte de culture générale islamiste,

comme d'autres l'avaient fait avant lui au Moyen-Orient et au Maghreb. C'est aussi un entrepreneur avisé, qui possède un impressionnant parc immobilier qui lui assure un train de vie aisé. Bénéficiant de l'aura de leur père, et, surtout, de sa force électorale, ses fils, dont l'un est prédicateur, ont aussi intégré le système politique local à Denain, dans les Hauts-de-France, selon un mécanisme d'entrisme hélas de plus en plus pratiqué par les élus locaux.

### Est-il islamiste?

La réponse est évidemment positive - lui-même d'ailleurs ne s'en cache guère et fait la promotion de la Turquie d'Erdogan chaque fois qu'il y a des tensions avec l'Europe. **Version idéologique et politisée de l'islam, l'islamisme veut transformer une tradition religieuse en instrument de pouvoir et de contrôle, notamment au moyen de la production de normes contraignantes.** Pour le prédicateur nordiste, **«l'islam est la solution» au «désordre planétaire» car «le monde est géré par des gens qui sont sans foi ni loi. Ce qui se passe aujourd'hui dans le monde est dû à l'absence de l'islam: les musulmans ne tiennent plus les rênes!»** (extrait d'un prêche de juin 2014 dans sa mosquée de Lourches dans le Valenciennois). Iquioussen s'identifie au courant des Frères musulmans et se veut le défenseur inconditionnel de son plus éminent représentant, le cheikh égypto-qatari **Youssef al-Qaradawi**, connu dans tout le monde arabe grâce à l'émission «La Charia et la Vie», longtemps diffusée sur la chaîne qatarie al-Jazeera.

### Jusqu'où va ce soutien au cheikh al-Qaradawi?

Pour Iquioussen, **«tous ceux qui combattent al-Qaradawi sont les alliés des ennemis de l'islam, sont des alliés des despotes et des tyrans qui gèrent le monde musulman»** (extrait d'une conférence donnée il y a une dizaine d'années). **Le cheikh nordiste ne désavoue pas les principales positions publiques d'al-Qaradawi: mise à mort des mécréants sortis de l'islam («murtaddin») qualifiés par lui de «traîtres à la communauté», dénonciation des accords d'Oslo, légitimation des opérations suicides pendant la deuxième Intifada, y compris quand les victimes israéliennes sont des civils non combattants -une solution également applicable aux civils américains en Irak après l'occupation du pays en 2003. Hassan Iquioussen cherche explicitement à créer un « lobby politique musulman » et à structurer un « vote communautaire musulman » dont le but est de faire pression sur les pouvoirs publics**

Quand Iquioussen explique, dans une conférence prononcée au début du conflit syrien, **que «les chiites sont maintenant, de manière claire et nette, nos ennemis»** pour tenter d'expliquer les affrontements en Irak et en Syrie, il s'inscrit - et inscrit ses auditeurs -, dans une **guerre confessionnelle généralisée qui donne une dimension théologique et essentialiste à des conflits moyen-orientaux de nature politique.** J'ai pu constater lors d'entretiens la réalité d'un **«patriotisme communautaire sunnite»** inimaginable en France il y a une vingtaine d'années.

### Iquioussen a-t-il un positionnement politique?

Hassan Iquioussen cherche explicitement à créer un «lobby politique musulman» et à structurer un «vote communautaire musulman» dont le but est de faire pression sur les pouvoirs publics - à la manière, dit-il, des homosexuels qui ont imposé la loi sur le mariage pour tous. **La priorité pour lui est de réislamiser les jeunes musulmans pour les «sortir de la drogue» et en faire des adhérents à sa vision collective et autoritaire de l'islam.**

En matière de politique municipale, Iquioussen a posté une vidéo en 2014 intitulée *Débat sur le vote: halal (autorisé) ou haram (interdit), chirk (associationnisme) ou intérêt général?*, où il explique **«comment garantir à M. le Maire les 853 voix des fidèles de la mosquée»** pour structurer un électorat musulman. Selon lui, la méthode est simple. Il faut voir le maire et lui dire: **«La dernière fois, vous avez gagné avec 50 voix. Je vous en offre 853. Il fait quoi le maire? Il fait des genuflexions et des prosternations!»**

### Quel est le rapport entre la loi séparatisme et cet arrêté d'expulsion?

L'arrêté d'expulsion s'inscrit dans l'esprit de la loi confortant le respect des principes républicains - dite loi sur le séparatisme - votée le 24 août 2021 visant en l'espèce à sanctionner un prédicateur islamiste pour «incitation à la haine». Selon les explications données à l'Assemblée nationale par le ministre de l'Intérieur mardi 2 août, Hassan Iquioussen, quoique né en France en 1964, aurait refusé l'obtention de la nationalité française à sa majorité, ce qui l'oblige à renouveler son titre de séjour tous les dix ans. Au mois de mai, la commission départementale avait refusé ce renouvellement, sans doute en raison de l'activisme de l'intéressé.

## **Comment analysez-vous les réactions de solidarité en faveur d'Iquioussen et la pétition signée par une vingtaine de mosquées des Hauts-de-France?**

Ceux qui réagissent aujourd'hui sont les mêmes que ceux qui avaient fait campagne contre le vote de la loi séparatisme en dénonçant l'avènement **d'une «islamophobie d'État»** menaçant la liberté d'expression.

**Soutenu par les sympathisants décoloniaux et islamo-gauchistes, qui voient dans la politique du gouvernement un héritage néocolonial**, le réseau frériste se mobilise pour défendre l'une de ses figures emblématiques, en s'aidant de relais institutionnels et médiatiques en Europe et aux États-Unis. Une cagnotte a même été créée à cet effet, ce qui est indécent au regard des moyens matériels de l'intéressé.

## **Quelle leçon plus générale peut-on tirer de la séquence actuelle?**

En termes de philosophie politique, la loi sur le séparatisme renforce le versant républicain de la démocratie française, après le développement accéléré de son versant libéral, sous l'influence de la jurisprudence européenne. Ce versant libéral ne cesse d'être exploité par des forces peu libérales pour miner par un travail de fond la dimension républicaine de l'État - la reconnaissance d'un bien commun par l'identification du citoyen avec la République. À ce titre, la loi sépare l'ordre du croire - le théologique - , de l'ordre du faire - le normatif - , pour libérer les musulmans des risques d'une emprise islamiste sur leur tradition. Nos compatriotes musulmans doivent pouvoir, au nom de leur foi (ou de leur absence de foi), soumettre celle-ci, plus riche et plurielle que ce qu'en disent les islamistes, à un droit d'inventaire. **Loin d'être liberticide, la loi m'apparaît plutôt comme la traduction législative de la manifestation de masse du 11 janvier 2015, après le massacre de la rédaction de *Charlie hebdo*.** Elle prend acte du lien entre le haut du spectre - l'action terrorisme - et le bas du spectre - a prédication de rupture, qui cherche à opposer les musulmans au reste du monde.

31 août (FAZ)

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/energiewende-deutschland-bereit-fuer-co2-endlager-in-norwegen-18279990.html>

ENDLAGER FÜR KOHLENDIOXID:

## Deutschland bereit zur CO<sub>2</sub>-Verpressung – in Norwegen

VON [BERND FREYTAG](#)

-AKTUALISIERT AM 30.08.2022-22:21



Equinor-Ölfeld in der Nordsee Bild: AFP

Wintershall und Equinor wollen deutsche Treibhausgase via Pipeline direkt nach Norwegen bringen. Das Projekt wäre ein Meilenstein der Energiewende.

Nicht alle Treibhausgase lassen sich vermeiden. Wenn etwa Zement, Glas oder Aluminium hergestellt werden, entweicht unweigerlich das in den Rohstoffen gebundene **Kohlendioxid**. Wenn die Industrie dennoch auf absehbare Zeit „klimaneutral“ produzieren soll, bleibt nach heutigem Wissensstand nur eines: diese Treibhausgase abscheiden und dauerhaft lagern. Am besten in ausgebeuteten Erdgas- oder Ölfeldern unter dem Meer.

**CCS – Carbon Capture and Storage – heißt die Technik. Und** selbst der Weltklimarat geht davon aus, dass es ohne sie keine klimaneutrale Wirtschaft geben kann. Im Energiewendeland Deutschland ist CCS allerdings bis auf Versuchsanlagen verboten. Angst vor Leckagen, vor Erdbewegungen oder dem Freisetzen von Schadstoffen im Untergrund haben mehrfach zu Bürgerprotesten und dem Stopp von Versuchsanlagen geführt. Dabei emittiert kein Land in Europa mehr Kohlendioxid als Deutschland.

Aus diesem Dilemma versuchen nun der deutsche Energiekonzern **Wintershall** Dea und der norwegische Energieriese Equinor ein Geschäft zu beiderseitigem Nutzen zu machen. Die Vision: das Land mit dem größten Kohlendioxidausstoß mit dem potentiell größten Speicherland in Europa via Pipeline zu verbinden.

### **Deutsche Doppelmoral**

Bis 2032 wollen beide nach Angaben von Wintershall Dea eine 900 Kilometer lange Röhre von der norddeutschen Küste zu den unterseeischen Speicherstätten vor Bergen und Stavanger verlegen. Über ein Rohrnetz auf dem Land soll die Industrie direkt mit der Seeröhre verbunden werden. Von der Produktion direkt in den Speicher, das ist die Idee.



Bild: F.A.Z.

Beide Unternehmen gehen davon aus, dass sie auf diesem Weg bis zu 40 Millionen Tonnen Kohlendioxid im Jahr transportieren und einlagern können – das wäre nach Angaben von Wintershall Dea ein Fünftel der gesamten deutschen Industrieemissionen.

Das Projekt wäre ein Meilenstein der Energiewende und für Wintershall die Möglichkeit, die Geschäfte wie angekündigt abseits der Gasförderung in Russland auszubauen. **Zugleich zeigt die geplante Pipeline die ganze Doppelmoral des deutschen Umbaus. Wie Atomenergie oder das über „Fracking“ geförderte Flüssiggas aus Nordamerika ist auch CCS eine Technik, ohne welche die Energiewende in Deutschland zurzeit zwar nicht funktioniert, die hierzulande dennoch verboten ist.**

Wintershall betonte am Dienstag, das Projekt stehe erst am Anfang. Finanzielle Details nannte der Konzern nicht. Er machte allerdings deutlich, dass der Transport und das Speichern schon vor dem Fertigstellen der Leitung per Schiff möglich sein könnten.

## Scholz und Støre lassen Taten folgen

Das Konsortium will sich auf den Bau der Unterwasserpipeline beschränken. An Land wollen die Unternehmen auf das von der ehemaligen E.ON-Tochtergesellschaft OGE geplante Leitungsnetz für Kohlendioxid zurückgreifen. OGE, größter Ferngasnetzbetreiber in Deutschland, hatte im April angekündigt, gemeinsam mit dem belgischen Energieunternehmen TES ein geschlossenes Pipelinennetz für Kohlendioxid zu bauen. Bis 2028, so die Pläne, soll das Netz „zunächst“ 1000 Kilometer lang sein und 18 Millionen Kohlendioxid im Jahr transportieren können.

Bundeskanzler Olaf Scholz und Norwegens Ministerpräsident Jonas Gahr Støre hatten bei einem Treffen Mitte August angekündigt, die Energiepartnerschaft auszubauen. Norwegen liefert bereits 40 Prozent des in Deutschland benötigten Gases. Scholz lobte in Oslo zwar die technologischen Fortschritte von CCS. Zur Frage, ob die Technik auch in Deutschland zum Einsatz kommen sollte, hielt er sich aber bedeckt.

Für die Industrie könnte das Speichern zum großen Geschäft werden. Am Wochenende hatte das Konsortium „Northern Light“ – Equinor, Shell und Total – den nach eigenen Angaben weltweit ersten Vertrag über einen grenzüberschreitenden CO<sub>2</sub>-Transport mit anschließender Speicherung geschlossen. Der Düngemittelkonzern Yara will jährlich 800 000 Tonnen des klimaschädlichen Gases in seinem niederländischen Werk abscheiden, verflüssigen und nach Norwegen verschiffen, wo es dann, 2600 Meter unter dem Meer, verbleiben soll.



30 août (Le Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/vox/societe/les-extraits-du-livre-choc-de-iannis-roder-sur-le-separatisme-a-l-ecole-20220830>

## Les extraits du livre choc de Iannis Roder sur le séparatisme à l'école

Par [Alexandre Devecchio](#)

Publié il y a 1 heure, mis à jour il y a 8 minutes



Iannis Roder. *Fabien Clairefond*

**EXCLUSIF - Toute une partie de la jeunesse - attirée par l'islamisme ou par le multiculturalisme importé des États-Unis - est désormais en rupture avec notre modèle laïque et républicain. Pour l'école, le défi est d'autant plus immense que le corps enseignant apparaît mal formé pour y répondre et miné de l'intérieur par une minorité agissante militante et idéologue, explique le professeur.**

---

*Iannis Roder est agrégé d'histoire et professeur en réseau d'éducation prioritaire (REP, ex-ZEP) depuis vingt-deux ans. Directeur de l'Observatoire de l'éducation de la Fondation Jean Jaurès (think-tank), il a participé en 2002 à l'ouvrage collectif «Les Territoires perdus de la République», qui dénonçait, déjà, la libération d'une parole haineuse et antisémite, véhiculée par l'islamisme, dans des collèges et lycées de certaines banlieues.*

---

### Une lente sécession

Le 16 octobre 2020, vers 17 h 30, la France fut saisie d'effroi. Un professeur d'histoire, Samuel Paty, se vit sauvagement assassiné. À travers le professeur, c'est l'école de la République qui, pour la première fois, était frappée, et tout professeur qui fait son métier avec engagement aurait pu être la cible du terroriste islamiste. La portée symbolique du geste n'a en conséquence échappé à personne tant cette école et ses professeurs sont intrinsèquement liés à ce que nous sommes. Avec l'assassinat de mon collègue professeur d'histoire, c'est bien notre système politique et son corollaire, la démocratie, qui ont été attaqués au nom de la religion, au nom même de ce contre quoi l'école de la République a été pensée, c'est-à-dire l'enfermement dans la croyance, ici la plus absolue...

Depuis l'avènement de la République, jamais l'école n'a connu la crise que nous vivons aujourd'hui. (...) Ces difficultés, il y a quarante ans, étaient déjà considérables. Toutefois, à l'époque, s'il était question de «climat fortement dégradé», il n'y avait rien qui concernât une remise en cause des fondements de la République ni des enseignements que dispense l'école. Or, c'est le fait nouveau de notre temps. **Une part de la jeunesse française semble prendre ses distances avec la République, sa philosophie et ses institutions. 41 % des 18-24 ans se sont abstenus lors du premier tour de l'élection présidentielle d'avril 2022 et 69 % au premier tour des législatives de juin.** Ce qui, à première vue, ressemble à un désintérêt pour la vie publique se double d'une attirance certaine pour le mode de vie anglo-saxon diffusé par le soft power américain qui, après le cinéma et la télévision, a envahi les plateformes de streaming.

Une part importante de la jeunesse ne semble plus se reconnaître dans le modèle républicain tel qu'il a été pensé. Cette jeunesse n'est pas univoque et si une partie est séduite par le modèle anglo-saxon, une

autre est très attachée à la question religieuse et pense davantage en termes communautaires qu'en termes d'intérêt général. Mais les deux se rejoignent, le modèle anglo-saxon de la citoyenneté étant bien plus favorable à l'expression religieuse et communautaire que le modèle français. L'affirmation de l'individualisme, voire de l'hyper-individualisme, semble rendre caduc notre modèle républicain à leurs yeux et ils n'en comprennent plus ni l'utilité, ni l'intérêt, ni le fonctionnement. Visiblement, quelque chose ne fonctionne plus car l'école ne semble pas en mesure de faire comprendre la République. Il ne s'agit pas ici de faire un état des lieux de l'école, de ce qu'elle fait de bien et de moins bien. Évidemment, nombre de jeunes s'en sortent grâce à l'école. Mais la question n'est pas là et il serait temps d'accepter le réel tel qu'il est au lieu de refuser de voir ce que tout le monde constate: **une partie de la jeunesse fait doucement, mais sûrement, sécession...**

## Vingt ans de retard

Les premières informations quant aux problèmes d'enseignement et aux prises de position tapageuses problématiques d'élèves ne datent pas d'hier. C'est au début des années 2000 que sont publiés les premiers articles sur la question. Mais c'est la parution d'un livre, qui devait faire date, qui marque l'arrivée du sujet sur la place publique: **Les Territoires perdus de la République**. Toutefois, à sa sortie, bien que *L'Express* en eût publié les bonnes feuilles, **la grande presse marquée à gauche ignora le livre ou bien, si elle en parla, ce fut pour le critiquer vertement et relativiser, quand ce n'était pas nier, la réalité de ce qui était décrit.**

Il serait temps d'accepter le réel tel qu'il est au lieu de refuser de voir ce que tout le monde constate : une partie de la jeunesse fait doucement, mais sûrement, sécession

Si, dès 2003, le gouvernement évoqua le problème à plusieurs reprises et le président Jacques Chirac prêta l'oreille à la situation, la réalité du terrain ne varia guère et l'institution, **notamment les corps intermédiaires qu'ils fussent de direction ou d'inspection, eurent bien du mal à regarder cette réalité en face**, à l'image de ma principale de collège qui, en 2002, me reprocha de parler de questions qui, selon elle, n'existaient pas ou comme cet inspecteur qui ne porta que peu d'importance à ce que je lui remontais alors. Nous étions en **2001** et la seconde Intifada débutée en 2000 ainsi que les attentats du 11 Septembre avaient libéré une parole haineuse dans les classes. L'antisémitisme débridé le disputait à l'homophobie et au sexisme dans un silence quasi général, notamment des organisations syndicales qui ignorèrent totalement le sujet, ou politiques qui ne s'en emparèrent pas, tout comme les organisations antiracistes ne bougèrent pas ou presque. **Jusque dans les salles des professeurs pesait la négation de ce qui dérangeait.**

Je me souviens ainsi, lors d'une réunion de ma section syndicale, d'une professeur qui, alors que j'avais soulevé la question de l'antisémitisme de certains élèves, me répondit immédiatement: **«*Quel antisémitisme? Nos élèves ne sont pas antisémites!*»** Fin de la discussion et silence gêné de mes autres collègues. L'une d'elles, aujourd'hui à la retraite, vingt ans plus tard, le lendemain de l'assassinat de Samuel Paty, m'envoya un SMS qui disait: **«*Quel drame affreux, un collègue si courageux. Je t'ai écouté ce matin*** (j'étais invité sur France Inter). ***Tu avais raison depuis si longtemps. Vont-ils enfin entendre?*»**. Il fallut cela, en effet, et d'autres drames avant celui-ci, pour qu'«ils» entendent que ce dont nous parlions n'était que les manifestations, dans les banlieues, d'une **propagation de la haine véhiculée par l'islamisme. Cet islamisme qui place au cœur de sa vision du monde la haine antisémite. Mais il était trop difficile d'accepter que ceux que l'on voyait comme des victimes sociales et héritières des souffrances de la société coloniale puissent être les vecteurs des pires horreurs et d'une haine primaire. Cela ne rentrait pas dans le logiciel.** Notons que certains n'ont toujours pas, aujourd'hui, fait de mises à jour et continuent de penser que tout cela n'est que résiduel ou le résultat de nos politiques d'exclusion.

**« Je vais te faire une Samuel Paty » est devenue une expression dans la bouche de quelques-uns**

Face à l'absence de solution proposée, mais aussi face au sentiment d'abandon, les Français juifs de Seine-Saint-Denis migrèrent en masse, et principalement vers des territoires d'Île-de-France plus



cléments à leurs yeux, ce que Jérôme Fourquet et Sylvain Manternach ont appelé «l'alya intérieure». L'autre alya, celle pour Israël, connu durant les années 2010 des pics inégalés. Les Français juifs, premières cibles et premières victimes de l'islamisme qui se diffusait dans l'atmosphère, fuyaient les menaces et la violence. Il faut dire qu'ils se sentaient bien seuls, ces Français juifs, et bien loin de leur semblait le temps où des centaines de milliers de personnes défilaient, en 1990, dans les rues de Paris pour protester contre la profanation du cimetière juif de Carpentras.

Après les horribles assassinats de **Merah**, elles étaient quelques milliers dans les rues, tout au plus. Or, on avait tué, à bout portant, entre autres, trois jeunes enfants... Les incidents qui ponctuèrent l'hommage aux victimes de Montauban et Toulouse en mars 2012 furent tus mais le flux déborda au moment de l'hommage rendu à **Charlie Hebdo** en janvier 2015. Il n'était alors plus possible d'ignorer que non seulement l'islamisme gagnait des esprits dans les banlieues mais que **l'explosion des actes antisémites dans les années 2000 n'était que les signes d'une haine de l'Occident en général.**

## Une terrible épée de Damoclès

C'est après un cours qui prenait en exemple la critique des religions pour parler de liberté d'expression que Samuel Paty a été assassiné. Aucun enseignant ne peut oublier cela et tous l'ont intégré comme un possible. C'est en ayant connaissance de cette réalité, la plus crue et la plus violente qui soit, que les professeurs font aujourd'hui cours, non pas en y pensant tous les jours, mais ils savent que parce que c'est arrivé, cela pourra arriver encore. «*Je vais te faire une Samuel Paty*» est ainsi devenue une expression dans la bouche de quelques-uns.

Cette intransigeance sous-entend également que **pour une partie des jeunes, comme pour les milieux dans lesquels ils évoluent, la loi de Dieu passe avant celle de la République**

Personne ne peut écarter cela de son esprit car certains élèves sont incapables d'entendre - simplement entendre - un discours autre que celui auquel ils croient et dans lequel ils ont probablement grandi. **Ce refus d'autres représentations en dit long sur l'impossibilité de ces élèves de transiger pour partager un monde commun.** Le monde ne peut être que le leur et pas autre chose. Cette intransigeance pose également une autre question car elle sous-entend que pour une partie des jeunes, comme pour les milieux dans lesquels ils évoluent, la loi de Dieu passe avant celle de la République, **ce qui signifie qu'une partie de la population s'arroge la possibilité d'obéir à d'autres lois qu'à celles de la République.**

## Quand des professeurs défendent le port du voile

La question du port de signes religieux ostentatoires s'invite désormais à nouveau dans certains établissements. Quand des professeurs luttent au quotidien pour rappeler à certaines jeunes filles que la loi ne les autorise pas à avoir la tête couverte, d'autres ne réagissent guère... **Une professeur d'un collège de Seine-Saint-Denis prit ainsi contact avec le Conseil des sages de la laïcité en janvier 2022 pour signaler la multiplication du port du voile dans son établissement, notamment parce que les conseillers principaux d'éducation mais aussi des enseignants n'intervenaient pas pour le faire ôter.** Le principal exigeait bien le retrait à l'entrée, mais les jeunes filles, sachant que personne ou presque ne leur ferait enlever, le remettaient aussitôt arrivées dans la cour. Une enseignante d'un autre collège, toujours situé en Seine-Saint-Denis, fit la même démarche en février 2022.

De fait, et c'est un constat inquiétant, les affaires concernant des professeurs s'opposant à la loi de 2004 (*interdisant le port ostensible de signes religieux à l'école publique, NDLR*) ne semblent plus être exceptionnelles et il est évident qu'**une minorité agissante de fonctionnaires, non pour des raisons religieuses, mais pour des considérations politiques et idéologiques, cherche à faire de la lutte contre la loi de 2004 un cheval de bataille contre le «racisme systémique» que véhiculerait la République française.** Le collectif des professeurs du lycée Berthelot, baptisé «Lycée Berthelot en lutte», publie ainsi des textes sur Facebook dans lesquels les critiques contre la loi de 2004 sont claires...

Ces professeurs reconnaissent à demi-mot ne pas faire appliquer la loi, par conviction: *«Nous faisons appliquer les lois, bien sûr, mais quand des lois et règlements semblent mal s'articuler, il est possible que certaines dispositions soient appliquées avec un zèle modéré.»* Nous comprenons donc qu'ils ne font pas enlever les signes religieux ostentatoires, ce qu'ils expliquent ensuite en affirmant que *«sauf à penser que tout ce tsoin-tsoin sur le voile des jeunes filles n'a rien à voir avec la laïcité et tout à voir avec l'islamophobie, (ils ne comprennent) plus la vision de la laïcité du gouvernement»* C'est donc bien au nom de ce qu'ils pensent être de l'antiracisme qu'ils agissent, en venant à défendre le port d'un signe de soumission et semblant oublier, au passage, que cette loi n'a pas été votée par le gouvernement au pouvoir en novembre 2021.

## Résister aux pressions de certains collègues

Ce positionnement fut confirmé par un stage de formation proposé en janvier 2022 par le syndicat SUD-Éducation 93 qui invitait, entre autres, à assister à un atelier intitulé: *«Loi de 2004: une loi raciste et sexiste»*. Il est donc légitime de se demander quel genre de consignes ces représentants syndicaux font passer à leurs militants et adhérents et si cela aboutit à ce que ceux-ci s'opposent à l'application de la loi républicaine. Les citoyens sont libres de penser, croire et exprimer ce qu'ils veulent dans les cadres fixés par la loi, mais *ce qui relève, non pas de prises de position syndicales mais bien d'activisme politique mené par des fonctionnaires de la République dans le cadre de leurs activités professionnelles pose évidemment un problème grave*, d'autant plus que *«certains syndicats demandent à leurs nouveaux adhérents de se regrouper dans des établissements précis pour monter des pools d'action politique»* (Clément Pétreault). Se regrouper pour être ainsi plus efficaces et avoir la mainmise sur un établissement.

La République a besoin d'enseignants convaincus qu'ils œuvrent à l'émancipation des élèves, et non de *fonctionnaires qui confondent leur engagement personnel et leur vie professionnelle*.

En général, ces enseignants, motivés par leur idéologie politique, et convaincus de détenir la vérité, sont difficiles à contrecarrer dans les salles des professeurs qu'ils peuvent aussi impressionner voire terroriser par leur faconde, leur engagement et leurs méthodes intimidantes. Mais s'ils ne sont pas aisés à contrer par leurs collègues, ils le sont aisément par la recherche, laquelle vient totalement contredire leurs discours sur la loi du 15 mars 2004. *Éric Maurin, directeur d'études à l'Ehess et professeur à l'École d'économie de Paris, a ainsi démontré dans un ouvrage concis et efficace, que depuis la circulaire Bayrou de 1994 et la loi du 15 mars 2004, les jeunes filles d'origine ou de culture musulmane ont profité de la possibilité d'émancipation que leur offraient ces dispositions pour élever leur niveau scolaire et leur niveau d'études: «Elles sont mieux diplômées mais également beaucoup plus souvent mariées à des personnes du groupe non musulman»* nous dit-il.

Cette démonstration d'un économiste reconnu nous permet donc de voir que non seulement l'accusation de racisme est fantasmatique mais également que les libertés obtenues grâce à une scolarité plus poussée mettent à mal l'idée même que cette loi serait «liberticide». Ou quand l'antiracisme devenu fou contribue à enfermer les gens - en l'occurrence les femmes - au nom du bien. La République a besoin d'enseignants convaincus qu'ils œuvrent à l'émancipation des élèves, et non de fonctionnaires qui confondent leur engagement personnel et leur vie professionnelle, ni d'idéologues qui, quand la réalité contredit l'idéologie, considèrent que c'est la réalité qui a tort. Être enseignant, c'est s'engager dans une mission d'intérêt général, c'est s'engager à faire en sorte que nos élèves, quels qu'ils soient, puissent accéder au meilleur et, quand cela est nécessaire, sortir de leurs conditions.

30 août (NZZ)

<https://www.nzz.ch/wirtschaft/der-lohn-des-jammerns-sind-frauen-wirklich-benachteiligt-ld.1699952>

KOLUMNE

## Der Lohn des Jammerns: Wer sich im Wohlfahrtsstaat nicht beklagt, hat schon verloren

Im Wohlfahrtsstaat werden Leistung und Einkommen zunehmend voneinander abgekoppelt. Das nennt man Sozialpolitik oder soziale Gerechtigkeit. Doch die Frage, wie sozial oder gerecht diese Politik ist, hängt von der Perspektive ab.

Claudia Wirz

30.08.2022, 05.30 Uhr



Wer im Alter mehr Rente will, muss momentan mehr einzahlen können. Gaetan Bally / Keystone

Mit dem Sujet Frau lässt sich heutzutage prima gegen Kapitalismus und Wettbewerb zu Felde ziehen. Das kommt nicht von ungefähr. In Zeiten, in denen die reichen Volkswirtschaften sämtliche klassischen gewerkschaftlichen Anliegen längst übererfüllt haben, brauchen Linke und Gewerkschaften ein neues Proletariat, das sie vertreten können, und neue Formen der Ausbeutung, gegen die sie kämpfen können.

Es ist das Kerngeschäft der Gewerkschaften und ihrer zugewandten Orte, Missstände anzuprangern und Abbitte einzufordern. Eine Gewerkschaft, die mit der Welt zufrieden ist, hätte nichts mehr zu melden. So finden die Gewerkschaften auch in der solidarischen Überflussesgesellschaft stets Benachteiligte, um die sie sich kümmern können.

### «Die Frau», die Zukurzgekommene

Und hier kommt «die Frau» ins Spiel. Sie lässt sich bestens als Zukurzgekommene inszenieren. Sie verdient weniger als der Mann, sie ist häufiger alleinerziehend, sie arbeitet öfter in Tieflohnbranchen als der Mann und schafft es seltener in den Chefsessel. In Sitzungen erhält sie weniger Redezeit, bei Lohnverhandlungen und Finanzanlagen ist sie zurückhaltend, was ausgenützt wird.

Überdies leistet sie mehr Gratisarbeit als der Mann, und im fortgeschrittenen Alter leidet sie mehr als andere unter dem Klimawandel. Und als wäre das nicht schon elend genug, bekommt die Frau im Alter noch weniger Rente als der Mann. Und jetzt will man auch noch die Altersvorsorge «auf dem Buckel der Frauen» reformieren.

Dieses Narrativ ist stark, aber falsch. Die Frauen sind hierzulande nicht diskriminiert. Die monierten Probleme mag es geben, aber sie sind in aller Regel Ergebnis persönlicher Entscheidungen und Vorlieben – etwa einer geringeren beruflichen Ambition – und nicht Folge von «strukturellem Sexismus». Vielmehr sind die Frauen privilegiert. In die staatliche Altersvorsorge zahlen sie aufgrund tieferer Erwerbseinkommen weniger ein als die Männer, beziehen aber insgesamt mehr Leistungen, und im Berufsleben profitieren sie von unzähligen Förderprogrammen und mal mehr, mal weniger formellen Quotenregelungen – vor allem im Hochlohnbereich.

## Gleiche Rechte, gleiche Pflichten

Doch ein politisches Dogma, das im Politbetrieb bisher leidlich gut funktioniert hat – man erinnere sich etwa an die Einführung der «Lohnpolizei» –, gibt man nicht gerne auf. Und so behandeln die Gewerkschaften und ihre Parteigänger, die sich selbst so gerne als Stosstrupp der Emanzipation darstellen, «die Frau» weiterhin wie ein hilfloses kleines Wesen, das von der Wiege bis zur Bahre geschützt, gestützt und gefördert werden muss.

Wer die Frauen ernst nimmt, traut ihnen zu, ihre privaten Angelegenheiten und ihr berufliches Fortkommen selber zu regeln. Wer im Alter mehr Rente will, muss mehr einzahlen. Es ist weder sozial noch gerecht, unter Berufung auf angebliche systemische Benachteiligungen diese Rechnung zu ignorieren und Leistung und Einkommen durch Umverteilung immer mehr voneinander abzukoppeln. Gleiche Rechte – und die haben die Frauen schon längst – bedingen bekanntlich auch gleiche Pflichten. Es gibt keinen plausiblen Grund, diesem Grundsatz nicht endlich nachzuleben.

30 août (Le Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/photos/etude-fondapol-la-france-est-de-plus-en-plus-a-droite-20220829>

## Étude Fondapol: la France est de plus en plus à droite

Par **Jean Cittance**

Publié hier à 20:21, mis à jour hier à 20:53



Selon cette enquête Fondapol, seuls 29% de ses électeurs considèrent Marine Le Pen comme d'extrême droite. *OLIVIER CORET/Le Figaro Magazine*

### **EXCLUSIF - La dernière étude de la Fondapol, dévoilée par *Le Figaro*, confirme la montée en puissance d'un vote protestataire qui profite au RN.**

L'année électorale qui vient de se dérouler porte en elle la confirmation qu'en France le vote protestataire est désormais le phénomène majoritaire. C'est ce que révèle la dernière étude de la Fondapol, une vaste enquête menée entre avril et juin 2022 auprès de trois échantillons réunissant chacun plus de 3000 personnes (1).

Les deux scrutins de 2022 viennent confirmer la progression de cette lame de fond. La colère des Français s'exprime à la fois par l'abstention, le vote blanc et le vote en faveur de candidats protestataires (notamment [Marine Le Pen](#), [Jean-Luc Mélenchon](#) et [Éric Zemmour](#)). Le 10 avril 2022, les votes pour ces trois candidats de rupture ont été majoritaires pour la première fois dans l'histoire électorale du pays. Ils ont réuni à eux trois 52,17% des suffrages exprimés. L'étude souligne également qu'entre le premier tour du 21 avril 2002 et celui du 10 avril 2022 le total des suffrages exprimés en faveur de candidats protestataires à l'élection présidentielle est passé de 29,6% à 55,6%. Un véritable bond en avant qui pourrait rebattre les cartes du jeu politique.

Cette protestation électorale a augmenté à droite (5,2 points supplémentaires entre 2017 et 2022), même si elle progresse à gauche de 2,1%. Un phénomène qui s'explique en partie par le fait que, dans les urnes et dans l'opinion, [la France d'aujourd'hui est majoritairement à droite](#). Une assertion qui se vérifie notamment parmi les électeurs d'Emmanuel Macron: 47% d'entre eux se situent à droite, 19% au centre et seuls 20% à gauche. En prenant en compte les électeurs du chef de l'État qui se positionnent spontanément à droite, la Fondapol en arrive à la conclusion que le vote de droite représente 53% des suffrages exprimés au premier tour de la présidentielle. Ce chiffre atteint même 57,7% avec la prise en compte des électeurs de Macron partageant les valeurs de la droite. Mais c'est surtout [le RN](#) qui agrège aujourd'hui la colère des électeurs ainsi qu'une partie de l'électorat de droite. «*L'évolution du RN dans l'opinion est aussi le fruit du glissement à droite de la société*», souligne l'étude de la Fondapol. Par ailleurs, l'abandon de certains thèmes par la gauche et une partie de la droite classique - l'insécurité, l'intégration des immigrés et l'islamisme - offrirait «*un monopole programmatique de fait*» au parti à la flamme. Une situation qui lui permet de s'ancrer solidement dans le paysage politique, au fur et à mesure que ces préoccupations progressent chez les

Français. *«Les niveaux d'opinion favorables au RN sont désormais élevés dans toutes les catégories sociales, et non plus seulement au sein des catégories populaires.»* Ainsi, entre le premier tour des législatives de 2017 et celui de 2022, le vote des cadres en faveur du RN est passé de 5% à 13%.

## Dédiabolisation

Une progression dans l'opinion qui n'est pas sans rapport avec la personnalité de Marine Le Pen. Selon cette enquête, la chef de file des députés RN n'est plus une figure de rejet. Seuls 29% de ses électeurs la considèrent comme d'extrême droite et près d'un tiers (31%) estiment même qu'elle représente plutôt la droite modérée.

Une inflexion qui se propage également à gauche: 39% des électeurs proches de Lutte ouvrière et du NPA se retrouvent dans les idées défendues par le RN. Paradoxalement, l'irruption d'un autre candidat nationaliste dans le giron présidentiel, Éric Zemmour, a permis à Marine Le Pen d'attirer une fraction supplémentaire de l'électorat LR *«dans un sas les conduisant finalement au vote Le Pen, ce qu'ils n'auraient peut-être pas fait initialement»*.

Grâce à Marine Le Pen, le parti réussit peu ou prou son entreprise de dédiabolisation. Parmi les trois principaux candidats à l'élection présidentielle, c'est elle qui suscite le niveau de rejet le plus faible (53%) et le niveau d'adhésion le plus élevé (36 %). Alors qu'Emmanuel Macron ne pourra pas se représenter en 2027, les Français n'excluent pas une nouvelle candidature de Marine Le Pen, malgré ses trois défaites successives. Si Édouard Philippe est le candidat le plus attendu, selon cette enquête (44% des sondés souhaiteraient qu'il se présente), la prétendante du RN est la deuxième personnalité la plus plébiscitée par les électeurs (38%), devant Bruno Le Maire (27%) et Jean-Luc Mélenchon (26%).

L'union de la gauche n'a d'ailleurs pas réussi à séduire les Français. La Nupes est une des trois formations qui suscite le plus de rejet (48%), derrière Reconquête! (54%) et Debout la France! (49%). À cet égard, le RN semble avoir *«remporté la bataille des populismes»*, selon la Fondapol, avec 39% des sondés en accord avec ses idées. C'est, avec EELV, le parti qui suscite le plus d'adhésion chez les Français.

Cependant, sur les principaux enjeux de société étudiés par la Fondapol, seuls LR et Ensemble! convergent avec l'opinion générale des électeurs. C'est d'ailleurs l'attachement à l'Union européenne et à l'euro qui empêche le RN d'achever sa normalisation. Car c'est par l'usage d'une rhétorique «antisystème» que le RN a pu agréger des déçus de la droite et de la gauche de gouvernement, regroupant dans son escarcelle *«la part principale des diverses colères accumulées»*. Avec 89 députés, le parti est désormais voué à s'institutionnaliser, ce qui lui fait prendre le risque de perdre une partie de sa spécificité, et donc de ses électeurs.

Réunissant entre un tiers et la moitié de l'électorat de droite, le Rassemblement national dispose également d'une forte réserve de voix chez les abstentionnistes. La question des alliances se pose donc avec acuité. 53% des électeurs du RN veulent une coalition des droites. Pour 65% des sympathisants LR, c'est non, mais l'hypothèse n'est plus complètement taboue.

Étude Fondapol: la France est de plus en plus à droite publié par LeFigaro

(1) Étude réalisée par la Fondapol en partenariat avec le Cevipof et le Centre d'études et de connaissance sur l'opinion publique (Cecop), dont le questionnaire a été administré par OpinionWay.

30 août (Le Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/vox/politique/l-editorial-du-figaro-militants-bruyants-et-majorite-silencieuse-20220829>

L'éditorial du Figaro:

## «Militants bruyants et majorité silencieuse»

Publié hier à 19:44, mis à jour hier à 21:35

Par Vincent Trémolet de Villers, directeur adjoint de la rédaction.

Pendant que des militants tentent de saturer l'espace médiatique de débats navrants sur la virilité du barbecue après avoir défendu la pertinence de la notion d'«homme enceint», une colère de moins en moins sourde traverse le corps social.

Cela fait une décennie que Dominique Reynié, le président de la Fondapol, nous alerte sur le gouffre qui sépare le commentariat des réalités éprouvées. L'étude qu'il a dirigée et que nous publions aujourd'hui confirme de façon saisissante ce constat. Une très large part de la population s'élève contre un certain nombre de dérives, mais nos représentants, qu'ils soient médiatiques ou politiques, continuent d'abandonner cette protestation au Rassemblement national. Laïcité, sécurité, bon sens sont laissés en jachère par des esprits trop occupés par la bêtise sophistiquée des luttes intersectionnelles. Ils ouvrent ainsi une autoroute à Marine Le Pen, dont ils dénonceront demain la facilité avec laquelle elle roule vers le pouvoir.

Prenons le thème aujourd'hui central de l'immigration. Il préoccupe fortement deux tiers des électeurs, au point qu'un Français sur deux y voit une menace existentielle. Gérald Darmanin, d'atermoiements en revirements, a décidé de se mettre au diapason de l'opinion commune, de dire enfin ce que tout le monde sait depuis longtemps: la surdélinquance étrangère est un fait statistique. Las, une partie des ministres et des députés lui reprochent, à bas bruit, sa transgression.

Le déni ne subsiste plus que dans des sphères étroites et protégées où la générosité du discours s'accompagne, le plus souvent, d'un digicode renforcé. Il serait temps pour Emmanuel Macron de tourner le dos à cette caste. Satisfaire la majorité silencieuse plutôt que ménager quelques-uns des anciens socialistes qui l'ont rejoint ne serait pas un mauvais calcul. C'est l'un des apports décisifs de l'étude que nous publions: si le chef de l'État doit se décider à gouverner à droite, ce n'est pas seulement parce que la composition de l'Assemblée l'exige, mais surtout parce que ceux qui l'ont élu le souhaitent.

30 août (Le Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/actualite-france/excision-repassage-des-seins-infibulation-la-grande-importation-des-mutilations-sexuelles-feminines-en-france-20220829>

## Excision, repassage des seins, infibulation... La grande importation des mutilations sexuelles féminines en France

Par [Steve Tenré](#)

Publié hier à 19:50, mis à jour hier à 20:54



Des migrantes africaines, à Calais (photo d'illustration). *PHILIPPE HUGUEN / AFP*

### **ENQUÊTE - Une partie de ces femmes mutilées, originaires d'Afrique et ayant subi la pression de leurs pairs, reproduisent le schéma communautaire en forçant leurs filles françaises à l'excision.**

125.000. C'est le nombre hors-norme de femmes excisées, infibulées ou cautérisées au niveau des parties génitales, vivant en France, d'après une estimation gouvernementale déjà vieille de dix ans. Elles n'étaient «que» 60.000 au début des années 2000. La statistique, passée du simple au double en une décennie, serait aujourd'hui largement dépassée. Sur le terrain, les acteurs en sont en tout cas persuadés.

À l'hôpital de la Conception, à Marseille, le docteur Cohen-Solal, gynécologue, s'occupe chaque semaine de «*cinq à dix nouvelles femmes mutilées sexuellement*». «*C'est une vague qui ne s'arrête jamais depuis déjà quatre à cinq ans*», détaille-t-elle auprès du *Figaro*. Même son de cloche pour la docteur Sylvie Abraham, chirurgienne spécialisée dans la reconstruction intime, située dans le 16e arrondissement de Paris: «*Je vois de plus en plus de mutilées. Au départ, ces femmes ne consultent pas toujours pour ça, et ne savent même pas qu'elles ont été amputées...*»

La cause de cette explosion? L'intensification des flux migratoires venus d'Afrique, et la «*féminisation*» des immigrés débarquant en France, assure le docteur Cohen-Solal. Sur les tables d'opération, les femmes venant réparer leur appareil génital ont effectivement toutes le même profil: elles sont âgées de 15 à 55 ans, ont été forcées à une mutilation par leur famille proche et éloignée, et sont originaires du Sénégal, de Côte d'Ivoire, du Mali, du Cameroun, du Burkina Faso ou de Guinée. À titre d'exemple et selon une étude de Santé publique France, 34% des femmes nées en Côte d'Ivoire entre 1990 et 1996 ont été mutilées sexuellement, et ce pourcentage monte à 58% au Burkina Faso, 83% au Mali et même 97% en Guinée (qui figure dans le top cinq des pays de provenance des primo demandeurs d'asile en France, selon le ministère de l'Intérieur).

## **Plus de 38.000 Françaises mutilées**



Les femmes consultant souffrent toutes d'une excision, autrement dit l'ablation partielle ou totale du clitoris et des petites lèvres, ou d'une infibulation, soit le rétrécissement de l'orifice vaginal par la création d'une fermeture. Quelques rares cas de repassage des seins ont également été rapportés au *Figaro*: pour freiner le développement de la poitrine de jeunes filles, des objets brûlants tels que des spatules ou des louches sont frottés sur leur buste. Et ce, dans l'optique de respecter la tradition, qui se transmet de génération en génération.

«*Le repassage des seins reste toutefois anecdotique chez les Françaises mutilées*», témoigne Sylvie Abraham. Car si la majorité des victimes d'excision vivant en France sont des immigrées de première génération, et donc étrangères, une partie d'entre elles sont leurs filles, Françaises et nées dans l'hexagone. Ces dernières représenteraient plus de 38.000 des 125.000 femmes mutilées. Et d'après la Haute autorité de Santé, entre 12 et 20% des mineures, dont la famille est originaire de pays où l'excision est pratiquée, sont menacées, en France, d'une mutilation.

Ces statistiques supposent une opération clandestine sur le territoire national, alors qu'exciser est puni de 10 à 20 ans d'emprisonnement, selon que la victime est mineure ou majeure. Interrogées, des sources policières assurent au *Figaro* qu'il n'existe pas de «réseaux» d'exciseurs opérant en France.

«*Du moins, pas officiellement, puisqu'on ne nous alerte que de cas isolés par le biais de signalements au procureur*», nous indique-t-on. «*Il y a quelques années, des exciseuses pratiquaient pour 1000 euros l'opération dans le quartier de Barbès*», dans le 18<sup>e</sup> arrondissement de Paris, se souvient le Dr Sylvie Abraham. Et d'affirmer: «*Désormais, les excisions ne se font plus en France, mais au pays.*»

## Excisées pendant les vacances d'été

Pour contourner la loi française, les familles «*envoient se faire exciser leurs filles en Afrique, où vivent les grands-parents ou les grands-tantes, durant les vacances scolaires d'été*», nous précise Ghada Hatem-Gantzer, fondatrice de l'association spécialisée la Maison des femmes, à Saint-Denis.

Dans certains quartiers, majoritairement concentrés en Île-de-France, en Auvergne-Rhône-Alpes, en Nouvelle-Aquitaine et en Provence-Alpes-Côte d'Azur, ce type de voyages est fréquent. Ils s'inscrivent même «*dans la norme*» de plusieurs communautés, d'après l'expérience personnelle de l'élue de Meaux Saly Diop, arrivée en France à cinq ans et excisée à l'âge de trois mois au Sénégal. À la cité Beauval de Meaux, où elle a vécu toute sa jeunesse, Saly Diop n'a «*cessé d'être confrontée à cette pratique importée, fruit de populations peu éduquées, avec peu d'études, mais persuadées de faire le bien*». Nombre de ses amies, adolescentes à l'époque, ont été envoyées au pays «*sans même être mises au courant de l'objet du voyage*, affirme l'auteur d'*Imani* (éditions Michalon). *Et je constate que cela continue encore aujourd'hui...*»

Ce fut le cas de Maria\*, qui n'oubliera jamais ce jour de juillet 2010. Accompagnée de ses parents et de sa grande sœur, la jeune fille de 10 ans part retrouver sa «*mémé*» en Guinée, dans un petit village du littoral. «*On avait hâte d'y aller pour profiter de la mer et du sable fin - je me souviens avoir dit à ma sœur qu'on rendrait jalouses nos copines...*», confie Maria au *Figaro*. Les deux sœurs ne se doutent de rien. Une semaine de vacances plus tard, elles sont emmenées, peu après le dîner, près d'un cabanon à l'orée de la localité. Maria est invitée à entrer avant sa sœur. «*À côté de ma grand-mère, deux inconnues m'attendaient. Sur leur demande, je me suis déshabillée et allongée sur le divan... Je croyais que j'allais recevoir un soin pour la peau. Puis j'en ai vu une saisir un petit couteau à la lame recourbée.*» Maria prend peur, réclame une explication, commence à s'agiter. Pour l'empêcher de se débattre, sa «*mémé*» lui saisit les tibias et l'une des inconnues lui écrase la poitrine et les bras. La troisième femme, elle, «*découpe sans prévenir*». «*Je n'arrêtais pas de hurler*», témoigne Maria. Plusieurs minutes de douleur plus tard, la jeune adolescente se relève et retrouve sa sœur qui patientait dehors. «*Je n'ai ni eu la force de la prévenir, ni eu la force*

*d'attendre que son tour passe. Depuis les faits, on n'en a jamais reparlé, même avec mes parents...»*

**« Ma mémé m'a saisi les jambes pendant qu'une exciseuse me découpait. Je n'arrêtais pas de hurler. »**

*Maria, excisée à l'âge de 10 ans lors des grandes vacances scolaires.*

L'histoire de Maria n'en est qu'une parmi les quelques centaines que recueillent chaque année les associations spécialisées du Groupe pour l'Abolition des Mutilations Sexuelles (Gams) ou Excision Parlons-En. Mais ces récits n'en finissent pas d'ulcérer les spécialistes, qui s'étonnent de la pérennité de ces pratiques, même en Afrique. *«L'excision est interdite dans quasiment tous les pays d'Afrique, du Soudan au Tchad en passant par la Côte d'Ivoire et le Sénégal, avance Ghada Hatem-Gantzer. Mais la loi n'est absolument pas respectée, car la police n'intervient pas, et encore moins dans les villages.»* L'excision se pratique effectivement peu dans les villes, mais plutôt sur le terrain d'ethnies francophones pour qui la pratique est une tradition *«plurimillénaire»*.

## **Maintenir l'honneur familial et éviter le châtiment divin**

Chez les Soninkés, une ethnie issue du Mali et du Sénégal qui représentait 70% de la population subsaharienne immigrée en France dans les années 1970, l'excision est souvent considérée comme une condition *sine qua non* pour accéder au mariage - souvent forcé -, comme le confirme Saly Diop, née et élevée dans cette communauté. *«Quand une femme se mariait et n'était pas excisée, elle subissait parfois l'opération la veille ou le jour même»,* raconte-t-elle. Chez l'ethnie malienne des Dogons, le clitoris est perçu comme un organe masculin qu'il faut couper. Pour les Nubiens, au Soudan et dans le sud de l'Égypte, le clitoris symbolise l'appétit sexuel de la femme: le retirer est un moyen de préserver la chasteté, comme l'affirmait la chercheuse du CNRS Alice Nicole Sindzingre dans Cahiers d'études africaines. Dans d'autres communautés, le clitoris mettrait en danger le pénis de l'enfant à naître, serait impropre ou menacerait la famille d'un châtiment divin, selon l'argumentaire des familles, qui invoquent en grande pompe leur religion, et notamment un islam radical. *«Pourtant, ni le Coran, ni la Torah, ni la Bible évoque la nécessité d'une mutilation»,* reprend Ghada Hatem-Gantzer.

L'excision est surtout pratiquée en Afrique de l'ouest et en Asie du sud-est, selon cette carte de l'association Excision Parlons-En. *Association Excision Parlons-En.*

Globalement, l'excision est un rite de passage visant à *«préserver l'honneur familial»*, et contrôler la liberté sexuelle des femmes afin de les *«soumettre»* et les *«rendre fidèle aux hommes»*, au même titre que les certificats de virginité, nous indique-t-on. Pour autant, la pratique n'est pas que l'affaire du sexe masculin: elle est même largement perpétuée par les femmes de la famille. *«L'emprise de la coutume est telle que les mères, grands-mères et grands-tantes ne souhaitent qu'une chose: que leurs filles soient aimées et intégrées au sein de la communauté»,* détaille le Dr Cohen-Solal. En refusant l'excision, elles peuvent être *«mises au ban»* dans les quartiers, soumises au chantage, harcelées et traitées de *«traînées»* par les grands-frères et les amis, nous explique-t-on. *«Nous sommes dans des communautés où l'individu ne vaut pratiquement rien par rapport au groupe»,* ce qui entraîne une pression sociale constante, abonde Saly Diop.

## **La crainte de voir sa fille enlevée**

Seule la volonté de certaines mères, opposées à reproduire le traumatisme qu'elles ont subi, peut sauver l'intégrité de leurs enfants. *«De nombreuses mamans de nouvelles générations vivent dans la peur de voir leur fille enlevée par la famille élargie, et être mutilée au pays»,* explique

l'élue de Meaux, qui évoque d'importants risques sanitaires après l'excision, allant des perturbations urinaires à l'obligation d'une césarienne lors de l'accouchement, en passant par l'hémorragie. Saly Diop, elle, a dû être hospitalisée en psychiatrie par deux fois lorsqu'elle a découvert sa mutilation à 17 ans. Et de préciser que, même après une chirurgie reconstructrice, le plaisir sexuel peut ne jamais réapparaître.

Alors, pour lutter contre les dogmes communautaires, les mères, et parfois les pères, vont jusqu'à menacer la famille d'actes de violence. Quitte à s'éloigner de ses membres et briser le lien familial. «*De notre côté, on est obligé de montrer les dents*, reprend Ghada Hatem-Gantzer. *Dans les centres de planification, on examine les petites filles avant et après les vacances, et on prévient que les parents seront condamnés si elle revient excisée.*» Une mesure qui peine à toucher l'ensemble des migrantes et de leurs filles françaises.

Jointes pour savoir si des moyens légaux étaient actuellement étudiés pour endiguer le fléau de l'excision en France, les principaux partis politiques à l'Assemblée nationale (La France insoumise, le Rassemblement national, Renaissance...) n'ont pas répondu aux sollicitations du *Figaro*. Toutefois, une proposition de loi, déposée en septembre 2021 et portée par divers députés Républicains comme Éric Ciotti ou Fabien di Filippo, prévoit la création d'un rapport annuel détaillé sur «*le nombre de victimes*» d'excision et sur «*le bilan de l'activité judiciaire*» en France. La proposition n'a pour l'heure pas abouti.

*\*Le prénom a été changé*

30 août (FAZ)

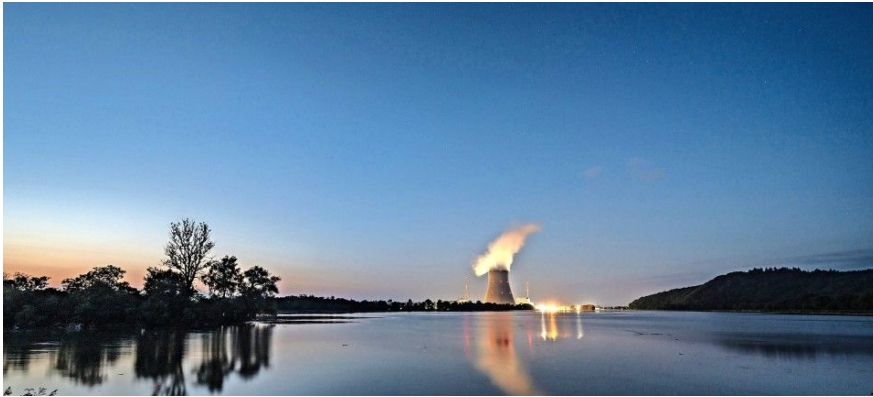
<https://www.faz.net/aktuell/karriere-hochschule/kerntechnik-es-fehlen-akademiker-im-bereich-atomkraft-18269675.html?premium>

NACHWUCHS FÜR DIE KERntechnik:

## Atomenergie? Klingt nach Zukunft

VON LAURA ROBAN

-AKTUALISIERT AM 29.08.2022-14:14



Bislang noch am Netz: Das Atomkraftwerk Isar 2. Aber in Deutschland haben die Debatten über den Ausstieg aus dem Atomausstieg seit Beginn der Energiekrise Fahrt aufgenommen. Bild: dpa

Frankreich investiert in die Kernenergie, Deutschland will ganz aus ihr aussteigen. So unterschiedlich die Ausgangslage auch ist, stimmt doch eines für beide Länder: Es fehlt der akademische Nachwuchs.

Das Gebäude hat wohl seine beste Zeit schon hinter sich: Ein Gedanke, der einem sofort durch den Kopf schießt, wenn man den verglasten Rundbau betritt, in den Spiegel des erdig-braun gefliesten Badezimmers schaut. Das 1956 gegründete Institut national des sciences et techniques nucléaires (INSTN), an dem Martin Tazreiter und seine Kommilitonen lernen, ist aber bis heute eine der renommiertesten Ausbildungsstätten für den Nachwuchs in der zivilen Nutzung der **Kernenergie**. Gelegen ist es rund 30 Kilometer von Paris entfernt, im entstehenden technologischen Forschungshub von Saclay. Die Baustellen, die grünen Wiesen vor den Gebäuden: Es ist Frankreichs wilder Westen. Wer denn möchte, spürt einen Pioniergeist.

Tazreiter ist 31 Jahre alt, hat schon einen Physik-Master in der Tasche und drei Jahre Berufserfahrung. Nun ist er wieder Student, im zweiten Jahr des Masters „Nuclear Energy“, der ganze zehn französische Ingenieurschulen und Universitäten vereint. Sein Weg hierher? Klingt für Bekannte in der Heimat mindestens ungewöhnlich. Tazreiter kommt aus Österreich – einem Land, in dem das einzige für eine kommerzielle Nutzung gebaute Kernkraftwerk auf den Druck der Öffentlichkeit und im Zuge einer Volksabstimmung hin nie ans Netz ging. „Natürlich bin ich auch aufgewachsen mit dem Standard, dem negativen Eindruck, den man halt von Atomkraft hat. Es ist in Österreich normal, dass man negativ über Atomkraft denkt“, sagt er. „Das erste Mal, dass ich das so ein bisschen hinterfragt habe, war, als ich mit einem Schweizer Kollegen im Physikstudium geredet habe.“

Er hatte in einem Atomkraftwerk gearbeitet und mit mir über positive Seiten der Kernenergie gesprochen, die mir so nicht bewusst waren: die Unfallquote und die niedrigen CO<sub>2</sub>-Emissionen im Vergleich zu anderen Kraftwerken etwa.“ Tazreiter wusste quasi nichts über Kernenergie – und kaufte sich sein erstes Buch zum Thema.

Heute gehört Tazreiter zu denen, auf die Frankreich zählt, nachdem Präsident **Emmanuel Macron** im Herbst 2021 die größten Investitionen des kommenden Jahrzehnts vorstellte – und damit das

Comeback der Kernenergie: „Das erste, das wichtigste Ziel, besteht darin, bis 2030 innovative kleine Kernreaktoren zu entwickeln und die Abfallentsorgung zu verbessern“. Im Februar folgte der genaue „Plan zur Wiederbelebung der Atomkraft“: Neben der Weiterentwicklung kleiner Reaktoren, der SMR, sollen unter anderem mehrere neue Druckwasserreaktoren der sogenannten dritten Generation gebaut und die Laufzeit der bestehenden Reaktoren verlängert werden. Als Macron 2017 zum Präsidenten gewählt wurde, wollte er den Anteil der Atomenergie am Strommix des Landes noch bis 2025 reduzieren.

## Zwei verschiedene Welten

Mit Beginn der Bauphase der Reaktoren sollen Zehntausende neue Arbeitsplätze entstehen – auf den Baustellen und für die Betriebsphase. Doch dieser aktive Betrieb, gerade das Steuern der Anlagen klingt für viele Studierende unattraktiv. „Isoliert mit zwei Kollegen zusammensitzen“, so beschreibt eine Studentin aus dem ersten Masterjahr am INSTN ihr Bild von der Arbeit in der Steuerzentrale. Mehrere ihrer Kommilitonen möchten im kommenden Studienjahr diese Vertiefung des Masters wählen. Es wird der erste Jahrgang nach zwei Jahren Pause sein, solange gab es schlicht nicht genug Studierende, die sich für „Operation“ – so heißt der Studiengang – als eine von fünf Vertiefungen interessierten. Die Dozentin und Ko-Verantwortliche des Masters Nuclear Energy, Anne-Lise Gloanec, schüttelt energisch den Kopf. Die Vertiefung Operation? „Es gibt damit so einiges zu tun, aber es wird schlecht darüber gesprochen“, sagt sie. Wie so ein Bild entsteht, wird schnell klar, wenn man sich selbst einmal durch das Internet klickt. Denn wie der Arbeitsplatz aussieht, kann man bei einem virtuellen Rundgang des Stromkonzerns **EDF** entdecken: Das Herz des Kraftwerks ist ein Raum, dessen Wände bis unter die Decke mit bunten Schaltern und Anzeigen überzogen sind. Wer hier sitzt, muss wach sein, alles im Blick haben. Aber auch damit klarkommen, ohne Tageslicht zu arbeiten. Wie aber ändert man ein schlechtes Image bei Studierenden? „Wir haben die Spezialisierungskurse überarbeitet, einige neu geschaffen. Außerdem haben wir die Namen der Spezialisierungen geändert“, sagt Gloanec. Aus „Operation“ wurde nun „Nuclear Plant Operation“, um zu zeigen, „dass man im ganzen Kraftwerk und nicht nur in der Steuerzentrale arbeiten kann“.



Anne-Lise Gloanec, Dozentin am INSTN :Bild: Laura Roban

Der Master wird stark von der Industrie gefördert – also müssen die Dozenten etwas unternehmen, um Studierende in die von den Konzernen gefragten Spezialisierungen zu führen. Ein wichtiger Partner ist der Stromkonzern EDF. Der Elektrizitätsriese beschäftigt mit Frédéric Lucas einen eigenen Beauftragten für die Beziehungen zu Hochschulen und die Attraktivität der Berufe in der Nuklearenergie. Der heutige Nachwuchsmangel in Frankreich geht unter anderem darauf zurück, dass Konzerne bei einer unsicheren Zukunft der Energieform lange Zeit nur wenig Leute eingestellt haben. Die jungen Franzosen sahen sich auch gar nicht erst in der Branche: „Es gab zehn Jahre lang Schwierigkeiten, eine große Zahl von Studierenden für die Ausbildung im Nuklearbereich zu gewinnen“, sagt Lucas. Denn in den vergangenen zehn Jahren prägte vor allem ein Begriff die Branche: Fukushima. Es war wieder sehr präsent, dass Atomkraft eine Hochrisikotechnologie ist – und vielleicht ein Auslaufmodell. Mittlerweile hat sich die Sichtweise relativiert. Nach den Ankündigungen zum Ausbau der Kernenergie im Land will EDF zusammen mit seiner Tochtergesellschaft Framatome

allein in diesem Jahr rund 3300 Mitarbeiter im Bereich Kerntechnik einstellen. EDF betont, attraktiv zu sein für junge Leute. Sie verdienen gut. Aber der Konzern macht noch ein größeres Versprechen: „Unsere Berufe im Nuklearbereich erfüllen eine öffentliche Aufgabe, um die Versorgung der Franzosen mit kohlenstofffreier Energie zu gewährleisten. Sie geben unseren Beschäftigten einen Sinn: die Umwelt und die energiepolitische Unabhängigkeit zu bewahren“.

EDF steht in der französischen Industrie für einen der wichtigsten Arbeitgeber. Doch Tazreiter interessiert sich nach seinem Abschluss eher für eine Promotion. Er möchte mitforschen. Das Buch, das er sich vor dem Studium kaufte, handelte von Kernfusion. Die faszinierte ihn. „Cool, wenn Leute das probieren“, sagt er heute. Ob sie angewendet werden kann, daran zweifelt er. Später begann Tazreiter, über Reaktoren der Generation IV zu lesen; eine neue Generation von Reaktoren, die sicherer, nachhaltiger, effizienter und günstiger sein soll. „Sie sind sehr vielversprechend“, sagt Tazreiter. Vielleicht eine Technologie der Zukunft? In Frankreich wird an ihnen geforscht, die Technologie weiterentwickelt. Tazreiter entschied sich für das Studium, das ihn erst nach Stockholm, später nach Paris brachte. Er kann sich gut vorstellen, in Frankreich zu bleiben.

Ein Schritt über die Grenze: In Deutschland existiert das stereotype Bild der „Franzosen mit ihrer Atomkraft“. Doch ausgerechnet im Jahr 2022, in dem die letzten drei Meiler vom Netz gehen sollen, ist die Entscheidung wieder höchst umstritten. Es scheint kein Tag zu vergehen, an dem nicht öffentlich darüber gestritten wird, was eine Laufzeitverlängerung in der Energiekrise bringen könnte. Und auch in Deutschland wird Nachwuchs gesucht. Statt darum, Tausende offene Stellen besetzen zu müssen wie in Frankreich, geht es aber darum, junge Menschen mit der fachlich richtigen **Ausbildung** zu finden.



Klaus Fischer-Appelt, Professor der RWTH Aachen :Bild: Laura Roban

Durch Klaus Fischer-Appelts Büro an der RWTH Aachen fährt eine kleine Modelleisenbahn, Spur H0. Hinter der Dampflok hängen mehrere Waggons, darunter auch zwei für den Castortransport. Radioaktive Abfälle, die händeringende Suche nach einem Endlager für sie: Experten für dieses Gebiet auszubilden ist Fischer-Appelts Aufgabe als Professor am Lehrstuhl für Endlagersicherheit. Sucht man online nach „Master Rohstoffingenieurwesen“, in dessen Rahmen Fischer-Appelt für das Wintersemester die neue englischsprachige Vertiefung „Repository Safety“ plant, stößt man auf ein Bild von vier jungen Menschen, deren Gesichter und Kleider schwarz verschmiert sind. Verglichen mit den Hochglanzvideos junger Menschen, die auf der Internetseite der Universität Paris-Saclay über den Master Nuclear Energy sprechen, kommt einem gleich ein Gedanke: In Deutschland wird also nur noch die – Pardon – Drecksarbeit erledigt. Zwei Welten, die auf den ersten Blick unterschiedlicher nicht sein könnten, obwohl auch der französische Master „Nuclear Energy“ eine Vertiefungsrichtung anbietet, die sich neben dem Rückbau der Abfallentsorgung widmet.

„Man kann noch mitforschen“

Unumstritten und unkommentiert bleibt das Comeback der Kernenergie aber auch in Frankreich nicht. Ob es den Ausbau erneuerbarer Energien dämpft, wie sauber die Energieform tatsächlich ist und was an den viel gepriesenen niedrigen CO<sub>2</sub>-Emissionen wirklich dran ist, wenn man nicht nur den laufenden Betrieb betrachtet: grundsätzliche Fragen, die neben den aktuellen Problemen in den Hitzewellen die Debatte bestimmen. Auch gegen den weiterhin untersuchten Endlagerstandort in Bure im Osten des Landes regt sich wieder und wieder Kritik.

Auch in Deutschland zieht sich die Suche nach einem Endlager für hoch radioaktive Abfälle in die Länge: Es geht darum, einen Ort zu finden, an dem etwa die verbrauchten Brennelemente aus den Kernkraftwerken für eine Million Jahre sicher eingeschlossen werden können. Diese Zeitspanne und die genauen Abläufe der Standortsuche für Deutschland schreibt das Standortauswahlgesetz vor. Bis 2031 will Deutschland einen Endlagerstandort für die hoch radioaktiven Abfälle gefunden haben.

Aber damit ist die Aufgabe bei Weitem noch nicht abgeschlossen – es folgen die Genehmigung, die Konstruktion des Bergwerks, die Einlagerung der Abfälle, der Verschluss. „Wer kann schon sagen, dass er eine Aufgabe hat, die mit Sicherheit ins nächste Jahrhundert reichen wird“, sagt Fischer-Appelt zu den Berufsperspektiven in der Endlagerung. Doch eine Rückmeldung bekommt er immer wieder, etwa von der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) als Vorhabenträgerin im Standortauswahlverfahren: „Sie haben in den letzten Jahren sehr viele junge Leute eingestellt – hervorragende Leute – die aber zunächst den Fokus nur auf ihrem Teilgebiet haben“. Den Nachwuchs auszubilden, der einen Überblick über das „Gesamtmosaik“ Endlagerung hat, sieht Fischer-Appelt als eine wesentliche Aufgabe der neuen Mastervertiefung: „Es ist mein Anspruch, die Studierenden während ihres Studiums in alle wichtigen Fachgebiete der Endlagerung einzuführen. Sie werden zwar nicht loslegen können, ohne sich einzuarbeiten, aber sie werden von Beginn an wissen, wie sich ihre Arbeit in das Gesamtvorhaben einfügt und wofür sie diese machen“.

Eine Studentin, die sich schon recht sicher ist, die neue Mastervertiefung studieren zu wollen, ist Lea Mengen. „Man kann noch mitforschen, es ist noch nichts endgültig entschieden“, sagt sie. Bis vor zwei Jahren hatte die Bachelorstudentin des Faches „Nachhaltige Rohstoff- und Energieversorgung“ an der RWTH Aachen noch kaum von Endlagerung gehört. „Bei den Wahlpflichtfächern war auch ‚Endlagerkonzepte‘ dabei und das klang ganz interessant, weil ich kaum etwas darüber wusste. Wenn man sich nicht aktiv darum bemüht, Informationen zu kriegen, bekommt man sie auch nicht. Dabei geht uns das alle an“, sagt sie. Nach dem Semester ging es schnell: Fischer-Appelt und ein Kollege, boten Lea Mengen und zwei Kommilitoninnen Stellen am Lehrstuhl an, seit knapp eineinhalb Jahren sind sie nun wissenschaftliche Hilfskräfte. Bis sie den Master beginnen möchte, hat Mengen noch ein Jahr, in dem sie ihr erstes Praktikum absolvieren wird. Auch die BGE findet sie interessant für ein Praktikum, vielleicht sogar für den späteren Berufseinstieg. „Wenn man spezifisch dafür ausgebildet ist, werden die wahrscheinlich nicht nein sagen“, sagt sie.

## Eine schrumpfende Industrie

Eine neue Mastervertiefung – in Deutschland ist sie in der Kernenergie eben nur noch in der Entsorgungsforschung vorstellbar, zu der neben der Endlagerforschung auch die Forschung für den Rückbau der Atomkraftwerke und die Zwischenlager gehören. Es ist eine schrumpfende Industrie. Viele Studiengänge mit einem Fokus auf Reaktorsicherheit laufen aus. Alle aber nicht. „Wir werden, solange unsere Nachbarn Kernenergie nutzen, oder solange sie überhaupt in der Welt genutzt wird, in Deutschland ein Expertenteam haben müssen, das Bescheid weiß, wenn irgendwo mal was passiert oder was los ist“, sagt Fischer-Appelt. Etwas sperriger beschreibt es auch das noch aktuelle „Konzept zur Kompetenz und Nachwuchsentwicklung für die nukleare Sicherheit“ der alten Bundesregierung, Stand 2020. Zu den Berufen, „die aktuell oder perspektivisch Engpässe aufweisen“, zähle etwa der des Kerntechnikers.

Was es für die Ausbildung in Deutschland bedeutet, wenn sich der Fokus von der Reaktorsicherheitsforschung weiter zur Entsorgungsforschung verschiebt, diskutiert Thomas Walter Tromm vom Karlsruher Institut für Technologie (KIT) mit Kollegen. Als Sprecher des Programms

Nukleare Entsorgung, Sicherheit und Strahlenforschung (NUSAFE) am KIT beobachtet er, wie Vorlesungen zu rein nuklearen Themen vor einem immer kleiner werdenden Publikum gehalten werden – bis das Interesse ganz verschwunden ist und sie nicht mehr angeboten werden. „Themen wie Thermo- und Fluidodynamik oder Materialforschung im Bereich nukleare Sicherheitsforschung sind aber allgemeiner Natur“, sagt Tromm. Wissen, das sich etwa auch auf solarthermische Kraftwerke anwenden lässt. „Dann haben wir schon wieder eine ganz andere Situation – das sind Themen, die einfach beliebter sind. Da sind später auch die Berufschancen gut“. Für Behörden wird künftig nur noch eine Handvoll Leute mit Kenntnissen über neue Reaktorsysteme wie den SMR gesucht werden. Das nötige Wissen könnten Berufseinsteiger sich nach einem allgemeinen Ingenieurstudium aber vielleicht auch im Ausland aneignen. Wie ein Kompetenzerhalt in Deutschland genau aussehen kann und soll, ist noch nicht geklärt.

Woher kommt der Kontrast zu Frankreich, was entzweit die beiden Länder so? Obwohl sich der Diskurs auch in Deutschland ändert, fällt ein gewisses beständiges Misstrauen gegenüber der Atomkraft auf. Die Deutsche Andrea Kozlowski ist Vize-Präsidentin des „European Nuclear Society – Young Generation Network“. Als europäischer Dachverband nationaler Netzwerke von jungen Fachleuten in der Kerntechnik gehört zu dessen Zielen, „dass junge Leute wieder in den Sektor kommen, man sie langfristig bindet, aber auch einen internationalen Austausch hat und aus den Erfahrungen anderer Länder lernen kann“, wie sie sagt. Aber gerade weil sie diese Rolle hat, fällt doch auch ihre Zurückhaltung auf. Im Bachelor mit Schwerpunkt Energietechnik habe sie Kernenergie unter dem Aspekt des Rückbaus und der Endlagerung für sich persönlich als sicheres Berufsfeld gesehen – und auch als die richtige Lösung für die bestehenden Energieprobleme. Im Master fing sie an, das zu hinterfragen. „Für mich persönlich gibt es nicht mehr diese eine Lösung“, sagt sie. „Häufig wird von den Universitäten gelehrt, dass Kerntechnik kurz vor der Revolution der Welt sei. Das stört mich, denn es ist nicht wahr“. Stattdessen will sie sich für mehr Dialog über Kernenergie und die gesamte zivile Nutzung der Kerntechnik einsetzen – und Atomkraft eben dort unterstützen, wo es keine guten Alternativen zu ihr gebe.



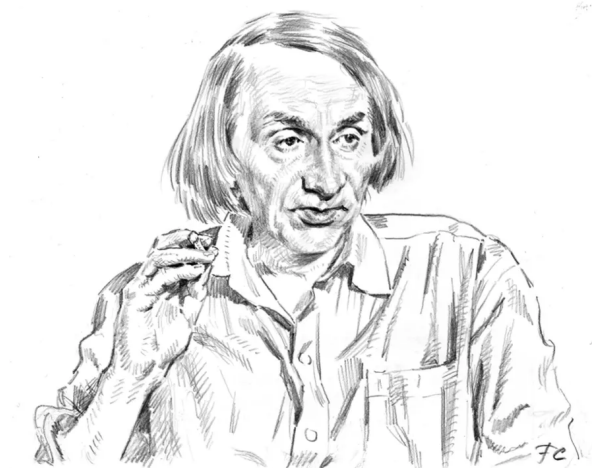
29 août (Le Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/vox/societe/michel-houellebecq-la-fiction-pour-l-homme-n-est-pas-seulement-un-plaisir-c-est-un-besoin-20220829>

## Michel Houellebecq: «La fiction, pour l'homme, n'est pas seulement un plaisir ; c'est un besoin»

Par Michel Houellebecq

Publié il y a 46 minutes, mis à jour il y a 2 minutes



«La littérature ne contribue nullement à l'augmentation des connaissances, pas davantage au progrès moral humain ; mais elle contribue de manière significative au bien-être humain, et cela d'une manière à laquelle ne peut prétendre aucun autre art», explique Michel Houellebecq.

**EXCLUSIF - L'écrivain expose ce que peut apporter le roman quand on souffre. Cette *lectio magistralis* a été prononcée par l'auteur le 15 juin dernier à l'université Kore d'Enna, en Sicile, dont il était fait docteur *honoris causa* ce jour-là. *Le Figaro* publie ce texte inédit en France.**

J'ai toujours été surpris qu'on honore les écrivains. Avec une constance regrettable, les meilleurs auteurs s'accordent à nous décrire un monde sans espoir, ravagé par le malheur, peuplé d'êtres humains le plus souvent médiocres, et parfois ouvertement méchants. Dans ce monde, le bonheur, la vertu et l'amour n'ont pas leur place, ils ne sont pas chez eux ; ils n'apparaissent que comme des îlots surprenants, presque miraculeux, au milieu d'un océan de souffrance, d'indifférence et de mal.

Pire encore, les auteurs eux-mêmes sont très souvent obsédés sexuels, parfois pédophiles, presque toujours alcooliques, et parfois utilisateurs d'autres drogues encore plus dangereuses ; je suis par exemple pour ma part, depuis plus de quarante ans, un fumeur lourdement dépendant. S'ils ont besoin de tout ça pour parvenir à supporter l'existence, c'est que la vision du monde qui est la leur — et qu'ils tentent, de leur mieux, de nous faire partager — est une vision de désolation et d'épouvante.

Dans ces conditions, est-il vraiment légitime de récompenser ces gens, et de les désigner à l'admiration des populations? Oui.

La littérature ne contribue nullement à l'augmentation des connaissances, pas davantage au progrès moral humain ; mais elle contribue de manière significative au bien-être humain, et cela d'une manière à laquelle ne peut prétendre aucun autre art.

Je vais être obligé de faire des remarques détachées, assez indépendantes, pour vous expliquer comment j'en suis parvenu à cette conviction.

Comme la plupart des gens, j'ai découvert le plaisir avant de découvrir la souffrance. Pour les enfants, le plaisir le plus courant est la gourmandise ; je n'étais pas un enfant très gourmand. Un peu plus tard, j'ai découvert la sexualité ; là, par contre, j'ai tout de suite beaucoup aimé. Et, ensuite, c'est à peu près tout ; aucune autre découverte majeure à signaler.

Ça n'a rien à voir avec mon sujet, mais quand même, c'est étonnant: depuis des millénaires, l'ingéniosité humaine s'emploie à créer de nouveaux objets, de nouveaux produits ; depuis plusieurs siècles, elle s'appuie sur l'industrie et sur le capitalisme, ce qui a beaucoup accéléré le processus. Jamais elle n'a réussi à produire quoi que ce soit qui s'approche même de très loin, qui arrive à la cheville de la sexualité qui vous est donnée par la simple existence de votre corps.

Pourtant la sexualité, et plus encore la gourmandise, ne touche que des zones restreintes du corps humain ; la souffrance par contre, que l'on découvre en général plus tard, et que l'on connaît de mieux en mieux à mesure que l'on avance en âge, peut s'attaquer à n'importe quelle partie du corps, la variété des souffrances endurées est très grande ; il n'y a malheureusement aucun doute: la souffrance est plus riche, plus variée que le plaisir.

Je ne crois pas à la peur de la mort. Je rappelle le raisonnement d'Épicure: quand nous sommes, la mort n'est pas, et quand la mort est, nous ne sommes plus ; nous ne rencontrerons jamais la mort, nous n'avons rien de commun avec elle. Ce raisonnement est simple, il est convaincant et exact. La seule peur que nous puissions avoir, c'est celle de la mort des autres, de ceux qui nous sont chers. Et la seule peur que nous ayons pour notre propre compte, c'est la peur de la souffrance.

Au moment où il lisait, le lecteur était tellement plongé dans son livre qu'il avait complètement oublié qu'il serait décapité dans quelques minutes

La Révolution française a été d'une férocité épouvantable ; à certaines périodes, on a littéralement guillotiné à la chaîne. Ma thèse est que, dans la file de ceux qui «attendaient à leur tour», comme dit Pascal, aucun n'avait peur de la mort, d'autant moins que presque tous, à l'époque, étaient catholiques, et persuadés qu'ils allaient rejoindre aussitôt leur Créateur. Par contre, tous avaient peur de ce moment terrifiant, ce moment inédit où la lame allait trancher leur cou, jusqu'à ce que leur tête se sépare de leur corps.

Eh bien, dans la file de ceux qui «attendaient à leur tour», un bon nombre lisaient ; et, parmi ceux qui lisaient, de nombreux témoignages l'attestent, certains, juste avant d'être saisis par les aides du bourreau pour être traînés à l'échafaud, ont placé le signet à la page exacte où ils en étaient restés — tous les livres, à l'époque, avaient des signets.

Qu'est-ce que ça veut dire, dans ces circonstances, de placer le signet? Ça ne peut vouloir dire qu'une seule chose, c'est qu'au moment où il lisait, le lecteur était tellement plongé dans son livre qu'il avait complètement oublié qu'il serait décapité dans quelques minutes.

Quoi d'autre qu'un bon roman pourrait produire cet effet? Rien.

Il y a peu de chances qu'une nouvelle Révolution française se produise dans un futur proche, malgré l'existence de Jean-Luc Mélenchon. Mais il y a une autre situation, assez angoissante elle aussi, qui s'est beaucoup développée depuis un siècle, et qui est appelée à se développer encore: celle des examens médicaux. Il y a un siècle, on n'avait que la radiographie, les rayons X ; maintenant on a le scanner, l'IRM, et d'autres choses encore, plus récentes. C'est très bien ; la médecine progresse. Mais les individus se trouvent confrontés, et de plus en plus fréquemment à mesure qu'ils avancent en âge, à des situations où ils attendent le résultat d'examens dont va dépendre leur vie pendant les prochains mois, voire les prochaines années, et dont va peut-être dépendre, aussi, le temps qui leur reste à vivre.

On est là, dans la salle d'attente, peut-être une heure, peut-être deux, c'est normal, les médecins ont besoin de temps pour interpréter les résultats.

Qu'est-ce qu'on peut faire, dans une telle situation? Exactement la même chose que faisaient les aristocrates condamnés à la guillotine: lire.

Oui, je continue à penser que la poésie est ce qu'il y a de plus beau ; mais j'en suis venu à penser que le roman est ce qu'il y a de plus nécessaire

La musique ne convient pas, la musique fait trop intervenir le corps, qu'on cherche justement à oublier. Les arts plastiques sont complètement hors sujet. Et le cinéma, même s'il s'agit d'un thriller passionnant, ne suffit pas tout à fait non plus.

Il faut un livre, donc ; mais c'est encore plus difficile que ça: tous les livres ne sont pas adaptés. Ni la philosophie, ni la poésie ne peuvent faire l'affaire. Une pièce de théâtre, oui, à la rigueur ; mais le mieux, c'est quand même d'avoir un bon roman sous la main. Il faut de toute façon impérativement une narration, et de préférence une fiction, la biographie n'atteint jamais à la puissance du roman.

Quand j'étais jeune, je pensais que la poésie était un genre littéraire supérieur à tous les autres ; je le pense encore d'ailleurs, dans une certaine mesure. Il est vrai que l'association du son et du sens, auquel s'ajoute parfois l'évocation de certaines images, donne des résultats incommensurables à toute autre production littéraire.

Alors oui, je continue à penser que la poésie est ce qu'il y a de plus beau ; mais j'en suis venu à penser que le roman est ce qu'il y a de plus nécessaire.

Dans mon dernier roman, *Anéantir*, le personnage principal se trouve à la fin dans une situation extrêmement angoissante. Il est atteint par un cancer, et pour avoir une chance de survivre, il doit se soumettre à des opérations mutilantes, tellement mutilantes que les chirurgiens hésitent à lui proposer.

Mais c'est dans une autre circonstance de son traitement, pas spécialement angoissante, juste physiquement pénible, qu'il redécouvre les bienfaits du roman. Il doit subir des perfusions pendant quatre à six heures ; et pour oublier la perfusion, pour éviter d'être constamment envahi par le désir de l'arracher, ce qu'il trouve de mieux à faire, c'est de lire Conan Doyle.

Je rappelle rapidement que Conan Doyle est un auteur anglais, qui a écrit à mon avis beaucoup de très bonnes choses, mais dont l'œuvre la plus célèbre est sans aucun doute le cycle de nouvelles mettant en scène Sherlock Holmes.

Il est en général inutile, lorsqu'on se demande pourquoi certaines pages sont de la bonne littérature, de demander une explication à l'auteur ; il n'en sait rien

Là, je voudrais attirer votre attention sur un point, parce que ce choix de Conan Doyle pourrait prêter à confusion. On pourrait croire que la qualité la plus importante d'un roman qui doit aider à s'évader d'une situation mentalement pénible — perfusion longue, attente d'un résultat d'examen — c'est d'être ce que les Anglo-Saxons appellent un «page-turner», c'est-à-dire un livre tellement captivant qu'on a beaucoup de mal à s'arracher à sa lecture.

C'est une qualité importante, très importante, c'est vrai ; mais je ne crois pas que ce soit la plus importante.

Je vous invite à une expérience simple. Allez à la plage, un bel après-midi d'été. Plongez-vous dans une nouvelle de Sherlock Holmes. En moins d'une page, si Conan Doyle en a décidé ainsi, vous vous trouverez plongé à Londres, par une nuit d'hiver froide et pluvieuse, alors que la brume envahit les rues, ou peut-être dans l'appartement de Baker Street, où le poêle à charbon ronronne doucement. Conan Doyle nous transporte où il veut, quand il veut, et dans l'intimité des personnages qu'il a choisis. Et il lui faut, réellement, moins d'une page.

On pourrait attendre d'une *lectio magistralis* que je vous indique comment il fait, quels sont les détails pertinents qui transportent le lecteur dans le monde que l'auteur a créé. Mais en réalité non. Tous les écrivains n'ont pas la même méthode, simplement déjà parce que leurs univers perceptifs sont différents.

On pourrait alors s'attendre à ce qu'un écrivain se livre à l'exercice sur une page de ses propres livres, ce serait ce qu'on appelle des travaux pratiques. Mais en réalité non. On ne peut pas, parce que la réflexion consciente ne joue aucun rôle, on sent au moment où on écrit ce qui est important, mais on l'oublie aussitôt, dès qu'on est passé à une autre page. Parfois on le retrouve, en se relisant, des années plus tard, on se dit: tiens, tel ou tel détail n'est pas mal ; mais c'est exactement comme si le livre avait été écrit par quelqu'un d'autre.

Il est donc en général inutile, lorsqu'on se demande pourquoi certaines pages sont de la bonne littérature, de demander une explication à l'auteur ; il n'en sait rien. Il vaut beaucoup mieux laisser à l'universitaire le soin de repérer les détails importants, les idiosyncrasies, les méthodes.

## Besoin d'autres vies

Je suis certes un auteur, mais je suis surtout, dans ma vie, un lecteur ; j'aurai passé beaucoup plus de temps à lire qu'à écrire. Et ma vie de lecteur, contrairement à ma vie d'auteur, m'a conduit à certaines conclusions définitives, qui seront celles de ce bref discours.

La raison d'être fondamentale de la littérature romanesque, c'est que l'homme a en général un cerveau beaucoup trop compliqué, beaucoup trop riche pour l'existence qu'il est appelé à mener. La fiction, pour lui, n'est pas seulement un plaisir ; c'est un besoin. Il a besoin d'autres vies, différentes de la sienne, simplement parce que la sienne ne lui suffit pas. Ces autres vies n'ont pas forcément besoin d'être intéressantes ; elles peuvent être parfaitement mornes. Elles peuvent comporter beaucoup d'événements, de grande ampleur ; elles peuvent n'en comporter aucun. Elles n'ont pas forcément besoin d'être exotiques ; elles peuvent se dérouler il y a cinq siècles, dans un continent différent ; elles peuvent se dérouler dans l'immeuble d'à côté. La seule chose importante, c'est qu'elles soient autres.

Ce besoin d'autres vies est peut-être politique, au sens large ; mais aucune solution politique valable ne semble, jusqu'à présent, avoir été proposée. Je crois plus probable qu'il soit, avant tout, intime, physique, émotionnel ; mais, là non plus, aucune solution pertinente ne semble s'être dégagée.

Je ne crois pas du tout qu'il passe par le virtuel ni les métavers ; tout ça, c'est du flan. La vérité est que la littérature reste la seule, jusqu'à présent, à faire le travail.

Bien entendu, ce besoin d'autres vies atteint son maximum d'intensité lorsque les circonstances de sa propre vie deviennent douloureuses et pénibles. C'est pourquoi, malgré tout ce que je disais au début, il est peut-être justifié d'honorer les romanciers.

27 août (NYT)

<https://www.nytimes.com/2022/08/26/opinion/russia-ukraine-oil-gas-prices.html>

## Wonking Out: Europe and the Economics of Blackmail

Aug. 26, 2022



Credit...Ina Fassbender/Agence France-Presse — Getty Images

By [Paul Krugman](#)

Opinion Columnist

Four decades ago I spent a year working in the U.S. government, on the staff of the Council of Economic Advisers. (For those wondering: Yes, this was the Reagan administration; no, I wasn't a Republican.) It was a technocratic job. I was the chief international economist; the chief domestic economist was a guy named Larry Summers. What ever happened to him?

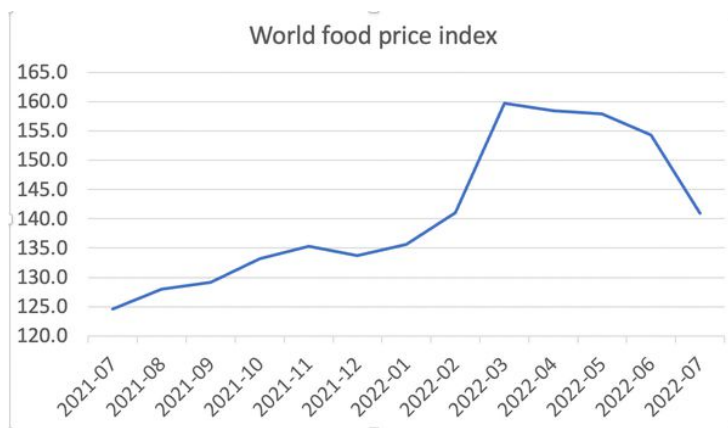
Anyway, I spent most of my time in the office, crunching numbers. I did, however, sit in on a few cabinet-level meetings, and I recall in particular one involving European plans to build a [pipeline](#) that would greatly increase gas imports from the Soviet Union. Some officials were searching for ways to deter the project, but nobody had any good ideas.

But those officials weren't wrong to worry that dependence on Soviet — later Russian — gas would create strategic vulnerability. Indeed, Europe's dependence on Russian gas has arguably become the biggest risk now facing the world economy.

Russia is a third-rate economic power, but it and Ukraine are, or were, major suppliers of some important commodities. When Vladimir Putin invaded his neighbor, [prices of wheat](#) — a lot of which is grown in the "Black Earth" belt that stretches across Ukraine, Russia and Kazakhstan — and oil, much of which is extracted in the Ural Mountains, soared.

More recently, however, much of the price shock from the war has receded. According to the U.N.'s Food and Agriculture Organization, world food prices have given up most of their wartime surge:  
Image

A fading food shock.Credit...Food and Agriculture Organization



What's happening in these cases is that both agricultural commodities and oil are essentially traded on world markets, which for better or worse allows a lot of flexibility. For example, Russia can sell its oil to India instead of Europe, and Europe can in turn buy Middle Eastern oil that would otherwise have gone to India. Add in a good U.S. [wheat harvest](#) and factors like weak oil demand from a [troubled China](#), and the overall commodity price shock is turning out to be smaller than many feared.

There is, however, one exception, and it's a doozy: European natural gas.

Unlike the markets for oil and wheat, the market for gas isn't fully global. The cheapest way to ship gas is normally via pipelines, which breaks the world into separate regional markets defined by where the pipelines run. The main alternative is to ship gas in liquefied form, which is how it gets to markets not served by pipelines, but this requires specially designed shipping and terminals, which can't be added rapidly in a crisis.

Which brings us to the current moment. Russian gas deliveries to Europe have plunged about [75 percent](#) from a year ago. The Russians claim to be experiencing technical difficulties, but nobody believes that; this is clearly a de facto embargo intended to pressure the West into cutting off support for Ukraine. And the result has been an incredible surge in European gas prices:

It's probably not a coincidence that the latest price surge began in mid-June. That's more or less when it became clear that Russia's second offensive in Ukraine — the one that followed its disastrous initial attempt to seize Kyiv — [wasn't going to achieve decisive results](#), and that the military balance was likely to shift in Ukraine's favor as Western weapons arrived. So Russia turned to economic warfare instead.

Europe is making up for the shortfall in part by importing liquefied natural gas, especially from the United States, which produces a lot of natural gas from shale. But the capacity for L.N.G. shipments is limited, which is why U.S. natural gas prices, while up, haven't surged nearly as much as European prices:

How is this all going to play out? Sophisticated, advanced economies have enormous capacity for adaptation, and Europe has been building up its gas stocks to get through the winter; the continent will find ways to manage even if it's receiving very little Russian gas. But a bout of high inflation is inevitable, and a European recession seems extremely likely.

That said, macroeconomic considerations are probably secondary to the question of how Europe will cope with the extreme hardship many families will face from soaring energy bills. Governments will have to find ways of alleviating that burden — a tricky problem when they also want to preserve incentives to conserve energy. The politics of gas prices are likely to be extremely turbulent over the next few months.

Will Putin's economic blackmail succeed in undermining Western opposition to his aggression? Probably not. Among other things, the countries that seem least resolute in the face of Russian

pressure — hello, Germany — have also been [doing the least](#) to support Ukraine, so it doesn't matter much if they lose their nerve.

But whatever happens now, we're getting an object lesson in the dangers of becoming economically dependent on authoritarian regimes. Economists have long been skeptical about national security arguments for limiting international trade, which have often been abused in the past. But Russia's actions have given those arguments much more force.

Paul Krugman has been an Opinion columnist since 2000 and is also a distinguished professor at the City University of New York Graduate Center. He won the 2008 Nobel Memorial Prize in Economic Sciences for his work on international trade and economic geography. [@PaulKrugman](#)

27 août (Le Point)

<https://www.lopinion.fr/politique/les-limites-politiques-du-wokisme-la-tribune-de-philippe-fabry>

Tribune libre

## «Les limites politiques du wokisme» – la tribune de Philippe Fabry

26 août 2022 à 15h31

Après une décennie de montée continue, et apparemment irrésistible, le phénomène du « wokisme », cet « éveil » aux discriminations et oppressions jusqu'aux plus saugrenues, semble atteindre sa limite. Avant un reflux ?



Sale temps pour le wokisme. Le 20 avril dernier, [Elon Musk](#) a twitté « le virus de l'esprit woke a rendu Netflix irregardable ». Le 28 avril, l'homme le plus riche du monde publiait un dessin dénonçant la course au gauchisme du mouvement woke, qui laisse sur place les progressistes traditionnels auxquels il s'identifie lui-même. Durant le même mois, le gouverneur de Floride décidait de supprimer certains avantages du parc d'attractions Disney World pour punir la compagnie de son positionnement critique contre la loi « Don't say gay » interdisant de parler d'identité de genre ou d'orientation sexuelle aux enfants de l'école primaire. Il y a quelques semaines, des informations internes fuyaient et soulignaient que le wokisme était sur-représenté chez les salariés Disney, influençant notamment le recrutement de l'entreprise.

Le 21 mai dernier, l'humoriste de gauche américain Bill Maher s'est fendu dans son émission d'un éditorial acéré contre la mode [des « enfants transgenre »](#) et les excès d'un mouvement LGBTQ considérant désormais que les hommes homosexuels ne sont plus assez « branchés » pour représenter la Gay Pride. Depuis des mois, les témoignages d'individus regrettant leur « transition » se multiplient, principalement chez des personnes où ce processus a été très précoce, et le livre documenté d'Abigail Shrier, *Irreversible Damage*, n'a cessé de gagner en audience.

Ainsi, après une décennie de montée continue, et apparemment irrésistible, [le phénomène du « wokisme »](#), cet « éveil » aux discriminations et oppressions jusqu'aux plus saugrenues, comme les discriminations de genre dans les pistes cyclables, mais dont une bonne partie



du discours concerne, et est relayée par, la communauté LGBTQI+, semble atteindre sa limite. Avant un reflux ?

**Fraction radicale.** Il faut dire que le wokisme relève largement de ce que Lénine qualifiait de « gauchisme », et qui s'applique bien au-delà de la Russie révolutionnaire, mais est consubstantiel d'une partie de la gauche. Il s'agit de la tendance d'une fraction radicale de la gauche à rechercher, en une inversion de la fin et des moyens, la rupture pour la rupture. Ainsi ne s'agit-il plus simplement de souhaiter un changement pour remédier à une injustice, lieu commun de la gauche, mais de traquer continuellement des injustices qui ne seraient pas encore identifiées, ce qui conduit à s'insurger pour des motifs qui ne concernent qu'une fraction toujours plus infime de la population, en se préoccupant des « offenses » faites à des sensibilités toujours plus minoritaires. L'acronyme-même LGBTQIA+, qui ne cesse de s'allonger en direction de minorités groupusculaires, l'illustre exactement.

Or, historiquement, le gauchisme n'a jamais fait la gauche, et n'a jamais prospéré que dans le laps de temps séparant une vraie « gauche » d'une autre. En effet, l'essence de la gauche est de travailler à la renégociation périodique du contrat social afin d'y intégrer la fraction minoritaire de la population qui, d'apparition récente, était absente lors de la précédente négociation dudit contrat. Cette fraction exclue peut être une classe sociale, mais aussi une catégorie démographique.

Ainsi la gauche était-elle bourgeoise à la fin de l'Ancien Régime, ouvrière aux XIX<sup>e</sup>-XX<sup>e</sup> siècle, et tend-elle aujourd'hui à devenir principalement immigrée. A chaque fois, il s'agit d'une nouvelle part de la population, créée par l'ordre social, politique et économique établi, mais qui n'a pas pris part à l'établissement de celui-ci et entend s'y inclure en négociant un nouveau compromis.

**Classe d'exclus.** Lorsqu'une classe d'exclus a réussi à renégocier le contrat social à son avantage et qu'un compromis a été trouvé, la gauche se trouve sans but en attendant que la nouvelle classe d'exclus soit identifiable – et elle ne l'est qu'une fois un certain seuil atteint, généralement 10-20 % du corps social. C'est dans cet interstice que le gauchisme donne sa pleine mesure, et que fleurissent les doctrines les plus fantaisistes, jusqu'à ce qu'elles s'effacent derrière l'idéologie au service de la classe d'exclus hégémonique.

Ainsi, dans la deuxième moitié du XIX<sup>e</sup> siècle, prospéra l'anarchisme dans toutes ses variantes libertaire, écologiste, nihiliste, jusqu'à ce que la classe ouvrière s'imposât comme centre de gravité avec le marxisme pour doctrine, qui écrasa toutes les autres tendances.

De la même manière [le wokisme](#) s'est-il déployé durant les vingt dernières années dans des sociétés occidentales qui, à la fin du XX<sup>e</sup> siècle, avaient achevé d'intégrer dans l'Etat-Providence leurs classes ouvrières. Dans ce vide politique, ses diverses branches, à travers « l'intersectionnalité », se sont déployées simultanément : LGBTQisme, antiracisme, indigénisme... Arrive le moment où il devient évident que la nouvelle classe à intégrer, dotée de la masse critique, est constituée des populations immigrées, « racisées », à côté desquelles les minorités sexuelles ne font pas le poids.

Le wokisme va logiquement être écrasé entre le marteau de cette nouvelle classe d'exclus, qui se moque bien du sort de ces minorités, et l'enclume du simple sens commun qui, après

avoir regardé avec bienveillance ce qui semblait une quête d'émancipation individuelle, commence à percevoir les conséquences néfastes de ses dérives, notamment sur des enfants.

*Philippe Fabry est historien du droit, des institutions et des idées politiques.*

27 août (Le Point)

[https://www.lepoint.fr/debats/artus-le-cercle-vicieux-des-politiques-redistributives-27-08-2022-2487501\\_2.php](https://www.lepoint.fr/debats/artus-le-cercle-vicieux-des-politiques-redistributives-27-08-2022-2487501_2.php)

## Artus – Le cercle vicieux des politiques redistributives

CHRONIQUE. La France doit sortir de cette fascination pour la redistribution, financée par une pression fiscale élevée. Des pistes existent.



Les inégalités de revenu avant redistribution très élevées sont donc corrigées par des politiques redistributives de grande envergure (impôts progressifs, transferts sociaux très importants). (Photo d'illustration)© JOEL SAGET / AFP

Par *Patrick Artus*

Publié le 27/08/2022 à 10h00

**L**a France est un exemple caractéristique du cercle vicieux qui peut apparaître quand seules les politiques redistributives sont utilisées pour réduire les inégalités de revenu. L'Hexagone connaît un niveau très élevé des inégalités de revenu avant redistribution (dites inégalités « primaires » de revenu). Cependant, peu savent que ces inégalités sont plus élevées en France qu'aux États-Unis, au Royaume-Uni ou dans les autres pays de la zone euro.

Les causes de ce niveau très élevé sont bien identifiées : en premier lieu, **une faiblesse du taux d'emploi**, et ensuite une polarisation du marché du travail entre emplois bien qualifiés et bien payés et emplois peu qualifiés et mal payés, les emplois intermédiaires, en particulier dans l'industrie, disparaissant. **La France a un taux d'emploi faible : 67 % des 15-64 ans ont un emploi contre 75 % en Allemagne, et plus de 80 % en Suède.**

### Pression fiscale élevée

Les Français n'aiment pas les inégalités. Les inégalités de revenu avant redistribution très élevées sont donc corrigées par des politiques redistributives de grande envergure (impôts progressifs, transferts sociaux très importants). **Il en résulte des inégalités de revenu stables et faibles après redistribution, nettement plus faibles que dans les autres pays de l'ODCE.** Et l'ampleur de la redistribution réalisée en France est encore plus forte si on y inclut la quasi-gratuité de nombreux services publics (éducation, santé...). **À ce stade, on pourrait penser que la situation est acceptable : certes, les inégalités de revenu avant redistribution en France sont fortes, mais elles sont corrigées par la redistribution.**

**Cependant**, cette correction déclenche un cercle vicieux des plus néfastes. Les politiques redistributives de grande taille sont **financées par une pression fiscale élevée**, notamment avec

des cotisations sociales et des impôts de production des entreprises bien plus lourdes que dans les autres pays (de 6 points de PIB par rapport aux autres pays de la zone euro). Or, **un poids élevé des cotisations sociales des entreprises et des impôts de production des entreprises conduit à un taux d'emploi faible, et en particulier à un niveau d'emploi dans l'industrie faible.**

**La corrélation (négative) entre le poids de ces impôts et le taux d'emploi est très élevée** quand on compare les pays de l'OCDE. Mener des politiques redistributives de grande envergure pour réduire les inégalités de revenu **aboutit donc à un taux d'emploi anormalement faible en France** ; et il y a bien **cercle vicieux** puisque ce taux d'emploi faible augmente les inégalités de revenu avant redistribution, on l'a vu plus haut, ce qui accroît encore le besoin de politiques redistributives, donc accroît encore les impôts néfastes à l'emploi...

## **Difficultés structurelles**

Un taux d'emploi faible a aussi des effets très négatifs sur la situation macroéconomique. Il implique un revenu faible (c'est **la faiblesse du taux d'emploi qui explique que le PIB par habitant est 15 % plus bas en France qu'en Allemagne**), des **recettes fiscales faibles**, donc des difficultés structurelles avec les finances publiques.

**Il faudrait donc pouvoir casser le cercle vicieux des inégalités de revenu et du taux d'emploi.** Au lieu de consacrer les politiques économiques à réduire les inégalités primaires de revenu par une redistribution de plus en plus forte, **il faudrait les consacrer à réduire les inégalités primaires de revenu. Il faut sortir de la fascination française pour la redistribution et se demander comment on peut réduire le besoin de redistribution.** Quand on analyse les inégalités de revenu avant redistribution (primaires), on voit qu'elles sont **fortement liées aux compétences de la population active et à la nature des emplois.**

Des compétences faibles aboutissent à un taux d'emploi faible et donc à des inégalités primaires de revenu faibles ; il en est de même de la destruction des emplois intermédiaires, en particulier dans l'industrie. **Pour casser le cercle vicieux des inégalités et de la redistribution, deux pistes sont liées : l'amélioration des compétences, très faibles on le sait en France, et la réindustrialisation.**

27 août (NZZ)

<https://www.nzz.ch/schweiz/feministische-aussenpolitik-comeback-der-geschlechterklischees-ld.1699846>

## Feministische Aussenpolitik: Comeback der Geschlechterklischees

Mehr Mitsprache und Macht für Frauen bis hin zu einer neuen weiblichen Weltordnung: Die feministische Aussenpolitik gibt zu reden. Ihre Widersprüche tun es auch.

Katharina Fontana

27.08.2022, 08.12 Uhr



An ihrer Delegiertenversammlung in Zug verlangten die Grünen einen Wandel in der schweizerischen Aussenpolitik.

Alexandra Wey / Keystone

Was Annalena Baerbock lieb ist, ist den Schweizer Grünen teuer. Die deutsche Aussenministerin bekennt sich zu einer feministischen Aussenpolitik. Geht es nach den hiesigen Grünen, soll sich nun auch die Schweiz zu einer feministischen Aussenpolitik bekennen. An der Delegiertenversammlung vor einer Woche hat die Partei einer entsprechenden Resolution zugestimmt. Was die Grünen mit der feministischen Aussenpolitik erreichen wollen, ist im Moment noch ziemlich wolzig. In «militarisierten Gesellschaften und in bewaffneten Konflikten nimmt die psychische und physische Gewalt insbesondere gegen Frauen zu», heisst es in der Resolution. Deshalb brauche es eine «Strategie für eine geschlechtergerechte Aussenpolitik» sowie Standards und Kontrollmechanismen «für eine verbindliche feministische Schweizer Aussenpolitik».

### Von pragmatisch bis radikal

Ob ein feministischer Ansatz in der Aussenpolitik der richtige ist, wenn man es mit Autokraten wie Wladimir Putin zu tun hat, darüber dürften die Meinungen auseinandergehen. Dennoch würde es zu kurz greifen, die feministische Aussenpolitik einfach als Modeströmung abzutun, die zwangsläufig an der Realität scheitern wird. Politisch ist das Thema jedenfalls nicht zu unterschätzen. Neben der deutschen Regierung bekennen sich inzwischen auch Länder wie Frankreich, Spanien, Kanada und Mexiko zur Feminist Foreign Policy (FFP).

Was feministische Aussenpolitik genau ist und was sie anstrebt, lässt sich nicht auf einen einfachen Nenner bringen. Es existieren mehrere Auffassungen und Interpretationen, die einen kommen eher pragmatisch-realistisch daher, die anderen sind theoretisch-radikal. «Erfinden» wurde die FFP von der früheren schwedischen Aussenministerin und Sozialdemokratin Margot Wallström. Sie setzte sich für drei Ziele ein: gleiche Rechte, gleiche Repräsentation und gleiche Ressourcen für Frauen. Der Fokus liegt auf einer weltweiten Stärkung von Frauen und Mädchen, bei der es nicht zuletzt auch um Verteilfragen, um Geldflüsse und Postenbesetzungen geht. Eines der erklärten

Ziele ist es, mehr Frauen in internationale Führungspositionen, sicherheitspolitische Gremien und in den diplomatischen Dienst zu senden.

Für viele, namentlich junge Anhängerinnen der feministischen Aussenpolitik ist dies indes nur ein erster Schritt. Sie zielen auf Grösseres und sehen die FFP als Mittel, um patriarchale Machtstrukturen und Regime zu zerschlagen. Es gelte, «destruktive Kräfte wie Heteronormativität, Kapitalismus, Rassismus, Imperialismus und Militarismus» zu enttarnen und «gerechte Alternativen» aufzuzeigen, so formuliert es die deutsche Aktivistin und Autorin Kristina Lunz. Auch die Aufgabe territorialer Grenzen zählt zu den Zielen. Die FFP soll also nicht weniger als eine neue Weltordnung bringen.

## Frauenanteil im EDA steigt

In der Schweiz ist die Debatte noch nicht richtig in die Gänge gekommen. Bis anhin sind es vornehmlich NGO-Aktivistinnen, die sich für die FFP starkmachen. So etwa Leandra Bias von Swisspeace, die im Interview mit der «Wochenzeitung» unter anderem eine Umverteilung von Ressourcen forderte – Geld für ein Friedens- statt für ein Verteidigungsdepartement beispielsweise. Im eidgenössischen Parlament sind es linke Frauen wie die Grüne Sibel Arslan oder die SP-Vertreterin Claudia Friedl, die verlangen, dass der Bund bei seiner Aussenpolitik die weiblichen Interessen besser berücksichtige, namentlich auch im Budget.

Der Bundesrat seinerseits betont, was er bereits alles an die Hand genommen habe. Die Förderung von Gleichstellung und Teilhabe der Frauen sei schon heute eine Priorität der internationalen Zusammenarbeit. So setze sich die Schweiz dafür ein, dass Frauen vermehrt an Konfliktprävention und Friedensgesprächen beteiligt würden, wie es eine Uno-Resolution vorsieht. Gemäss Studien sollen Friedensverhandlungen, an denen Frauen massgeblich beteiligt sind, schneller zum Ziel führen und dauerhafter sein.

Auch das Aussendepartement selber steht punkto Frauenvertretung nicht schlecht da. Der Frauenanteil nimmt stetig zu und betrug laut offiziellen Angaben im Jahr 2020 im mittleren und oberen Kader mehr als 40 Prozent. Führungspositionen wurden zu einem Drittel und Botschafterposten zu einem Viertel von Frauen besetzt.

## «Frauen lösen Krisen»

Ob der Ukraine-Krieg die feministische Aussenpolitik voranbringen oder ob er sie im Gegenteil als praxisuntaugliches Konstrukt entlarven wird, darüber ist Unterschiedliches zu hören. Klar ist jedenfalls, dass die Theorie mit erheblichen inneren Widersprüchen zu kämpfen hat. Die FFP geht davon aus, dass die Aussenpolitik bis heute zu sehr von Männern dominiert sei und sich zu stark an deren Bedürfnissen ausrichte. Deshalb müssten künftig die Interessen der Frauen und Mädchen in den Mittelpunkt der politischen Entscheidungen gestellt werden.

Ob es ein Fortschritt ist, wenn man die Welt fortan durch die Frauenbrille betrachtet, ist allerdings eine andere Frage. Es ist schwerlich vorstellbar, wie eine vernünftige und situationsgerechte Aussenpolitik aussehen soll, wenn man die Bedürfnisse von Männern und Buben ausklammert oder als zweitrangig ansieht. Wie der Ukraine-Krieg in aller Deutlichkeit zeigt, leiden in Konflikten nicht nur die Frauen, sondern auch die Männer.

Als weiterer Punkt kommt hinzu, dass die feministische Aussenpolitik ziemlich quer zum Anspruch steht, die vielkritisierten «antiquierten» Rollenbilder zu überwinden und Geschlechterklischees abzulegen. Die FFP-Theorie fusst geradezu darauf, dass man Frauen positive weibliche Qualitäten zuschreibt: friedensstiftend, mitfühlend, umsichtig, fürsorglich. «Männer schaffen Krisen, Frauen lösen sie», heisst es selbstbewusst. Gleichzeitig wehren sich die FFP-Anhängerinnen gegen den Vorwurf, ihre Theorie stütze sich auf geschlechtsbezogene Klischees. «Es geht nicht um Biologie, sondern um gelebte Erfahrungen, basierend auf Merkmalen, wovon das Geschlecht ein wesentliches ist», formuliert es etwa Leandra Bias.

## Nicht alle Frauen sind Friedenstauben

Nun kann man im Sinne der FFP-Theorie durchaus die Meinung vertreten, dass Frauen die friedlicheren Menschen seien und eine Welt unter ihrer Führung eine bessere wäre. Man kann die Sache aber auch anders beurteilen. Kritiker weisen genüsslich darauf hin, dass lange nicht alle mächtigen Frauen Friedenstauben waren, weder die kriegführende Katharina die Grosse noch Margaret Thatcher, die in Sachen Falklandinseln eine beachtliche kriegerische Entschlossenheit zeigte.

Auch dass Länder wie Schweden oder Finnland unter weiblicher Führung jetzt den Nato-Beitritt anstreben, ist nicht unbedingt ein Zeichen von Friedensförderung. Ja, selbst die feministische Aussenpolitikerin Baerbock gerät mitunter ins Zwielficht, so etwa, als sie die wirtschaftliche Vernichtung Russlands forderte. Das mag der richtige Weg sein, um Putin zu schaden, gleichzeitig würden damit aber auch Millionen von russischen Frauen in Armut und Elend gestürzt. Ob sich das mit einer feministischen Aussenpolitik verträgt?

27 août (NZZ)

<https://www.nzz.ch/gesellschaft/olympia-attentat-muenchen-1972-ein-dunkler-verdacht-verdichtet-sich-ld.1697193>

Heitere Spiele, die in einem Inferno enden, ein dunkler Verdacht, der sich verdichtet – und ein Totgeglaubter, der wieder auftaucht



Das Olympia-Attentat von 1972 in München wurde nie richtig aufgearbeitet. Jetzt brechen alte Wunden wieder auf, und es stellen sich brisante Fragen: War die Freipressung der überlebenden Attentäter tatsächlich arrangiert? Und wieso gibt es keine Haftbefehle gegen jene zwei Geiselnnehmer, die noch am Leben sind?

Marcel Gyr

27.08.2022, 05.30 Uhr

Noch selten ist eine deutsche Regierung mit derart harschen Worten brüskiert worden. «50 Jahre Erniedrigung, Lügen, Demütigung und Zurückweisung» seien genug, wird der Regierung [in einem kürzlich verschickten Brief](#) vorgehalten. Verfasst wurde er von den Angehörigen der Opfer des Olympia-Attentats von München. Die Adressaten sind die Bundesregierung und der Freistaat Bayern. Den verantwortlichen Behörden wird «Totalversagen» und «Arroganz» vorgeworfen im Zusammenhang mit der Geiselnahme vom 5. September 1972, die in einer Katastrophe endete. Die palästinensischen Attentäter töteten damals elf Mitglieder der israelischen Olympiadelegation sowie einen bayrischen Polizisten.

Im Hinblick auf den 50. Jahrestag sind neue Verhandlungen aufgenommen worden, um die Hinterbliebenen finanziell zu entschädigen. Das bis anhin letzte Angebot von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier an die noch 23 Angehörigen steht bei 10 Millionen Euro. In diesen Betrag wollen sich die Bundesregierung, der Freistaat Bayern und die Stadt München teilen. Davon sollen 4,6 Millionen Euro abgezogen werden, die bereits früher ausbezahlt worden sind.

Das Angebot wird von den Angehörigen schroff abgelehnt. Das sei nicht mehr als ein Trinkgeld und geradezu beleidigend. Sie ziehen internationale Standards heran, etwa den Bombenanschlag von 1988 gegen die US-amerikanische Fluggesellschaft Pan Am. Damals kamen im schottischen Lockerbie 270 Menschen ums Leben. Der libysche Machthaber Ghadhafi zahlte später für jeden Toten eine Entschädigung von fast 10 Millionen Dollar.



Inzwischen haben die israelischen Hinterbliebenen mitgeteilt, die geplante Gedenkfeier vom kommenden 5. September in München zu boykottieren. Doch woher rührt die harsche Zurückweisung? Was löst bei ihnen einen solchen Zorn aus?

Eine Antwort darauf mag das Schicksal von Ankie Spitzer geben und das, was sie am Tag des Attentats erlebt hat – an jenem Tag, als sie ihren Mann Andrei verlor. Seither tritt Ankie Spitzer häufig als Sprecherin der Hinterbliebenen auf. Sie lebt in Israel, wo sie unter ihrem Mädchennamen als Nahostkorrespondentin für das niederländische und das belgische Fernsehen arbeitet. Eben erst hat das niederländische Fernsehen ihren Vertrag verlängert, wie die 76-Jährige stolz anmerkt.



Ankie Spitzer (hier in ihrer Wohnung in Ramat Hasharon) kämpft für die Aufklärung des Attentats von 1972.

Maya Alleruzzo / AP

An dem Tag, als sie das Zimmer ihres kurz zuvor getöteten Mannes sah, habe sie Vergeltung geschworen, erzählt Ankie Spitzer am Telefon. Gleich nach der öffentlichen Trauerfeier im Münchner Olympiastadion sei sie in die israelische Unterkunft an der Connollystrasse 31 gegangen. Dort habe sie die persönlichen Sachen von Andrei Spitzer holen wollen. Auf der Treppe sieht sie eingetrocknetes Blut. Als sie der Spur des Blutes folgen will, rufen ihr die Ordnungshüter eindringlich zu, nicht in den oberen Stock zu gehen.

Ankie Spitzer lässt sich nicht von ihrem Vorhaben abbringen. Das Zimmer ihres getöteten Mannes findet sie blutverschmiert vor, an den Wänden kleben Reste eines durchschossenen Körpers, und der Boden ist mit Fäkalien bedeckt. In diesem Moment des Grauens schwört sie Vergeltung. Sie wolle nicht ruhen, bis die Schuldigen ihren Preis bezahlt hätten.



Ankie Spitzer im Zimmer ihres getöteten Mannes Andrei.

Str/AP

Dieser Tag ist bis heute nicht gekommen. Ganz im Gegenteil. Zuletzt haben sich die Indizien verdichtet, wonach die Freipressung der überlebenden Attentäter wohl arrangiert war. Und zum anderen weiss Ankie Spitzer erst seit kurzem, dass der Mörder ihres Mannes noch am Leben ist – ohne dass er strafrechtlich belangt wird.

## Der Traum von Olympia

Im Sommer 1972 kommt Anouk zur Welt, das erste Kind von Andrei und Ankie Spitzer. Den Traum von Olympia will sich das junge Ehepaar trotz der Geburt seiner Tochter nicht nehmen lassen. Keine zwei Monate später reisen beide nach München. Andrei ist erst 27 Jahre alt, aber er trainiert bereits die israelischen Fechter. Kennengelernt hat der gebürtige Rumäne seine spätere Ehefrau anlässlich eines Fechtkurses in den Niederlanden – Ankie war seine Schülerin.

«Andrei war die Liebe meines Lebens», sagt sie auch heute noch. Einzig dank dieser Liebe habe sie die Kraft, 50 Jahre später noch immer für Gerechtigkeit zu kämpfen.



Andrei Spitzer im Juni 1972 als frischgebackener Vater von Tochter Anouk.

Jüdisches Museum München

Ankie stammt aus einem protestantischen Elternhaus. Bevor sie 1971 in den Niederlanden ihren israelischen Freund heiratet, konvertiert sie zum Judentum. Anschliessend ziehen sie vorübergehend in den unwirtlichen Norden Israels.

Für die Olympischen Spiele kehrt Ankie nach Europa zurück. Auf der Anreise nach München macht sie einen Abstecher zu ihren Eltern. Für die Dauer der Spiele vertraut sie ihnen die zwei Monate alte Tochter Anouk an.

Per Autostopp reist Ankie ihrem Mann nach München nach, wo am 26. August 1972 die «heiteren Spiele» eröffnet werden. Sie sollen die Erinnerung an Berlin 1936 tilgen, als Hitler Olympia für seine faschistische Propaganda vereinnahmt hatte. 36 Jahre und einen Weltkrieg später will man der ganzen Welt zeigen, zu welchem aufgeschlossenem und friedliebendem Land sich Deutschland gewandelt hat. Die Polizisten werden in hellblaue Uniformen gekleidet, um einen freundlichen Eindruck zu erwecken. Ausgerüstet sind die Ordnungshüter mit Taschenlampe, Signalpfeife und Notizblock. Eine Waffe tragen die wenigsten.



Die israelische Delegation bei der Eröffnungsfeier am 26. August 1972 im Münchner Olympiastadion.

Imago

## Das Olympische Dorf

Im Olympischen Dorf sind die Unterkünfte nach Geschlechtern getrennt. Im Männer-Haus ist Frauen der Zutritt nach 23 Uhr untersagt, wie sich Ankie erinnert. Das junge Ehepaar mietet deshalb ein Zimmer in einer kleinen Pension. Die zwei geniessen die pulsierende Atmosphäre, von der München erfasst wird. Obwohl sie über keine Zutrittsberechtigung verfügt, geht Ankie tagsüber im Olympischen Dorf ein und aus. Wachen gibt es kaum, und sie hat herausgefunden, dass man beim offiziellen Ausgang gänzlich unkontrolliert in der Gegenrichtung hineinschlüpfen kann. «Das hätten auch Terroristen machen können», sagt sie.

Die lasche Kontrolle erstaunt, nicht zuletzt, weil es im Vorfeld der Olympischen Spiele von Geheimdienstkreisen verschiedene Warnungen vor einem Anschlag gegeben hat. Sie werden allesamt in den Wind geschlagen – um keinen Preis will man das Bild der heiteren, sorglosen Spiele mit übermässigen Sicherheitsmassnahmen trüben.

Rückblickend erscheint das reichlich naiv. Nur wenige Monate zuvor, während der sogenannten Mai-Offensive, hatte die linksextreme Rote- Armee-Fraktion (RAF) eine blutige Spur quer durch Deutschland gezogen. Auch palästinensische Kommandogruppen waren seit geraumer Zeit im Land aktiv. Auf einer Post in München etwa wurde jene Paketbombe aufgegeben, die im Februar 1970 in Würenlingen zum Absturz eines Swissair-Flugzeuges führte.

Die Organisatoren rechneten höchstens mit Anschlägen auf führende Politiker oder Funktionäre – diese konnte man mit gezielten Massnahmen schützen. Dass hingegen Sportler angegriffen werden könnten, das hatte man nicht auf dem Radar. Doch genau auf diese Schwachstelle zielten die Akteure einer palästinensischen Gruppierung namens Schwarzer September.

## Der Schwarze September

Die Organisation hatte sich erst wenige Monate vor dem Olympia-Attentat gebildet. Sie funktionierte als eine Art militärischer Arm der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO). Die Bezeichnung «Schwarzer September» – oder «Black September Organisation» – sollte an die blutige Unterdrückung der Palästinenser durch Jordaniens König Hussein im September 1970 erinnern. Die ersten Anschläge galten denn auch jordanischen Zielen.

Im Sommer 1972 machte Fuad Shamali, einer der Führer des Schwarzen September, allerdings bemerkenswerte Aussagen. Im Vorfeld der Olympischen Spiele sagte er im Interview mit einer ägyptischen Zeitung, man müsse die Schwachstellen des Gegners treffen. Ein Büro der israelischen Fluggesellschaft El Al anzugreifen, sei nicht zweckdienlich, und es sei auch schwierig, Staatsmänner zu töten.

Er schlussfolgerte: «Wir müssen die Prominentesten treffen – Künstler und Sportler.»

Fuad Shamali hatte zuletzt vorwiegend in der Schweiz gelebt. Er war früh an Leukämie erkrankt und liess sich am Kantonsspital in Lausanne behandeln. Seine Frau arbeitete in Genf als Dolmetscherin. Anfang August 1972, kurz vor der Eröffnung der Olympischen Spiele, erlag Shamali seiner Krankheit, im Alter von erst 36 Jahren. In der Schweiz berichtete als Erste die «Tribune de Lausanne» über seinen Tod, unter dem Titel «Hinschied des Leaders der Organisation «Schwarzer September»».

## Der olympische Spirit

Lange sind die Olympischen Spiele so friedlich und heiter, wie man sich das erhofft hat. Am 4. September 1972, dem zehnten Wettkampftag, erreichen sie ihren emotionalen Höhepunkt.

Im ausverkauften Olympiastadion überspringt die erst 16-jährige deutsche Gymnastiastin Ulrike Meyfarth im zweiten Versuch 1,90 Meter. Bis heute ist sie die jüngste Leichtathletik-Olympiasiegerin. Im nahe gelegenen Schwimmstadion gewinnt der US-Amerikaner Mark Spitz mit der 4×100-Meter-Staffel sein siebtes Olympiagold – das hat vor ihm noch niemand geschafft.



Die 16-jährige Hochspringerin Ulrike Meyfarth wird zur jüngsten Leichtathletik-Olympiasiegerin der Geschichte.

Imago



Gleich sieben Goldmedaillen gewann der US-amerikanische Schwimmer Mark Spitz in München.

Imago

Die israelischen Fechter haben zu diesem Zeitpunkt ihre Wettkämpfe abgeschlossen – nicht besonders erfolgreich, erinnert sich Ankie Spitzer. Ihr Mann wäre gerne noch ein paar Tage in München geblieben, erfährt dann aber, dass seine Tochter wegen starken Hustens ins Spital gebracht werden musste. Zusammen mit Ankie reist er unverzüglich zu den Schwiegereltern in die Niederlande. Bald stellt sich aber heraus, dass die Tochter nicht ernsthaft erkrankt ist.

Andrei beschliesst, nach München zurückzukehren und bis zur Abschlussfeier den olympischen Spirit zu geniessen.

Am Morgen des 4. September 1972 fährt Ankie Spitzer ihren Mann zum Bahnhof in 's-Hertogenbosch. Während der Fahrt bittet er sie spontan, einen kurzen Abstecher ins Kinderspital zu machen. Er möchte sich von seiner Tochter verabschieden. Ankie, die bei ihren Eltern bleiben

wird, mahnt ihn zur Eile. Andrei beschwichtigt, er wolle Anouk nur kurz einen Abschiedskuss geben.

Doch prompt verpasst er anschliessend den Zug Richtung München, der pünktlich um 10 Uhr ohne ihn losgefahren ist.

Die nächste Verbindung ist erst wieder am Abend, was bedeuten würde, dass Andrei die Nacht im Zug verbringen müsste und erst im Laufe des 5. September in München ankommen würde. Doch seine Frau hat eine andere Idee. Sie drückt aufs Gaspedal und rast mit dem Auto gut 35 Kilometer zur nächsten Station in Eindhoven.

Diesmal erwischt Andrei den Zug im letzten Moment, zum Lösen eines Tickets hat es nicht mehr gereicht.

Gegen Mitternacht trifft er im Olympischen Dorf ein. Zum ersten Mal will er hier übernachten, nachdem er bisher immer in der Pension geschlafen hat, zusammen mit seiner Frau. In der israelischen Unterkunft ist noch niemand da – die ganze Delegation hat am Abend ein Musical in der Innenstadt besucht. Anschliessend ist man noch etwas zusammengesessen, die Sportler, Trainer und Funktionäre werden erst im Laufe der Nacht eintrudeln.

Bevor sich Andrei in der leeren Unterkunft schlafen legt, ruft er seine Frau an. Er hat nur wenig Kleingeld für das Telefon bei sich, schon bald fällt die letzte Münze. Er kann Ankie gerade noch sagen: «Ich liebe dich.»

## Der nächtliche Überfall

Andrei Spitzers einzige Nacht im Olympischen Dorf sollte eine kurze sein.

Noch während sich die letzten israelischen Sportler in der Innenstadt vergnügen, treffen sich in einem Restaurant in der Nähe des Münchner Hauptbahnhofs neun Palästinenser. Kommandiert wird die Gruppe von Abu Daoud, einem ehemaligen Lehrer aus Ost-Jerusalem, der sich dem Geheimdienst von PLO-Chef Yasir Arafat angeschlossen hat. Abu Daoud übergibt seinen acht Komplizen Trainingsanzüge und Sporttaschen, in denen Kalaschnikows und Handgranaten versteckt sind. Ebenfalls werden den Terroristen, abgestuft je nach ihrer hierarchischen Stellung, zwischen 600 und 1200 D-Mark ausbezahlt.

Den Entschluss, an den Olympischen Spielen einen Anschlag zu verüben, hat der Geheimdienst der PLO unter Leitung von Abu Iyad erst Ende Juni 1972 gefasst. Als Grund wird später die Absage des Internationalen Olympischen Komitees genannt, was die Zulassung einer palästinensischen Delegation in München angeht. Mit dem Einverständnis Arafats rekrutiert Abu Daoud die Leute und besorgt die Waffen. Bei der logistischen Vorbereitung wird er vom deutschen Rechtsextremisten Willi Pohl unterstützt. Dieser sorgt für Autos und gefälschte Pässe, zudem chauffiert er Abu Daoud quer durch Deutschland.

Gegen 4 Uhr am Morgen dieses 5. September lassen sich die neun Terroristen mit drei Taxis in die Nähe des Olympischen Dorfes fahren. Acht von ihnen klettern über den Zaun. Im Unwissen, um wen es sich handelt, tun es ihnen einige vom kanadischen Schwimmteam gleich, die von einer nächtlichen Zechtour zurückkehren. Für Abu Daoud, den neunten Terroristen, ist die Mission erfüllt, er zieht sich zurück.

Inzwischen, es ist kurz vor 5 Uhr, sind alle Mitglieder der israelischen Delegation in ihren Betten und schlafen tief. Die Türen sind unverschlossen, die acht palästinensischen Attentäter dringen in die dreistöckige Unterkunft ein.

Zwei Israeli werden von den Geräuschen geweckt und stellen sich den Eindringlingen entgegen. Auf beide wird aus nächster Nähe geschossen. Ein Punktrichter wird mit einer Salve aus einer Kalaschnikow sofort getötet. Der Gewichtheber Yossef Romano hat tags zuvor beim Wettkampf einen Bänderriss erlitten – er kann sich nur mit Krücken fortbewegen. Als er einem Attentäter mit dem Mut der Verzweiflung die Waffe entreissen will, wird auch auf ihn geschossen. Schwer verletzt bleibt Romano liegen.

In diesem Tumult gelingt einigen wenigen israelischen Sportlern die Flucht. Aber neun, unter ihnen Andrei Spitzer, werden gefesselt und in ein Zimmer gesperrt – es ist jenes von Andrei. Die Geiseln werden auf zwei Betten verteilt, in ihrer Mitte liegt der schwerverletzte Yossef Romano. Er verblutet vor den Augen seiner Kameraden, danach lassen die Attentäter die Leiche im Zimmer liegen – sie soll zur Abschreckung dienen.

## Die gescheiterte Befreiung

Derweil spielen sich ausserhalb des «Gefangenzimmers» surreale Szenen ab. Einige Sportler aus Uruguay, die im selben Gebäude wohnen wie die Israeli, werden auf dem Weg zum Frühstück von den Geiselnemern anstandslos durchgelassen. Noch gibt es kein Internet und keine Handys. Wer nicht frühmorgens den Fernseher einschaltet oder die Nachrichten am Radio hört, der weiss nicht, welches Drama sich mitten im Olympischen Dorf abspielt.

Auch die Wettkämpfe werden zunächst fortgesetzt. Die Bitte von israelischen Offiziellen, die Spiele zu unterbrechen, werden abgelehnt. Ihnen wird beschieden, die deutschen Fernsehsender hätten kein Ersatzprogramm.

So gewinnt im Laufe des Vormittags der bereits 60-jährige Deutsche Josef Neckermann im Dressurreiten die Bronzemedaille, trotz einer Rückenverletzung. Neckermann ist ein erfolgreicher Unternehmer, der als junger Geschäftsmann eng mit dem Nazi-Regime zusammengearbeitet hatte. Später ist vor allem das Reiseunternehmen bekannt geworden, das seinen Namen trägt.

Die Produzenten und Moderatoren im ZDF-Fernsehstudio wirken hilflos. Sie berichten von den Toten im Olympischen Dorf, schalten dann aber zu einem Volleyball-Match. Erst im Laufe des Vormittags verschieben sich die Kameras mehr und mehr auf das Gelände rund ums Olympische Dorf. Jetzt wird die Geiselnahme live in die ganze Welt übertragen.

Auf den Bildern sind auffallend schlecht ausgerüstete Polizisten zu sehen. Ihre Uniform haben sie durch Trainingsanzüge von Puma ersetzt, die ihnen der deutsche Delegationsleiter zur Verfügung gestellt hat. Weil die Polizei über keine Helme verfügt, greifen einige Ordnungshüter auf solche der lokalen Feuerwehr zurück.



Polizisten im Trainingsanzug versuchen, sich an die Geiselnnehmer heranzuschleichen.

Imago



Ein maskierter Attentäter auf dem Balkon der israelischen Unterkunft im Olympischen Dorf.

Imago

Vollends surreal wird es, als bewaffnete Polizisten versuchen, sich über das Dach an die Geiselnnehmer heranzuschleichen. Auch das wird gefilmt und am Fernsehen ausgestrahlt. Weil man vergessen hat, in der israelischen Unterkunft die Strom- und TV-Kabel abzuschalten, können die Attentäter den Angriffsversuch live mitverfolgen.

Die ertappten Polizisten ziehen sich wieder zurück, der geplante Zugriff wird abgesagt.

## Die Verhandlung vor der TV-Kamera



Dass sich Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher schon bald persönlich an den Verhandlungen beteiligt, gilt ebenfalls als höchst ungeschickt. So wird jegliches Taktieren und Zeitschinden verunmöglicht.

Unter Ansetzung eines Ultimatums haben die Geiselnnehmer die Freilassung von über 200 palästinensischen Gefangenen aus israelischen Gefängnissen gefordert. Israel lehnt die Forderung umgehend ab. Ebenfalls freikommen sollen Andreas Baader und Ulrike Meinhof, die zwei Spitzen der RAF, die seit Juni 1972 in Haft sind.

Im Laufe der Verhandlungen verlangt Genscher, mit den Geiseln zu sprechen. Zwei Gefangene werden ans Fenster geholt, unter ihnen Andrei Spitzer. Durch das Fenster hindurch kann er mit Genscher sprechen. Auf dessen Frage, wie viele Geiseln noch leben, wird Spitzer von seinem Bewacher zuerst mit dem Gewehrkolben geschlagen und antwortet dann: «Alle Geiseln, die die Nacht überlebt haben, sind noch am Leben.»



Innenminister Hans-Dietrich Genscher (Mitte) verhandelt direkt mit «Issa», dem Wortführer der Palästinenser. Ullstein Bild

Das Gespräch zwischen Genscher und dem gefesselten Andrei Spitzer wird, ohne dass man den Inhalt mitbekommt, von den Fernsehkameras in unscharfen, verwackelten Bildern eingefangen. Es ist das letzte Mal, dass Ankie Spitzer, die bei ihren Eltern in den Niederlanden vor dem TV-Apparat sitzt, ihren Mann lebend sieht. «Als ihn ein Geiselnnehmer vom Fenster wegdrängte und die Vorhänge hinter ihm zuzog, war das schrecklich», blickt sie auf jenen Moment zurück, den sie nie vergessen wird.

## Eine Polizistin trifft den Ton

Dass sich die Geiselnnehmer wiederholt bereit erklären, das Ultimatum zu verlängern, gilt als Verdienst einer unscheinbaren Polizistin namens Anneliese Graes.

Die 41-jährige Kriminalhauptmeisterin aus Essen ist für die Dauer der Olympischen Spiele nach München abgestellt worden. Gleich nach Beginn der Geiselnahme meldet sie sich freiwillig, um mit dem Anführer der Kidnapper Kontakt aufzunehmen – und findet offenbar den richtigen Ton.

Erstaunlich ist schon einmal, dass «Issa», wie sich der Anführer selber nennt, fast akzentfrei Deutsch spricht. Im Laufe der verschiedenen Gespräche vertraut er der Polizistin an, einige Jahre in Westberlin studiert zu haben. Auf den Bildern ist er stets mit einem hellen Safari-Hut zu sehen. Lange war seine wahre Identität nicht bekannt. Israelische Medien identifizierten ihn später als Muhammad Masalha. Er soll aus einem arabischen Dorf im Norden Israels stammen.

Wie später aus den Polizeiprotokollen hervorgeht, nimmt Anneliese Graes im Dialog mit «Issa» kein Blatt vor den Mund. «Was soll der Unsinn?», fragt sie ihn einmal. Am Eingang der israelischen Unterkunft stehen sich die beiden von Angesicht zu Angesicht gegenüber. Er solle nicht immer vor ihr mit den Waffen herumlaufen, mahnt sie ihn ein andermal. Das scheint ihn zu beeindrucken.

Auf einem Bild ist er jedenfalls ohne Waffe zu sehen. Und als sie eine Zigarette hervorholt, reicht er ihr Feuer.



Die Kriminalhauptmeisterin Anneliese Graes lässt sich von «Issa» nicht beeindrucken und verhandelt mit ihm auf Augenhöhe.

PD

Aber «Issa» lässt keinen Zweifel offen, dass es ihm ernst ist. Gegenüber Genscher stellt er klar: «Ich bin Soldat, ich handle einzig auf Befehl. Ich muss meine Befehle ausführen, und ich werde es tun.» Der Polizistin schildert er in einer Verhandlungspause, wie er vorgehen werde, falls das Ultimatum unerfüllt abläuft: Zuerst werde er zwei Geiseln vor die Haustüre führen und erschiessen, eine Stunde später die übrigen.

## Die Stasi-Spitzel von nebenan

Beobachtet werden die Gespräche auch von der ostdeutschen Olympiadelegation. Die Unterkunft der DDR liegt unmittelbar neben jener der Israeli. Sie ist sogar leicht erhöht, so dass man einen ausgezeichneten Blick auf das Geschehen hat.

Für die bayrische Polizei wäre die Unterkunft der DDR der ideale Ort, um sich einen Überblick zu verschaffen. Doch dem «Feind» aus dem Westen wird der Zutritt verwehrt. Umso fleissiger

erstatten die Sportreporter, die sich in der Unterkunft aufhalten, Bericht an die Stasi-Zentrale in Ostberlin. Die Polizistin, die mit dem Anführer der «Freischärler» verhandle, trage eine weisse Lackleder-Schultertasche, wird etwa festgehalten.

Wie inzwischen aus Akten des Stasi-Archivs hervorgeht, berichten die Sportreporter zeitweise im Minutentakt. Demnach nimmt «Issa» um 18 Uhr 24 eine Banane aus dem gelieferten Proviantkorb, eine zweite reicht er Anneliese Graes. «Als sie aufgeessen haben, werden die Schalen ins Treppenhaus geworfen», notieren die Späher von gegenüber. Um gleich nachzubessern: «Aber der Anführer geht hinein und hebt sie wieder auf und bringt sie weg.»

Derweil spitzt sich die Lage zu. Schon den ganzen Tag hat Bundeskanzler Willy Brandt versucht, den ägyptischen Staatspräsidenten Anwar al-Sadat zu erreichen – vergeblich. Erst am Abend findet zumindest Ägyptens Ministerpräsident Aziz Sidky Zeit, sich die Sorgen Brandts anzuhören. Gemäss den Forderungen des Schwarzen September soll der Austausch von Geiseln und Gefangenen in Kairo vonstattengehen.

Brandt schlägt deshalb vor, die israelischen Geiseln und die palästinensischen Kidnapper nach Kairo auszufliegen – so wäre Deutschland zumindest das grösste Problem los. Doch um 20 Uhr 40, bereits nach Einbruch der Dunkelheit, lehnt Ministerpräsident Sidky ab – Ägypten wolle nicht in die Angelegenheit hineingezogen werden.

Demgegenüber hat Israel an diesem verhängnisvollen 5. September 1972 schon früh angeboten, eine Spezialeinheit nach München zu entsenden. Mit geübten Fallschirmjägern wollte man versuchen, die Geiseln zu befreien. Doch das Ersuchen wird abgelehnt. Es sei völlig undenkbar, auf deutschem Boden fremde Streitkräfte einer anderen Staatshoheit einzusetzen, wird nach Tel Aviv gemeldet.

So reist einzig Zwi Zamir, der Chef des israelischen Auslandgeheimdiensts Mossad, als Beobachter nach München. Begleitet wird er von einem Kollegen des Inlandgeheimdiensts Shin Bet, der fließend Arabisch spricht.

Inzwischen heckt der deutsche Krisenstab einen neuen Plan aus. Den Geiselnehmern wird vorgegaukelt, Ägypten habe sein Einverständnis für den Ausflug nach Kairo gegeben. Ein Flugzeug der Lufthansa stehe auf dem Militärflugplatz Fürstenfeldbruck bereit. Rund ein Dutzend Polizisten hat sich freiwillig für einen Sondereinsatz gemeldet. Sie sollen die Kidnapper in der Boeing 727 überwältigen.

## Der schockierte Mossad-Chef

Kurz nach 22 Uhr werden die neun israelischen Geiseln, gefesselt an Händen und Füßen, von ihrer Unterkunft in einen Bus abgeführt, der in der Tiefgarage steht. Von dort werden sie zu zwei Helikoptern des Bundesgrenzschutzes gefahren. Tausende von Schaulustigen verfolgen das grausame Schauspiel. Es sind gespenstische Szenen, die auch Zwi Zamir beobachtet.

Nach dem Holocaust wieder zu sehen, wie Juden auf deutschem Boden abgeführt werden, sei für ihn unerträglich gewesen, wird der Mossad-Chef später berichten.

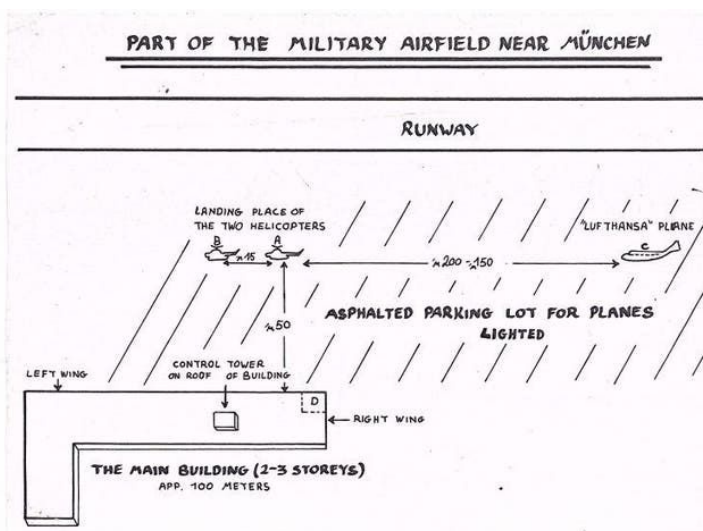
Überhaupt ist Zamir bestürzt über das, was er in München antrifft. Nicht nur, dass die deutschen Polizisten schlecht ausgerüstet sind. Es ist auch augenscheinlich, dass sie keinerlei Erfahrung in der Terrorabwehr haben. Gerade einmal fünf Scharfschützen hat man bestimmt, um die acht schwerbewaffneten Geiseln kampfuntauglich zu machen.

Das liegt vor allem an einer Fehleinschätzung von Innenminister Genscher. Er hatte sich bei den Geiseln ausbedungen, in die israelische Unterkunft gehen zu können. Anschliessend meldete er dem Polizeikommando die Zahl von bloss fünf Terroristen. Aufgrund dieser Information wurden die Scharfschützen rekrutiert. Wobei es dieses Jobprofil noch gar nicht gab. Ausgewählt wurden vielmehr jene Polizisten, die auch in der Freizeit ab und zu an Schiessübungen teilgenommen hatten.

Zurück in Israel, gibt der Mossad-Chef seiner riesigen Enttäuschung Ausdruck: Nicht einmal einen minimalen Versuch hätten die deutschen Verantwortlichen unternommen, um Menschenleben zu retten.

«Sie wollten das Ganze so schnell wie möglich hinter sich bringen, um die Olympiade fortsetzen zu können», lautet seine düstere Bilanz, die er am 6. September 1972 vor der Regierung um Ministerpräsidentin Golda Meir zieht.

Tags darauf erstellt Zwi Zamir einen schriftlichen Bericht. Von Hand zeichnet er einen Situationsplan des Militärflugplatzes Fürstenfeldbruck. Darauf sind die Standorte der zwei Helikopter, der Lufthansa-Maschine sowie des Towers und des Flughafengebäudes ersichtlich. Von dessen Dach aus hatte Zwi Zamir mehrheitlich das Geschehen verfolgt, ohne direkt eingreifen zu können.



# Der Situationsplan des Militärflugplatzes Fürstenfeldbruck, wie ihn der Mossad-Chef Zvi Zamir am Tag nach der Katastrophe zeichnete (Original-Beschriftung in Hebräisch).

Israel State Archives

## Das blutige Ende

Das Debakel begann mit den Polizisten, die sich für einen Sondereinsatz gemeldet hatten – zunächst im Unwissen, was sie konkret zu tun haben.

Erst im bereitgestellten Flugzeug wird den Freiwilligen gesagt, was ihre Aufgabe ist. In Uniformen von Lufthansa-Mitarbeitern oder als Mechaniker getarnt, sollen sie die Attentäter erschliessen, sobald diese ins Flugzeug steigen.

Doch die Polizisten bekommen es – wohl zu Recht – mit der Angst zu tun. Das Risiko, bei diesem «Himmelfahrtskommando», wie es später einer von ihnen nennt, ums Leben zu kommen, erscheint ihnen zu gross. Sie nehmen Reissaus, noch bevor die zwei Helikopter mit den Geiselnernern und ihren Gefangenen auf dem Militärflugplatz landen. Die meisten von ihnen sind junge Streifenpolizisten, die eben erst die Polizeischule abgeschlossen hatten.

Als «Issa» und ein Komplize das Flugzeug inspizieren, mit dem sie angeblich nach Kairo ausgeflogen werden sollen, treffen sie auf ein leeres Cockpit. Die beiden realisieren, dass man sie angelogen hat.

Als sie zurück zu den Helikoptern rennen – es ist jetzt 22 Uhr 40 –, eröffnen die Scharfschützen das Feuer. Die Terroristen schiessen zurück. Im Kugelhagel werden die Scheinwerfer, die den Flugplatz ausleuchten, und die Funkanlage beschädigt. Es wird pechscharz, und die Einsatzleiter können nicht mehr miteinander kommunizieren.

Ein bayrischer Polizeibeamter wird von einem Querschläger tödlich getroffen. Die neun israelischen Geiseln sind in den beiden Helikoptern gefesselt. Kurz nach Mitternacht wirft einer der Attentäter eine Handgranate in einen der Helikopter, dieser geht in Flammen auf.



Der ausgebrannte Helikopter, in dem vier Israeli ums Leben kamen, am Morgen nach dem völlig missglückten Polizeieinsatz in Fürstenfeldbruck.

Imago / Heinz Gebhardt / [www.imago-images.de](http://www.imago-images.de)



Die Särge mit den elf israelischen Opfern werden nach Tel Aviv übergeführt.

Heinz Gebhardt / [www.imago-images.de](http://www.imago-images.de)

Um 1 Uhr 32 ist das Inferno vorbei. Alle neun Israeli sind tot, auch Andrei Spitzer. Acht von ihnen starben an einer Schussverletzung, einer an einer Rauchgasvergiftung, nachdem er angeschossen worden war. Drei Palästinenser haben überlebt. Einer liegt zwischen den erschossenen Geiseln und stellt sich tot. Er wird ebenso überwältigt und gefangen genommen wie seine zwei Komplizen.

## Ein dunkler Verdacht

Hier beginnt der zweite Teil der Geschichte, der sich keine zwei Monate später abspielt. Es geht um einen dunklen Verdacht, der sich zuletzt verdichtet hat: Wurde die Freipressung der überlebenden Attentäter von der deutschen Regierung arrangiert? Hat man sich auf diese Weise ein Problem vom Hals schaffen wollen?

Es ist der 29. Oktober 1972, als in der libanesischen Hauptstadt Beirut die Boeing 727 der Lufthansa mit dem Namen «Kiel» frühmorgens in Richtung Ankara abhebt. An Bord sind bloss dreizehn Passagiere – unter ihnen zwei palästinensische Luftpiraten, die schon bald das Cockpit stürmen. Sie verlangen die Freilassung der drei überlebenden Olympia-Attentäter von München.

Nach einem Tankstopp auf Zypern wird der Flug LH 615 auf Anweisung der Geiselnnehmer zuerst nach München, wegen schlechten Wetters dann aber nach Zagreb umgeleitet. Hier sollen die drei freigesprochenen Olympia-Attentäter zusteigen.

## Die Entführung des Lufthansa-Flugs LH615 am 29. Oktober 1972



1. Das erste Flugzeug mit der Flugnummer LH615 hebt in Beirut ab, wird entführt und nach Zagreb umgeleitet.
2. Das zweite Flugzeug startet in München mit den drei Attentätern an Bord.
3. Die Übergabe der Attentäter findet in Zagreb statt.
4. Geiseln und Attentäter fliegen gemeinsam nach Tripolis.

NZZ / sro.

Obwohl der Tag der Entführung ein Sonntag ist, geht in den bayrischen Amtsstuben alles flott voran. Ein Grund dafür findet sich später im Staatsarchiv München. Elf Tage vor der Entführung der «Kiel» hat der Münchner Polizeipräsident ein bemerkenswertes Schreiben an das bayrische Innenministerium verschickt.

Schon der Titel des Schreibens macht hellhörig: «Die eventuelle Abschiebung der drei festgenommenen Araber und die Voraussetzung ihrer Freilassung».

Darin heisst es: um die mit der Abschiebung verbundenen Formalitäten zu beschleunigen, seien bei der Kriminalpolizei bereits die Ausweisungsverfügungen für die drei Attentäter verwahrt worden.

So liegt an diesem 29. Oktober 1972 schon alles bereit. Mit drei Helikoptern werden die Olympia-Attentäter von den Gefängnissen zum Flughafen München-Riem gebracht. Dort werden ihnen kurz nach Mittag die wohlweislich vorbereiteten Ausweisungsverfügungen übergeben, zusammen mit der zivilen Kleidung. Für beides wird den Terroristen eine Empfangsbestätigung ausgestellt.



Am Flughafen in Zagreb steigen die drei freigesessenen Palästinenser in das Flugzeug der Lufthansa und werden nach Tripolis ausgeflogen.

«Süddeutsche Zeitung»

Ein einziger Polizist begleitet die freigelassenen Attentäter auf ihrem Flug von München nach Zagreb. Der Polizist wird angewiesen, die drei Freigelassenen auch dann den Luftpiraten zu übergeben, wenn die Geiseln nicht freikommen sollten – offenbar unter dem Motto «Hauptsache, wir sind sie los». Und so kommt es auch: In Zagreb steigen zwar die Olympia-Attentäter in die «Kiel», die Passagiere werden aber nicht freigelassen. Erst in Tripolis findet die Geiselnahme ein Ende.

## Die Pressekonferenz der Attentäter

In der libyschen Hauptstadt werden die Palästinenser bei der Ankunft am Abend feierlich empfangen. Noch auf dem Rollfeld werden sie mit einem Mercedes abgeholt.

«Das muss alles vorbereitet worden sein», schlussfolgert später der Pilot der entführten Lufthansa-Maschine in einem Interview. Weit nach Mitternacht halten die Freigesessenen eine Pressekonferenz ab. Ein halbes Dutzend britischer Journalisten wurde hiezu eigens nach Tripolis

## Nach ihrer Ankunft in Tripolis geben die drei überlebenden Attentäter von München eine Pressekonferenz.

Getty Images

Trotz den vielen Toten habe sich das Olympia-Attentat gelohnt, sagen die Palästinenser an der Pressekonferenz. «Weil unsere Stimme, die zuvor nicht gehört worden ist, nun im ganzen Universum gehört wird.»

Doch irgendwie ist die seltsame Freipressung etwas gar reibungslos abgelaufen. Schon wenige Tage später wird in britischen und israelischen Zeitungen spekuliert, ob vielleicht nicht die deutsche Regierung das Ganze arrangiert habe. Eine Absprache mit den Palästinensern hätte ihr jedenfalls viel Mühsal erspart.

Zum einen hätten die Ermittlungen gegen die Attentäter wohl auch all die Fehler, Mängel und Unterlassungen der deutschen und bayrischen Behörden offengelegt. Zum anderen wäre Deutschland über Jahre der permanenten Gefahr von Vergeltungsschlägen ausgesetzt gewesen.



Die Spekulationen finden auch Eingang in eine Depesche, die der Schweizer Botschafter in Beirut am 3. November 1972 verschickt. Dies geht aus einem bisher nicht bekannten Dokument aus dem Schweizer Bundesarchiv hervor. Die These einer inszenierten Entführung werde auch im Aussenministerium Libanons erörtert, meldet Botschafter Dubois nach Bern. Weiter schreibt er, ein hoher Beamter des libanesischen Aussenministeriums habe ihm anvertraut, ein Deutscher habe entsprechende Gespräche mit Palästinensern geführt.

## Die Rolle des ehemaligen SS-Offiziers

War die Geiselnahme also von langer Hand geplant? Steckte dahinter eine Absprache zwischen der deutschen Regierung und der PLO?

Auch eine Depesche der britischen Botschaft in Tripolis stützt diese These. Am 31. Oktober 1972, zwei Tage nach der Entführung, meldet die Botschaft nach London, von einem führenden Angestellten der Fluggesellschaft Libyan Arab Airlines habe man gehört, dass die libysche Regierung schon seit zwei Wochen auf die Entführung der Lufthansa-Maschine gewartet habe.

Noch weiter geht der emeritierte Geschichtspräsident Michael Wolffsohn aus München. In seinem kürzlich erschienenen Buch zu Bundeskanzler Willy Brandt, an dem auch zwei Redaktoren des Bayerischen Rundfunks mitgearbeitet haben, nennt Wolffsohn Ross und Reiter: Der ehemalige SS-Offizier und spätere Waffenhändler Gerhard Mertins sei von der SPD-Zentrale beauftragt worden, die Freipressung einzufädeln. Als Quelle wird im Buch ein «politischer Zeitzeuge» angeführt, der nicht genannt werden möchte.

Wie viele andere ehemalige Nazis übersiedelte Mertins nach dem Krieg vorübergehend nach Ägypten. Dort arbeitete er für das Verteidigungsministerium, unter anderem als Ausbilder für eine Fallschirm-Elitetruppe. Später machte er sich einen schillernden Namen als Waffenhändler. Zu seinen Kunden gehörte neben diversen arabischen Staaten [auch der deutsche Bundesnachrichtendienst](#).

Hat Gerhard Mertins seine Kontakte in den arabischen Raum also genutzt, um die Entführung des Lufthansa-Fluges LH 615 vorzutäuschen?

Nicht in deutschen Archiven, aber sehr wohl in den British Archives in London sind die Buchautoren um Michael Wolffsohn auf ein Dokument gestossen, das ihre These stützt. Im Dokument heisst es, Mertins sei bei der Ankunft der entführten Lufthansa-Maschine auf dem Flughafen in Tripolis anwesend gewesen. Er habe eine aktive Rolle gespielt. Das meldet die britische Botschaft in ihrer Depesche vom 31. Oktober 1972.

Für die Anwesenheit Mertins' bei der Ankunft der freigesetzten Attentäter in Tripolis gibt es sogar einen Fotobeweis. In der libyschen Tageszeitung «Al Fajr Al Jadid» sei der deutsche Waffenhändler abgebildet, heisst es in der britischen Depesche, die auch der NZZ vorliegt.

## Der überlebende Attentäter

Ankie Spitzer kennt all diese Dokumente und noch viele mehr. Sie sind ein wichtiger Auslöser für den Ärger und die Wut, die sich bei ihr und den übrigen Hinterbliebenen angestaut haben. Die

Angehörigen der Opfer des Olympia-Attentats von München werfen den deutschen Behörden vor, nicht mit offenen Karten zu spielen und noch immer Akten unter dem Deckel zu halten.

Sie wolle nicht ruhen, bis die Schuldigen ihren Preis bezahlt hätten, schwor Ankie Spitzer damals, als sie das verwüstete Zimmer ihres Mannes sah. Dieser Schwur wird plötzlich wieder aktuell.

Denn zwei der drei überlebenden Attentäter sollen noch am Leben sein. Laut Ankie Spitzer hat einer von ihnen ihren Mann getötet: Mohammed al-Safadi. Es handelt sich um jenen Palästinenser, der sich im Helikopter tot gestellt hatte.

In seinem Fall überrascht die Nachricht, dass er noch leben soll. Bis anhin ging man davon aus, al-Safadi sei liquidiert worden, entweder vom Mossad oder von christlichen Phalangisten. Doch offenbar lebt er, inzwischen 69 Jahre alt, im Bekaa-Tal in Libanon. Beim zweiten noch lebenden Attentäter handelt es sich angeblich um Jamal al-Gashey. Er soll in der jordanischen Hauptstadt Amman leben. In seinem Fall galt als wahrscheinlich, dass er noch am Leben sein könnte.

Dass al-Safadi der mutmassliche Mörder ihres Mannes ist, das hat Ankie Spitzer erst vor wenigen Monaten herausgefunden. Das gehe aus Polizeiakten im Staatsarchiv München hervor, die sie bis dahin nicht gekannt habe. Auf die neuen Dokumente ist sie im vergangenen Frühling gestossen, im Rahmen von Recherchen für einen Dokumentarfilm des niederländischen Fernsehens. Die Premiere des Films findet am 1. September im Olympiastadion in Amsterdam statt.

Nach den neuen Erkenntnissen sei sie sofort ins Westjordanland gereist, wo sie in Jericho den palästinensischen Anwalt getroffen habe, der al-Safadi vertrete. Ihn habe sie eindringlich gefragt: «Lebt er wirklich noch?» Und der Anwalt habe geantwortet: «So wie du hier sitzt, so lebt Mohammed al-Safadi noch.»

Selbstverständlich erwarte sie, dass sich der Mörder ihres Mannes und von vier weiteren Geiseln vor Gericht verantworten müsse. Sie wolle ihm in die Augen schauen und ihn von Angesicht zu Angesicht mit seiner Tat konfrontieren. Und viele Fragen wolle sie ihm stellen, vor allem zu den letzten Stunden ihres Mannes.

Angeblich ist der Aufenthaltsort der beiden Palästinenser auch den deutschen Behörden gemeldet worden. Auf Anfrage will die Generalbundesanwaltschaft nicht sagen, ob der Haftbefehl gegen die beiden reaktiviert worden ist. Um Spekulationen und Rückschlüsse zu vermeiden, werde grundsätzlich nicht mitgeteilt, welche einzelnen Ermittlungsmassnahmen durchgeführt würden, hielt die Generalbundesanwaltschaft am Freitag gegenüber der NZZ fest.

Schneller als vor einem deutschen Gericht werden Mohammed al-Safadi und Jamal al-Gashey im deutschen Fernsehen zu sehen sein. Für die vierteilige Doku-Serie [«Tod und Spiele – München '72»](#), die in diesen Tagen auf ARD und im Bayerischen Rundfunk ausgestrahlt wird, sind die zwei überlebenden Olympia-Attentäter interviewt worden.

Die juristische und die politische Aufarbeitung einer der grössten Affären der deutschen Nachkriegsgeschichte hingegen lässt auch nach fünfzig Jahren auf sich warten.



Ankie Spitzer will, dass sich der Mörder ihres Mannes vor einem Gericht verantworten muss.

Maya Alleruzzo / AP

Die wichtigsten Quellen: Simon Reeve, «One Day in September»; Abou Daoud, «Palestine – De Jérusalem à Munich»; Wolfgang Kraushaar, «Wann endlich beginnt bei Euch der Kampf gegen die heilige Kuh Israel?»; Michael Wolffsohn, «Friedenskanzler? Willy Brandt zwischen Krieg und Terror»; Sven Felix Kellerhoff, «Anschlag auf Olympia – was 1972 in München wirklich geschah»; Thomas Riegler, «Der ‹Schwarze September› und seine Helfer: wie die Terrororganisation vor und nach dem Münchner Olympiaanschlag 1972 unterstützt wurde»; Telefon- und Mailverkehr Ankie Spitzer.

27 août (Le Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/vox/societe/luc-ferry-le-christianisme-est-un-universalisme-20220824>

## Luc Ferry: «Le christianisme est un universalisme»

Par Luc Ferry

Publié le 24/08/2022 à 20:06, mis à jour le 25/08/2022 à 09:53



Luc Ferry. Jean-Christophe MARMARA/Le Figaro

### **CHRONIQUE - L'égalité démocratique n'est finalement rien d'autre qu'une sécularisation du christianisme.**

Au moment où, croyants ou non, nous venons de célébrer par un jour férié l'assomption de la Vierge Marie, au moment où la tentative d'assassinat de cet homme infiniment courageux qu'est Salman Rushdie saisit tout ce que le monde entier compte d'honnêtes gens de colère et d'effroi, il est bon de rappeler que **le christianisme, à la différence des autres religions, est bel et bien à l'origine de cet universalisme républicain qui n'en est à bien des égards qu'une version sécularisée.**

Trois passages clefs des Évangiles suffisent à le montrer. Le premier, c'est bien sûr **la parabole des talents**: à l'encontre de ce que prétendent les grandes éthiques aristocratiques grecques de Platon et d'Aristote, elle délivre un message qui sera essentiel à l'univers républicain, à savoir que la dignité d'un être ne dépend pas des talents qu'il a reçus, mais de ce qu'il en fait, non pas des dons naturels, mais de son travail, de sa liberté et de sa volonté, quelles que soient ses dotations de départ: le premier serviteur a reçu cinq talents et le second seulement deux?

### **Il est légitime d'affirmer que le christianisme est la première morale universaliste**

Et alors? Quelle importance en termes de capacité à choisir entre le bien et le mal, quelle importance s'agissant de savoir ce que chacun va choisir de faire de ce qu'il a reçu! **Ce n'est donc pas la nature, mais la liberté et le travail qui font la qualité d'un être sur le plan éthique et, de ce point de vue, nous sommes tous à égalité, en quoi c'est bien le christianisme qui est l'inventeur de l'idée moderne d'humanité et non le stoïcisme**, comme le répètent à tort certains ouvrages qui se veulent savants au motif que la doctrine des stoïciens serait un «cosmopolitisme», ce qui est exact, mais n'empêche nullement qu'au sein de ce cosmos politique règne non pas l'égalité, mais une hiérarchie naturelle des êtres parfaitement inégalitaire.

L'idée d'égalité s'exprimera de manière particulièrement forte dans **l'Épître aux Galates** (3, 8-9 et 26-29) de saint Paul: **«Vous êtes tous fils de Dieu, par la foi dans Christ Jésus (...) il n'y a plus ni Juif ni Grec, il n'y a ni esclave ni homme libre, il n'y a ni homme ni femme ; car tous vous ne faites qu'un dans le Christ Jésus.»** Avec un deuxième passage des Évangiles, **la parabole du bon Samaritain**, c'est la notion grecque de «barbare» - synonyme d'étranger - qui tend à disparaître dans le christianisme au profit de cette conviction à proprement parler inouïe, radicalement nouvelle à l'époque, **que l'humanité est non seulement une entité unique, mais qui plus est une communauté**

**universelle**, composée d'êtres moralement respectables a priori, qu'ils soient étrangers ou non, en tant que membres de la même communauté ethnique et religieuse.

**C'est donc bien en ce sens qu'il est légitime d'affirmer que le christianisme est la première morale universaliste** - en quoi il est à l'origine de notre conception moderne, démocratique et républicaine des droits de l'homme, lesquels ne seront pour l'essentiel, comme j'ai déjà eu l'occasion de le dire dans d'autres chroniques, qu'une simple sécularisation du message chrétien.

Enfin, il faut relire cette **adresse de Jésus à ses disciples qu'on trouve en Matthieu, 23** et qui stigmatise l'orgueil de ces pharisiens qui *«aiment à être salués dans les places publiques, et à être appelés par les hommes Rabbi. Mais vous, ne vous faites pas appeler Rabbi ; car un seul est votre Maître, et vous êtes tous frères. Ne vous faites pas appeler directeurs ; car un seul est votre Directeur, le Christ. Le plus grand parmi vous sera votre serviteur. Quiconque s'élèvera sera abaissé, et quiconque s'abaissera sera élevé.»* On notera, c'est décidément un thème essentiel qui revient dans les propos du Christ, qu'à ses yeux les êtres humains sont tout à égalité devant Dieu, «tous frères» comme il le dit dans ce passage où il demande à ses disciples de refuser les honneurs et de ne jamais se faire appeler d'un nom qui cherche à placer quelqu'un au-dessus des autres, comme si l'un d'entre eux pouvait dominer ses autres frères.

Où l'on retrouve **cette idée chère à Tocqueville que l'égalité démocratique n'est finalement rien d'autre qu'une sécularisation du christianisme**, l'égalité des créatures devant Dieu devenant égalité des citoyens devant la loi au moment où les privilèges de l'aristocratie sont anéantis, c'est-à-dire lors de la fameuse nuit du 4 août. Ainsi, ce n'est pas en vain que la plus grande part du peuple chrétien a pris le nom **de catholique, du grec «kata holon», qui signifie «vers le tout»,** autrement dit «pour tous» ou «qui s'adresse à tous».

27 août (FAZ)

<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/sie-leben-hier-nicht-mehr-juden-in-der-arabischen-welt-18266165.html?premium>

JÜDISCHES IN LÄNDERN DES ISLAM:

## Juden leben hier nicht mehr

VON QUYNH TRAN, TEL AVIV

-AKTUALISIERT AM 26.08.2022-18:10



Ankommen: Jüdische Gläubige erreichen am 18. Mai 2022 die Ghriba-Synagoge im tunesischen Djerba während ihrer jährlichen Pilgerfahrt. Bild: Reuters

Exodus und Input: Zweieinhalbtausend Jahre jüdisches Kulturerbe in der arabischen Welt zeigen die unterschiedlichsten Anpassungen an die jeweilige Umgebung.

Zebulon Simentov galt als letzter Jude Afghanistans. Er hat beim sowjetischen Einmarsch 1979, im Bürgerkrieg und in der ersten Taliban-Herrschaft ausgeharrt und gelobte zu bleiben, um die letzte intakte Synagoge des Landes zu beschützen. Doch als die radikalen Islamisten im vergangenen Jahr das zweite Mal die Macht an sich rissen, ist Simentov nach Israel geflohen. Mit ihm und einer bis dato versteckt lebenden Verwandten endeten zweieinhalbtausend Jahre jüdische Geschichte in Afghanistan. Er habe seinen muslimischen Nachbarn das Versprechen abgenommen, sich um die Kabuler Synagoge zu kümmern. Was aber wirklich mit den verbleibenden Spuren jüdischen Lebens geschehen wird, vermag zu diesem Zeitpunkt niemand zu sagen – ist doch der Ikonoklasmus der Taliban durch Bamiyan notorisch. Bis zur Staatsgründung Israels lebten fünftausend Juden in Afghanistan. Mit dem Ausbruch eines offen gewaltsamen Antisemitismus, der jeweils mit dem Nahostkonflikt, der Sowjetinvasion und den Bürgerkriegen zusammenfiel, sind sie schrittweise fortgezogen.

Es ist ein Bild, das sich in der ganzen arabischen Welt abzeichnet: Von den schätzungsweise neuhunderttausend Juden, die vor der Staatsgründung Israels in der Levante und Nordafrika lebten, sind heute nur noch wenige Tausend geblieben. Die Gründe dafür sind mannigfaltig; viele flohen vor Pogromen, manche aus zionistisch-religiösen Motiven, wiederum andere verließen ihre Heimat in Krisenzeiten auf der Suche nach einem besseren Leben. Sie hinterlassen ein mizrachisch-sephardisch jüdisches Erbe, das weit älter ist als das aschkenasische jüdische Erbe in Europa und mancherorts dreitausend Jahre bis in die Zeiten König Davids zurückreicht.



Wieder im Exil: Die dreiundachtzigjährige afghanische Jüdin Tova Moradi zählt mit Zebulon Simentov, der lange in der Synagoge von Kabul wohnte, zu den letzten jüdischen Flüchtlingen aus Afghanistan im Herbst 2021. :Bild: Picture Alliance

Was davon bleibt, wenn die Gemeinden fortziehen, ist, wie so oft, ein Resultat der inneren gesellschaftlichen Entwicklungen und äußerer geopolitischer Umstände: „Die MENA-Region ist kein monolithischer Block. Jedes Land hat seine ganz eigenen gesellschaftlichen Dynamiken“, sagt Yoram Meital, Professor am Nahost-Institut der Ben-Gurion-Universität des Negev. Nichtsdestotrotz beobachtet er länderübergreifende Tendenzen, die er mit dem Arabischen Frühling in Zusammenhang bringt: „Auch wenn die Revolution vorerst nicht erfolgreich war, hat sie neue Perspektiven geöffnet und etwa im Umgang mit dem eigenen jüdischen Erbe einen positiven Revisionismus eingeleitet“, so Meital. Auf Anfrage der ägyptischen jüdischen Gemeinde, die in ihrer Hochzeit achtzigtausend Mitglieder hatte und sich heute an einer Hand abzählen lässt, hat Meital 2017 die verbleibenden Synagogen und Friedhöfe Ägyptens dokumentiert. Von den sechzehn noch existierenden Gotteshäusern seien die Hälfte in halbwegs gutem Zustand, aber viele Gebäude und Friedhöfe würden seit Jahrzehnten nicht mehr betreten oder als Abfalldeponie benutzt. Mit der Dokumentation haben Meital und die wenigen jüdischen Ägypter begonnen, sich für die Erhaltung des jüdischen Kulturerbes einzusetzen. Dass die ägyptische Regierung unter Abdel Fattah al-Sisi die Bemühungen wohlwollend unterstützt hat und 2020 sogar die Restaurierung der Alexandriner Eliyahu-Hanavi-Synagoge, der größten im Nahen Osten, vollständig finanziert hat, sei ein ideologischer Wendepunkt. Gerade haben in Kairo die Restaurationsarbeiten der Ben-Esra-Synagoge begonnen, die mit ihrer tausendzweihundertjährigen Geschichte als eine der ältesten Synagogen überhaupt gilt und Fundort der berühmten Kairoer Genisa war.

Allerdings würden diese Bemühungen seit zwei Jahren wieder erschwert. Wie frei gewaltet werden kann, das hängt von der politischen Stabilität des Landes ab. „In Ägypten gibt es einen inneren Kampf zwischen der konservativen und der liberalen Fraktion. Das spüren auch wir“, so Meital. Mit einer Genisa vom ältesten Kairoer Friedhof, die fast tausend Jahre alte Bibelfragmente beherbergte, so sagt er, seien die Behörden jedenfalls nicht sonderlich behutsam umgegangen, und zeigt Bilder vom Abtransport der Schriftstücke in Plastiksäcken.

Anders sieht es in Marokko aus, wo noch immer eine größere jüdische Gemeinde lebt und der König sich aktiv um die Erhaltung jüdischer Kultur bemüht. Schon 1997 ist das erste und bisher einzige jüdische Museum der arabischen Welt in Casablanca eröffnet worden, seit 2011 ist jüdische Kultur als Teil der nationalen Identität in der marokkanischen Verfassung verankert, und an Schulen wird sie als Teil der eigenen Geschichte gelehrt – das ist selbst in Europa nicht der Fall. Mit der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Israel hat König Mohammed IV. erst im vergangenen Jahr angekündigt, weitere Hunderte jüdische Stätten im Land zu restaurieren.

## Plötzlich starteten Erdogan und Sisi projüdische Charme-Initiativen

Wie stark sich wirtschaftliche und politische Interessen auf die kulturelle Präsenz auswirken, zeigt sich auch in der Türkei und in den Golfstaaten, die mit der Intensivierung der Beziehungen zu Israel

auch mit dem Schutz kulturellen Erbes und um die (Wieder-)Ansiedlung jüdischer Bürger werben. So wurden in der Türkei in den vergangenen Jahren mehrere restaurierte Synagogen wiedereröffnet und jüdische Festakte von öffentlicher Seite unterstützt. Letztes Jahr hat sich die Association of Gulf Jewish Communities gegründet, die in den sechs Golfstaaten jüdisches Leben revitalisieren will. Mit kulturellem Wohlwollen hat das nicht immer zu tun; so spekulierten neben israelischen Medien auch der „Economist“, dass hinter den projüdischen Charme-Initiativen, die oft von Autokraten wie eben Erdogan oder Sisi kommen, politisches Kalkül und wirtschaftliche Interessen stecken, aber auch das Bemühen, den eigenen schlechten Ruf etwas aufzubessern.

Jason Guberman-Pfeffer, Direktor der American Sephardi Federation und einer der Gründer von Diarna, einem digitalen Archiv für jüdisches Erbe in der arabischen Welt, vermutet dahinter noch mehr: „Der Nahe Osten war immer dann am friedlichsten und wohlhabendsten, wenn er am pluralistischsten war – und das realisieren gerade auch arabische Länder wie die Emirate“, sagt er. Und historisch gesehen sei die Region bis vor gut hundert Jahren pluralistischer gewesen als Europa. Obschon Nichtmuslime nicht den gleichen Status genossen wie Muslime, seien sie, so Gubermann-Pfeffer, akzeptierter und sichtbarer gewesen als in Europa. Und das zeige sich bis heute in der kulturellen Landschaft der arabischen Welt. Seit der Gründung von Diarna 2008 hat die Organisation über 1200 jüdische Stätten in ihrem Onlinearchiv dokumentiert und Zeitzeugenberichte über das jüdische Leben in der arabischen Welt gesammelt. Dabei eröffnet sich ein sehr differenziertes Bild: Der Exodus der Juden der arabischen Welt sei laut Gubermann-Pfeffer kein singuläres Ereignis um die Staatsgründung Israels gewesen. In einigen arabischen Ländern haben große Migrationswellen erst in den Siebzigern und Achtzigern mit den politischen Krisen stattgefunden. „So sind viele marokkanische Juden vor allem aus wirtschaftlichen Gründen migriert und haben nach wie vor eine starke Bindung zu Land und König. Einige kehren gerade zurück. Die Pogrome und Enteignungen, die es etwa in Algerien gegeben hat, hat es in Marokko nicht gegeben, und die Geschichten aus den unterschiedlichen Regionen sind dementsprechend divers“, sagt er.

Wie stark sich die Krisen der Region auf den Umgang mit dem Erbe religiöser Minderheiten auswirken und wie schnell sich dieser Umgang ändern kann, zeigt sich bis heute in Ländern wie Syrien. Im Zuge der Pogrome um den Palästinakrieg wurde die zentrale Synagoge von Aleppo, die seit der Antike intakt war und den Aleppo-Codex beherbergte, 1947 niedergebrannt; der Großteil der jüdischen Gemeinde emigrierte. Unter Hafez al-Assad wiederum wurde jüdisches Leben gefördert und Bauten wiedererrichtet, so auch 1992 die Hauptsynagoge, um 2016 vom Islamischen Staat wieder zerstört zu werden und laut Bashar al-Assad bald wieder aufgebaut zu werden. Ob während des Bürgerkriegs die letzten jüdischen Syrer das Land verließen, ist nicht bekannt.



Zwischen den Gräbern: Afghanische Kinder spielen auf dem jüdischen Friedhof von Firoz Abad in Herat :Bild: Picture Alliance



Mit der Ausstellung „Back to Aleppo“ zeigt das Israel Museum in Jerusalem zumindest eine virtuelle Rekonstruktion der Zentralsynagoge, die auf historischen Fotos beruhen, die die syrische Jüdin Sara Shammah vor der Zerstörung 1947 nach Jerusalem brachte. Neben der Installation zeigt das Museum eine der größten Sammlungen von Judaica aus der arabischen Welt, die überwiegend von Einwanderern und Sammlern nach Israel gebracht und gestiftet wurde. „In den meisten Ländern haben die Juden, die geflohen sind, das mitgenommen, was sie konnten – Alltagsgegenstände, rituelle Objekte und Schriftstücke – und so sind viele wichtige Artefakte hier gelandet“, erzählt Revital Hovav, Kuratorin am Israel Museum. Die virtuelle Rekonstruktion sei, neben den Sammlungen, ein neues Instrument, die Darstellung von Kulturgut auszutesten und dem jüdischen Erbe aus der arabischen Welt eine Plattform zu geben.

## Besserer Zugang im Chaoskorridor

Der Schutz jüdischen Kulturguts bleibt trotz der jüngsten Entwicklungen eines positiven Revisionismus gegenüber der eigenen jüdischen Kultur in einigen Ländern der arabischen Welt prekär. Guberman-Pfeffer von Diarna berichtet, dass der Zugang in Ländern wie dem Irak selbst für dokumentarische Zwecke fast unmöglich ist, in anderen Ländern wie Libyen sei es der Chaoskorridor des Bürgerkriegs gewesen, der Informationsbeschaffung erlaubt hätte, und in Ländern wie Afghanistan und Syrien sei Vieles von der Willkür der herrschenden Kräfte abhängig.

Letztlich ist die Frage um jüdisches Kulturgut auch eine Frage der Verantwortlichkeit und der Zugehörigkeit. „Jüdische Kultur war in vielen Ländern der arabischen Welt Teil der heimischen Kultur und sollte auch so behandelt werden“, sagt Meital. Wenn es um jüdisches Kulturerbe geht, spalten sich die Meinungen in eine Schule, die Israel als Stimme für Judentum überall auf der Welt begreift, und eine andere, die das Erbe in den unterschiedlichen Kulturen beheimatet sieht, in dem es entstanden ist und praktiziert wurde. Richtet man sich nach letzterer, so stehen die Länder, in denen jüdische Gemeinden Judaica und Texte gefertigt haben und religiöse Stätten erbaut haben, in der Verantwortung, diese zu pflegen. Auch dann, wenn die jüdischen Gemeinden verschwunden sind.

„Das jüdische Kulturerbe in der arabischen Welt zeigt die unterschiedlichen Kulturen und Lebenswirklichkeiten, durch die wir über die Gemeinden, ihre Umgebung und ihre Geschichte lernen können. Wie Länder dies heute pflegen, ist aber auch ein Spiegel der Gegenwart ihrer Gesellschaften und wie sie mit ihren Minderheiten umgehen – nicht nur mit der jüdischen“, sagt Yoram Meital.